AJB
ARCHIV DER
ARBEITERJUGENDBEWEGUNG
2/2021

Mitteilungen

Arbeit-Jugend-Bewegung

Forschungsperspektiven 2021

Sylvia Wehren
Schreibt ein Tagebuch! Lesen S. 6

OHNE GELD GEHT'S EINMAL NICHT. *Franziska Meier* Lesen S. 13

Klassenkämpfe *Sandra Funck* Lesen S. 17

Anna Siemsen – ein politisches Leben als Graphic Novel *Irmela Diedrichs* Lesen S. 21

REZENSIONEN Lesen S. 26

AUS DER ARBEITER*INNEN-JUGENDBEWEGUNG Lesen S. 40

AUS DEM ARCHIV Lesen S. 48

Unsere Archivtagung findet vom 14. bis 15. Januar 2022 statt.

*Liebe Genoss*innen,*

die Corona-Pandemie ist leider noch nicht vorbei, nach wie vor ist Vorsicht geboten. Dennoch: Das Archivteam ist an seine Arbeitsplätze zurückgekehrt, Anfragen häufen sich und Recherchen im Archiv sind wieder möglich. Der Vorstand des Förderkreises ›Dokumentation der Arbeiterjugendbewegung‹ konnte sich immerhin ein Mal in diesem Jahr in Präsenz, statt nur digital, treffen. Die nächste Archivtagung am 14. und 15. Januar 2022 wird allerdings aufgrund des Infektionsgeschehens doch digital stattfinden, die Mitgliederversammlung des Förderkreises am 16. Januar 2022 in hybrider Form.

Ebenfalls digital fand unser diesjähriger Forschungsworkshop Arbeit-Jugend-Bewegung am 21. August 2021 statt. Die Beiträge dieses nunmehr zweiten Treffens junger Forscher*innen bilden den Schwerpunkt dieser Mitteilungen. In bewundernswerter Recherche hat Sylvia Wehren Tagebücher von Arbeiterjugendlichen entdeckt. Diese belegen ihre Annahme, dass das Tagebuchschreiben nicht allein eine Beschäftigung junger Menschen gehobener Bildungsschichten war, sondern viele junge Arbeiter*innen ihre Erlebnisse und Reflexionen einem Tagebuch anvertraut haben. Darin werden die Bezüge zur Klassenlage ebenso deutlich wie zur Lebenslage der Arbeiter*innenjugend im frühen 20. Jahrhundert. Von Büchern oder genauer von Buchverlagen handelt die Forschungsarbeit von Franziska Meier. Entstanden aus der bündischen Jugend und bezogen auf die Publikationen aus und für diese Subkultur mussten sich Verlage wie der Voggenreiter oder der Bärenreiter Verlag doch mit dem »schnöden Mammon« auseinandersetzen, wollten sie Erfolg haben. Eine moderne Form der Publikation historischer Themen haben sich Irmela Diedrichs und Hanna Döring vorgenommen – eine Graphic Novel über Anna Siemsen. Die Graphic Novel ermöglicht einen neuen Zugang zur Darstellung und Vermittlung historischer Persönlichkeiten und Geschehnisse durch Storytelling. Sandra Funcks Studie zur Schülerbewegung zeigt, dass diese nicht nur eine Folge der 68er-Studentenbewegung war, sondern durchaus aus eigenständigen Initiativen für die Mitbestimmung der Schüler*innen in den Schulen entstand. Es wird interessant sein von ihrer Studie ausgehend die Motive, Aktionsformen und Wirkungsweisen der gegenwärtigen Schüler*innenbewegung, Fridays for Future, zu erforschen. Bei der Frage der Archivierung der Dokumente dieser noch jungen Bewegung kooperieren derzeit das Archiv der deutschen Jugendbewegung auf Burg Ludwigstein und das Archiv der Arbeiterjugendbewegung.

Um die Schule kreist auch eine der Rezensionen in diesen Mitteilungen. Sandra Funck befasst sich mit Sonja Levsens Habilitation »Autorität und Demokratie. Eine Kulturgeschichte des Erziehungswandels in Westdeutschland und Frankreich 1945–1975«. Thilo Scholle bringt uns Lilly Maiers ergreifende Biographie über Ernst Papanek, den österreichischen Revolutionär, Reformpädagogen und Retter jüdischer Kinder, nahe. Außerdem finden sich in dieser Ausgabe eine Rezension zur äußerst empfehlenswerten Habilitationsschrift von Stefan Müller sowie eine Rezension von Irmela Diedrichs zu einem Sammelband über die Spielstadt Mini-München.

Mit welcher Brutalität und mit welchem hasserfüllten Antisemitismus die Nationalist*innen und bürgerlichen Parteien einschließlich des katholischen Zentrums und der katholischen Kirche nur knapp zwei Jahre nach der deutschen Revolution 1918 die Ernennung von Kurt Löwenstein zum Oberschulrat von Groß Berlin verhindern konnten, schildert Norbert Kozicki. Kein Mittel ließen die gehobenen bürgerlichen Schichten aus, um den Reformpädagogen und unabhängigen Sozialdemokraten daran zu hindern, ein demokratisches und an den Interessen der Arbeiter*innenkinder, also der großen Mehrheit der Schüler*innen jener Zeit, ausgerichtetes Schulwesen in der Reichshauptstadt zu schaffen. Schulkampf ist immer Klassenkampf. Das hat sich bis heute nicht geändert.

Viel Spaß beim Lesen der Mitteilungen.

Dr. Wolfgang Uellenberg-van Dawen
Vorsitzender des Förderkreises
»Dokumentation der Arbeiterjugendbewegung«

THEMA Arbeit-Jugend-Bewegung

Forschungsperspektiven 2021

Inhalt

THEMA

4 **»Arbeit-Jugend-Bewegung«:** Einblicke in den zweiten Forschungsworkshop des Archivs der Arbeiterjugendbewegung Maria Daldrup

6 **»Schreibt ein Tagebuch!«** Tagebuchschreiben in der Arbeiter*innenjugend im frühen 20. Jahrhundert Sylvia Wehren

13 **»Ohne Geld geht's einmal nicht.«** Große Ideen und »der schnöde Mammon« in der bündischen Verlagslandschaft zwischen 1918 und 1933 Franziska Meier

17 **Klassenkämpfe** Schüler*innen, Schule und Politik in den ›langen 1960er Jahren‹ Sandra Funck

21 **Anna Siemsen – ein politisches Leben als Graphic Novel** Ein Werkstattbericht Irmela Diedrichs

REZENSIONEN

26 Autorität und Demokratie: Neue Ergebnisse über schulische Erziehung, Demokratisierung und Protest Sandra Funck
Sonja Levsen: Autorität und Demokratie. Eine Kulturgeschichte des Erziehungswandels in Westdeutschland und Frankreich, 1945 – 1975, Göttingen 2019.

28 Ein Leben im Vertrauen auf das Gute im Menschen Thilo Scholle
Lilly Maier: Auf Wiedersehen, Kinder! Ernst Papanek. Revolutionär, Reformpädagoge und Retter jüdischer Kinder, Wien/Graz 2021.

33 Eine Gesellschaft der Kinder Irmela Diedrichs
Kultur & Spielraum e.V. (Hg.): Die Spielstadt. Perspektiven auf ein pädagogisches Phänomen, München 2020.

36 Zwischen Kooperation und Eigenständigkeit Wolfgang Uellenberg-van Dawen
Stefan Müller: Die Ostkontakte der westdeutschen Gewerkschaften. Entspannungspolitik zwischen Zivilgesellschaft und internationaler Politik 1969 bis 1989, Bonn 2020.

AUS DER ARBEITER*INNENJUGENDBEWEGUNG

40 **Mit dem Hakenkreuz gegen einen sozialistischen Politiker im Jahr 1920 oder: Wie Kurt Löwenstein als Oberschulrat von Groß-Berlin verhindert wurde** Norbert Kozicki

AUS DEM ARCHIV

48 **Fridays for Future archivieren**
Maria Daldrup, Susanne Rappe-Weber

50 **Die Stiftung zur Förderung des Archivs der Arbeiterjugendbewegung und der sozialistischen Kinder- und Jugendarbeit wird 20 Jahre alt**
Wolfgang Uellenberg-van Dawen

52 **Wer weiß was? Unbekannte Objekte im Archiv der Arbeiterjugendbewegung**
Merle Waschkowitz

VERANSTALTUNGEN

54 **»Alle reden vom Wetter. Wir auch?«** Klima, Umwelt, Ökologie und die Arbeiter*innenjugend
Jahrestagung des Archivs der Arbeiterjugendbewegung am 14./15. Januar 2022

56 **Mitgliederversammlung**
21. Mitgliederversammlung des Förderkreises ›Dokumentation der Arbeiterjugendbewegung‹ am 16. Januar 2022

57 **Autor*innen**

Beim Arbeiterjugendtag am 1. September 1928 gingen junge Arbeiter in Essen auf die Straße und demonstrierten gegen die Kriegsvorbereitungen ihres Arbeitgebers, der Friedrich Krupp AG. Im gleichen Monat wurde das sogenannte erste Rüstungsprogramm von Heeresleitung und Reichsregierung verabschiedet: Damit begann die offizielle militärische Aufrüstung der Weimarer Republik. Die Firma Krupp spielte in der Rüstungsproduktion eine zentrale Rolle und die Stadt Essen als Standort der Firma erhielt in der Zeit des Nationalsozialismus schließlich den Beinamen »Waffenschmiede des Reiches«.

Das Foto wurde im Rahmen einer Kooperation zwischen dem Essener Berufskolleg West, dem Falkenzentrum Süd, dem Stadtarchiv Essen und dem Archiv der Arbeiterjugendbewegung verwendet: In einer Projektwoche im September 2021 setzten sich Berufsschüler*innen mit der Geschichte ihrer Schule auseinander. Das Berufskolleg West in Essen-Frohnhausen war 1941 als Neubau mit finanzieller Unterstützung der Friedrich Krupp AG eröffnet worden und die Firma nutzte die Räumlichkeiten für Rüstungsplanungen. Der mutige Protest gegen die Friedrich Krupp AG stellt ein frühes Zeugnis für den Widerstand der Arbeiter*-innenjugendbewegung gegen Krieg und Militarismus dar.

AAJB, Fotosammlung, 02/0447

»Arbeit-Jugend-Bewegung«

Einblicke in den zweiten Forschungsworkshop des Archivs der Arbeiterjugendbewegung

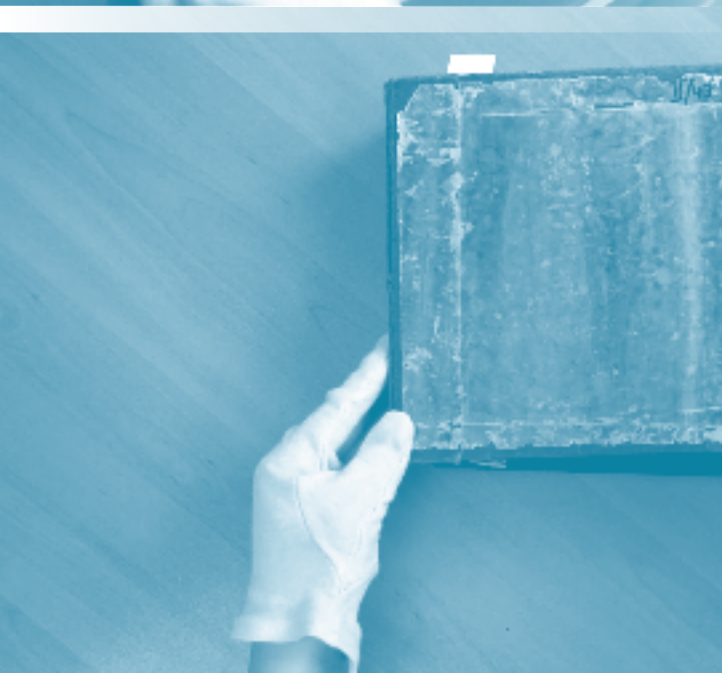
Maria Daldrup

Zum zweiten Mal fand am 21. August 2021 im Archiv der Arbeiterjugendbewegung der Forschungsworkshop »Arbeit-Jugend-Bewegung« statt. Der Forschungsworkshop ist aus der Idee heraus geboren, Forschungen zu den Verflechtungen von Arbeiter*innenmilieu, Jugend und sozialen Bewegungen verstärkt in den Fokus zu rücken und Forscher*innen aus diesem Kontext miteinander ins Gespräch zu bringen. Zugleich zielt der Workshop auf eine erhöhte Sichtbarkeit des Archivs der Arbeiterjugendbewegung in der Forschungslandschaft und stärkere Vernetzung mit Wissenschaftler*innen.

Den Auftakt der Veranstaltung bildete – nach der Begrüßung durch das Archivteam und einer Vorstellungsrunde der Vortragenden und Gasthörer*innen – ein differenzierter Einblick von Wolfgang Uellenberg-van Dawen (Köln), dem Vorsitzenden des Förderkreises »Dokumentation der Arbeiterjugendbewegung«, in die Hintergründe des Archivs der Arbeiterjugendbewegung, das 2023 seinen 40. Geburtstag feiert. Auch erläuterte er wesentliche Forschungsfragen und Narrative zur Geschichte der sozialistischen Kinder- und Jugendorganisationen. Gerahmt wurde das Programm durch einen Einblick des Archivteams in die archivische und archivpädagogische Praxis.

Den Kern aber bildeten die insgesamt fünf wissenschaftlichen Vorträge, in denen Forschungsthemen präsentiert, Fragestellungen und Problematiken diskutiert wurden. Den Anfang machte Sinah Mielich (Hamburg) mit einem Auszug aus ihrer Dissertation zur »Rolle der Arbeiterjugendbewegung in der Auseinandersetzung um die Einheit der Jugendwohlfahrt zu Beginn des 20. Jahrhunderts« – ein hochspannender Zugang zum komplexen Verhältnis von Jugendhilfe, Jugendwohlfahrt und Jugendfürsorge in historischer Perspektive, aber zugleich mit aktuellen Anknüpfungen. Nachfolgend führte Sylvia Wehren (Hildesheim) die Workshopteilnehmer*innen ein in ihr Habilitationsprojekt anhand eines Ausschnitts zu »Tagebuchpraxen von jugendlichen Arbeiter*innen im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts« und zeigte, dass diese Schreibpraxis nicht nur im bürgerlichen, sondern auch im Arbeiter*innenmilieu durchaus verbreitet war. Franziska Meier (Heidelberg) präsentierte die Ergebnisse ihrer bereits erfolgreich verteidigten Dissertation mit dem Thema: » Ein ›bündischer Kulturmarkt‹ entsteht. Die deutsche Jugendbewegung und Jugendmusikbewegung als Katalysator fürdenAufbauvonKulturmarktunternehmen 1918 –1933«, die zahlreiche Transfermöglichkeiten auch für Analysen von Kultur, Markt und Arbeiter*innenjugendbewegung bietet. Sandra Funck (Braunschweig) untersucht in ihrer Dissertation eine rings um die Deutungen von ›1968‹ oftmals vergessene Protestgruppe: die Schüler*innen – und stellte in ihrem Beitrag »›Klassenkämpfe‹. Schüler*innen, Schule und Politik in den langen 1960er Jahren« in den Fokus. Einen etwas anderen, für Interessierte der Public History aber ganz besonders spannenden Zugang zu historischen Themen präsentierte Irmela Diedrichs (Jena): das von ihr und Hanna Döring gemeinsam entwickelte historische Comicprojekt »Anna Siemsen – ein politischer Mensch«. In einer abschließenden Diskussion wurden die Verbindungslinien zwischen den vielfältigen Vortragsthemen und Zugängen herausgearbeitet. Wir freuen uns auf die Fortführung des Formats in den kommenden Jahren.

Auf den nachfolgenden Seiten finden sich die Zusammenfassungen der beim zweiten Forschungsworkshop »Arbeit-Jugend-Bewegung« vorgestellten Forschungsarbeiten. ■



Da eine Archivführung vor Ort nicht möglich war, hat die Archivpädagogin Sophie Reinlaßöder in ihrem Beitrag zur »Geschichtsvermittlung in der Praxis« das Archiv der Arbeiterjugendbewegung digital auf den Bildschirm der Workshopteilnehmer*innen gebracht. Zu sehen waren nicht nur verschiedenste Archivalien in den Magazinen, sondern auch ein besonders spannendes Fotoalbum (AAJB, Fotosammlung, 02/0043) aus der Kinderrepublik Schlesien in Schmiedeberg im Riesengebirge aus dem Sommer 1929.

PROGRAMM

Begrüßung und Vorstellungsrunde

Wolfgang Uellenberg-van Dawen (Köln):
»Wir schreiben unsere Geschichte selbst.«
Das Archiv der Arbeiterjugendbewegung und die Geschichte der sozialistischen Kinder- und Jugendorganisationen

Sinah Mielich (Hamburg):
Die Rolle der Arbeiterjugendbewegung in der Auseinandersetzung um die Einheit der Jugendwohlfahrt zu Beginn des 20. Jahrhunderts

Sylvia Wehren (Hildesheim):
Tagebuchpraxen von jugendlichen Arbeiter:innen im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts

Maria Daldrup (Oer-Erkenschwick):
Gedächtnisort, Zeitort, Vermittlungsort
Einblicke in das Archiv der Arbeiterjugendbewegung

Franziska Meier (Heidelberg):
Ein »bündischer Kulturmarkt« entsteht
Die deutsche Jugendbewegung und Jugendmusikbewegung als Katalysator für den Aufbau von Kulturmarktunternehmen 1918 – 1933

Sandra Funck (Braunschweig):
Klassenkämpfe. Schüler*innen, Schule und Politik in den langen 1960er Jahren

Irmela Diedrichs (Jena):
Historisches Comicprojekt: Anna Siemsen – ein politischer Mensch

Sophie Reinlaßöder (Oer-Erkenschwick):
Geschichtsvermittlung in der Praxis
Archivpädagogik im Archiv der Arbeiterjugendbewegung

Redaktionssitzung und Abschlussdiskussion

»Schreibt ein Tagebuch!«

Tagebuchschreiben in der Arbeiter*innenjugend im frühen 20. Jahrhundert

Sylvia Wehren

In meinen Forschungen beschäftige ich mich mit deutschsprachigen Kinder- und Jugendtagebüchern des 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Folgend möchte ich einen Einblick in einige der Erkenntnisse geben, die ich bislang bei der Suche nach Tagebuchschriften aus proletarischen Jugendmilieus gewonnen habe.

Trotz gegenläufiger und dekonstruktiver Forschungstendenzen gilt Tagebuchschreiben in der Moderne gemeinhin als bürgerlich und weiblich situierte Praxis der individuellen, privaten wie auch intimen Selbstreflexion.[1] Begibt man sich im deutschsprachigen Raum auf die Spur der seit der Frühen Neuzeit tradierten Objekte und Archivalien, scheinen sich die Annahmen zu bestätigen. So finden sich mehr Tagebuchschriften aus bürgerlichen als aus nicht-bürgerlichen Milieus, auch sind mehr Aufzeichnungen von Mädchen und Frauen erhalten. Jedoch lässt eine solche übergreifende wie auch quantifizierende Betrachtung nicht nur die Möglichkeiten und Umstände der Tradierung, sondern auch die vielfältigen Formen der Praxen des Tagebuchschreibens, die je nach Zeit und Kontext unterschiedliche Geschlechter und differente soziale Gruppen involvierten, außer Acht. Dies gilt insbesondere für das Schreiben von Tagebüchern unter Arbeiter*innen.

Zunächst lässt sich festhalten, dass Jugendforschung im frühen 20. Jahrhundert auch als Selbstzeugnisforschung etabliert wurde.[2] Dabei spielten Tagebuchschriften eine große Rolle. Das »Tagebuch« sei, so die Entwicklungspsychologin Charlotte Bühler (1893–1974), »einstweilen die ergiebigste und sicherste Quelle« für »jugendpsychologische [] Forschungen«.[3] Früh wurden Sammlungen angelegt, nicht zuletzt, um autobiographische Schriften der weiteren Erforschung zugänglich zu machen. Ein Beispiel für eine der ersten sammlungs- und auch tagebuchbasierten Arbeiten ist die Studie von Fritz Giese (1890–1935) aus dem Jahr 1914, die den Titel »Das freie literarische Schaffen bei Kindern und Jugendlichen« trägt und auf der Auswertung von über 3000 Materialien basiert. Gieses Quellen, die ihm Schulen, Verlage und andere Forschende – zum Beispiel Clara und Wilhelm Stern, Adolf Dyroff und Hans Schlemmer – zugänglich gemacht hatten, enthielten vielseitige Selbstzeugnisse, aber auch ›Arbeiterdichtungen‹[4], was zeigt, dass unter jungen Arbeiter*innen die Praxen des Schreibens von autobiographischen Texten und insbesondere von Tagebüchern verbreitet waren. Leider sind viele der Sammlungen nicht mehr (vollständig) erhalten,[5] zudem fehlen aufgrund klassistisch strukturierter Forschungsweisen vertiefte historische Rekonstruktionen und ebenso quantitative Untersuchungen zu den proletarischen Praxen des Schreibens von Tagebüchern. Dies wurde in den 1980er Jahren auffälliger – und zwar durch Forschungsvorhaben, die dezidiert »nichthegemoniale historische Schreibkulturen« in den Blick wissenschaftlicher Analysen rückten.[6] In diesem Zusammenhang wurde die verbreitete An-

[1] Zu den Forschungsbewegungen, die diese Annahme relativieren, vgl. Li Gerhalter: Tagebücher als Quellen. Forschungsfelder und Sammlungen seit 1800, Göttingen 2021, S. 317–335, sowie Janosch Steuwer/Rüdiger Graf: Selbstkonstitution und Welterzeugung in Tagebüchern des 20. Jahrhunderts, in: dies. (Hg.): Selbstreflexionen und Weltdeutungen. Tagebücher in der Geschichte und der Geschichtsschreibung des 20. Jahrhunderts, Göttingen 2015, S. 7–36. Im selben Band: Philippe Lejeune: Datierte Spuren in Serie. Tagebücher und ihre Autoren, in: ebd., S. 37–46.

[2] Siehe Gerhalter, Tagebücher als Quellen, S. 107–254; Marianne Soff: Jugend im Tagebuch. Analysen zur Ich-Entwicklung in Jugendtagebüchern verschiedener Generationen, Weinheim/München 1989, S. 13–19.

[3] Charlotte Bühler: Vorwort, in: dies. (Hg.): Zwei Knabentagebücher, Jena 1925, S. III.

[4] Fritz Giese: Das freie literarische Schaffen bei Kindern und Jugendlichen, Zeitschrift für angewandte Psychologie und psychologische Sammelforschung, Bd. 1, Leipzig 1914, S. 14.

[5] Einige der frühen Sammlungen wurden im Kontext nationalsozialistischer Herrschaft zerstört oder sind seitdem verschollen. Siehe Gerhalter, Tagebücher als Quellen, S. 108f., S. 119.

[6] Christa Hämmerle: Nebenpfade? Populare Selbstzeugnisse des 19. und 20. Jahrhunderts in geschlechtervergleichender Perspektive, in: Thomas Winkelbauer (Hg.): Vom Lebenslauf zur Biographie. Geschichte, Quellen und Probleme der historischen Biographik und Autobiographik, Horn/Weidhofen an der Thaya 2000, S. 135–167, S. 141.

Schreibt ein Tagebuch!

Heinrich Peus: Schreibt ein Tagebuch!, in: Arbeiter-Jugend 8 (1917) H. 15, S. 118–119 AAJB, ZB 14

nahme von der »Beinahe-Schriftlosigkeit des Volkes«, so der Volkskundler Bernd Jürgen Warneken, kritisiert. Die Annahme gilt als Ursache und Ergebnis einer »Neglektionsspirale«.[7] Darunter versteht Warneken eine sich wechselseitig bedingende Situation der Vernachlässigung: Aus der Annahme heraus, dass es sowieso fast keine Selbstzeugnisse nicht-bürgerlicher bzw. nicht-adeliger Personen gäbe, und einer Haltung, die das wenige, was aufzufinden sei, aus Gründen anderer Forschungsinteressen vernachlässige, entstünden Quellen- und Forschungskonvolute, die bestimmte Quellentypen beständig marginalisieren. Intensivierte Bemühungen zeigen seitdem, dass es mehr Selbstzeugnisse von z. B. Arbeiter*innen gibt, als lange angenommen wurde. Aufgrund der Forschungslage kann jedoch erst für die 1980er Jahre sicher und quantifiziert belegt werden, dass Tagebuchschreiben unter Jugendlichen in allen sozialen Schichten weit verbreitet war. Dies zwar in Abhängigkeit von der sozialen und geschlechtlichen Positionierung, aber es zeigt sich, dass Tagebuchschreiben nicht als exklusiv bürgerliche Praxis zu verstehen ist.[8] Die fehlende wissenschaftliche Fokussierung auf Tagebuchpraxen von Arbeiter*innen führte u. a. dazu, dass Jugend- und Jugendtagebuchforschung in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts vornehmlich auf bürgerliche Lebenszusammenhänge konzentriert war. Darauf verwiesen vereinzelt auch zeitgenössische Autor*innen, die sich bereits früh mit (sub-)proletarischer Jugend beschäftigten. Zu nennen wären hier z. B. Curt Bondy (1894–1972), der 1921

[7] Bernd Jürgen Warneken: Populare Autobiographik. Empirische Studien zu einer Quellengattung der Alltagsforschung, Tübingen 1985, S. 3.

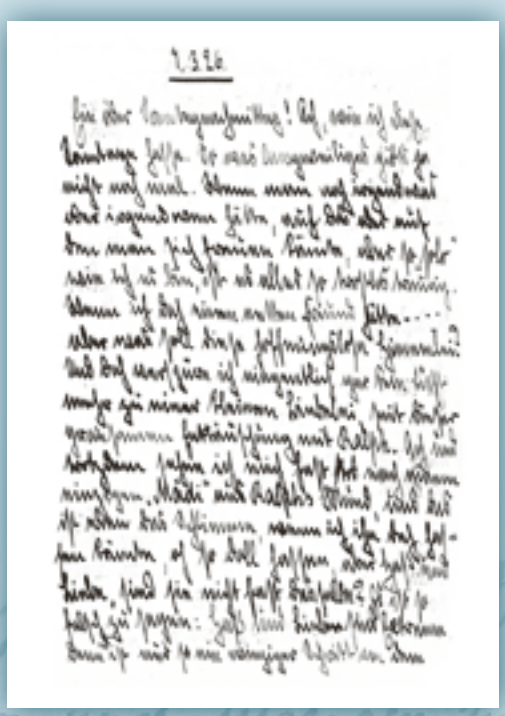
[8] Siehe Jürgen Zinnecker: Literarische und ästhetische Praxen in Jugendkultur und Jugendbiografie, in: Arthur Fischer: Jugendliche und Erwachsene '85: Generationen im Vergleich, hg. vom Jugendwerk der Deutschen Shell, Bd. 2: Freizeit und Jugendkultur, Leverkusen 1985, S. 143–348, hier S. 256–285. Hinweise auf frühere Zählungen bzw. Umfragen vgl. Soff, Jugend im Tagebuch, S. 20. Soff listet Studien von 1925 bis 1985 auf, denen es allerdings – so Soff selber – in Teilen an wissenschaftlicher Beweiskraft fehle.

Intensivierte Bemühungen zeigen seitdem, dass es mehr Selbstzeugnisse von z. B. Arbeiter*innen gibt, als lange angenommen wurde. Aufgrund der Forschungslage kann daher jedoch erst für die 1980er Jahre sicher und quantifiziert belegt werden, dass Tagebuchschreiben unter Jugendlichen in allen sozialen Schichten weit verbreitet war.

über die »Die proletarische Jugendbewegung in Deutschland« promoviert wurde, oder Annelies Argelander (1896–1980) und Ilse Weitsch (1904–1958), die »Aus dem Seelenleben verwahrloster Mädchen auf Grund ihrer Tagebuchaufzeichnungen« (1933) publizierten.

Eine systematische Umschau und Erschließung von Arbeiter*innentagebüchern steht noch immer aus, jedoch zeigen Sekundärliteratur und Archive verstreut liegende Bestände an. Gesammelte Hinweise gibt z. B. Li Gerhalter. Sie weist nach – u. a. durch Recherchen im Deutschen Tagebucharchiv Emmendingen, der Sammlung Frauennachlässe und der Dokumentation lebensgeschichtlicher Aufzeichnungen –, dass auch vor 1950 Tagebuchschriften von Arbeiter- und Dienstbot*innen existent sind, ca. zehn Diarist*innen sind von ihr ermittelt.[9] Darunter befinden sich auch jugendliche Tagebuchschreibende, was nicht verwunderlich ist, da Tagebuchschreiben »zum kulturellen Inventar der Adoleszenz«[10] gehört, es damit als jugendtypisches Phänomen Geltung erlangt. Gerhalter nennt z. B. Josefa Donabaum (1905–2004), die mindestens im Zeitraum von 1921 bis 1926, also ab ca. 16 Jahren, Tagebuch schrieb. Sie verdingte sich zu dieser Zeit als Dienstbotin und Näherin. Zu nennen wäre ebenfalls Frederike Debor (1906–1989). Ihre Aufzeichnungen aus den Jahren von 1923 bis 1931 sind erhalten, sie fertigte diese ab dem Alter von 17 Jahren an.[11] Debor arbeitete ebenfalls als Näherin und zudem als Kindermädchen. Aufzuzählen wäre auch der Metallarbeitende Paul Jacob (geb. 1867), dessen Tagebuchschriften von 1884 bis 1929 erhalten sind, was bedeutet, dass er bereits im Alter von 17 Jahren schrieb.[12] Aus eigener Recherche ist zu ergänzen, dass auch das Walter-Kempowski-Archiv in der Akademie der Künste in Berlin weitere Quellen verwahrt. Zum Beispiel die Kriegstagebücher des Gärtners Hermann Friedrich Hinrich Holster (geb. 1898), dessen Aufzeichnungen ab dem Alter von ca. 19 Jahren erhalten sind,[13] oder von Hildegard Schürmann (geb. 1909), die mindestens ab 1926 Tagebuch schrieb, also mit 17 Jahren. Sie absolvierte eine Ausbildung zur Kindergärtnerin.[14]

Diese Funde lassen sich in einen Zeitraum verorten, der deutliche Tendenzen zur Etablierung und Popularisierung des Schreibens von Tagebüchern unter Arbeiter*innen aufweist. Als ein Zeichen dessen kann der zeitgenössische literarische Markt gelten, der insbesondere auf autobiographische Texte fokussierte.[15] Zum Beispiel erschien 1909 die »Jugendgeschichte einer Arbeiterin«, verfasst von Adelheid Popp (1869–1939). Die Autorin beschreibt darin die eigene von Arbeit und Armut geprägte Kindheit und Jugend. Das mit einem Vorwort von August Bebel versehene Buch wurde über sozialistische Kreise hinaus bekannt. Auch fiktive Tagebuchschriften, wie das von Margarete Böhme (1867–1939) verfasste »Tagebuch einer Verlorenen« (1905), welches den Lebensweg einer Apothekertochter verfolgt, die wegen einer frühen Schwangerschaft aus der bürgerlichen Gesellschaft ausgeschlossen wird und sich daraufhin in der Prostitution verdingt, gaben Vorlagen und regten zur Nachahmung an.[16] Peter-Paul Bänzinger verweist auf den 21-jährigen, aus dem Arbeiter*innenmilieu stammenden Willy Neubauer, der diesen Tagebuchroman als Anlass bezeichnete, selber Tagebuch zu schreiben.[17] Auch die bereits genannte Hildegard Schürmann berichtete in ihren Aufzeichnungen von Tagebuchlektüren. Sie las z. B. von »Max Dauthendey: die letzten Tagebuchblätter und Briefe«[18] oder »Katrin wird Soldat«[19], ein Roman von Hertha Strauch (Pseud. Adrienne Thomas) (1897–1980), veröffentlicht 1931, der auf den Tagebuchaufzeichnungen der Autorin selbst beruhte. »Nie noch«, so Hildegard Schürmann zu diesem Roman, »hat mich ein Buch so erschüttert.«[20]



Auszüge aus dem Tagebuch der Ausbildungsschülerin Grete Rühling aus Magdeburg, S. 16 und S. 19
Akademie der Künste, Kempowski-Biografienarchiv, Sig. 7055

Neben diesen Publikationen sind auch dezidiert pädagogisch ausgerichtete Texte vorhanden, die Kinder und Jugendliche zum Schreiben von Tagebüchern anhielten oder pädagogische Inhalte im Medium Tagebuch zu vermitteln suchten. Der Psychoanalytiker und pädagogisch motivierte Jugendforscher Siegfried Bernfeld (1892–1953) nennt aus den Jahren zwischen 1775 und 1920 eine Vielzahl dieser Publikationen.[21] In diesen Kontext lässt sich auch ein Aufruf von 1917 in der »Arbeiter-Jugend«, der »Monatsschrift des Verbandes der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands«, einordnen.[22] Der Autor Heinrich Peus formulierte darin die dringliche Aufforderung an arbeitende Jugendliche: »Schreibt ein Tagebuch!«.[23] Sie sollten sich mit regelmäßigen Aufzeichnungen in der »Kunst des Schreibens«[24]

[9] Siehe Gerhalter, Tagebücher als Quellen, S. 322–323.

[10] Siehe Zinnecker, Praxen in Jugendkultur, S. 298.

[11] Ebd., S. 324.

[12] Siehe ebd., S. 327.

[13] Akademie der Künste, Kempowski-Biografienarchiv (AdK/KB) Sig. 3354/1–16.

[14] AdK/KB 0007.

[15] Siehe Peter Boerner: Tagebuch, Stuttgart 1969, S. 51f.

[16] Der Roman von Böhme, der vorgab authentisch und realhistorisch verbürgt zu sein, wurde in den ersten 20 Jahren nach seinem Erscheinen mehr als 1,2 Millionen Mal verkauft, in 14 Sprachen übersetzt und zwischen 1912 und 1929 drei Mal verfilmt.

[17] Bänzinger, Moderne als Erlebnis, S. 190, S. 352.

[18] Tagebucheintrag von Hildegard Schürmann vom 9.5.1929, in: AdK/KB Sig. 0007. Max Dauthendey (1867–1918) war Dichter und Maler.

[19] Tagebucheintrag von Hildegard Schürmann vom 22.2.1931, in: AdK/KB Sig. 0007.

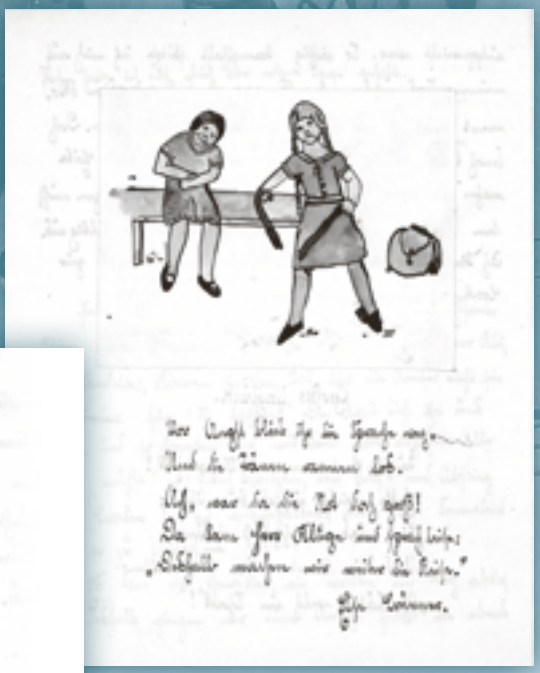
[20] Ebd.

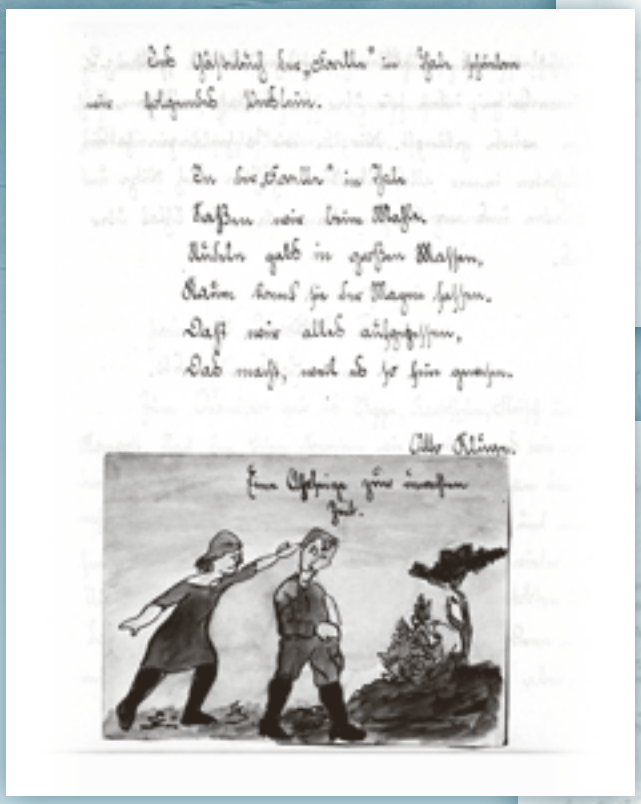
[21] Siehe Siegfried Bernfeld: Trieb und Tradition im Jugendalter. Kulturpsychologische Studien an Tagebüchern (Werke, Bd. 7), hg. und mit einem Nachwort versehen von Ulrich Herrmann, Gießen 2015 [1924], S. 148–150.

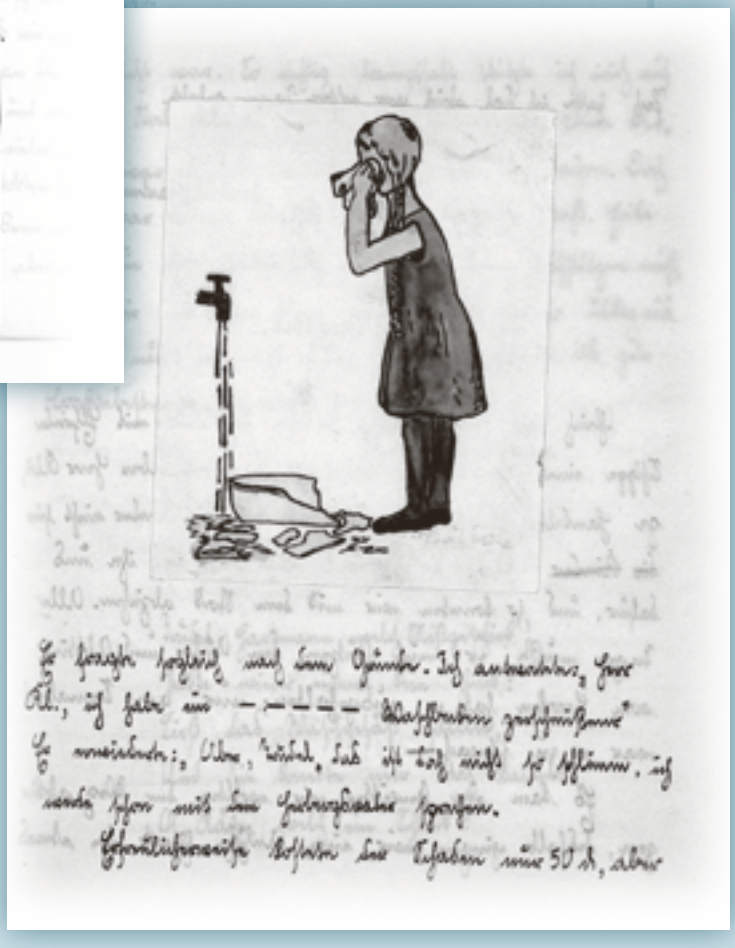
[22] Veröffentlicht im Arbeiterjugend-Verlag in Berlin 1909–1933.

[23] Heinrich Peus: Schreibt ein Tagebuch!, in: Arbeiter-Jugend 8 (1917) H. 15, S. 118–119, in: AAJB, ZB 14.

[24] Ebd., S. 118.







Auszüge aus dem Gruppen-Tagebuch einer Reisegruppe aus Leipzig, S. 42, S. 43, S. 45, S. 47

Akademie der Künste, Kempowski-Biografienarchiv, Sig. 4190

Es diente oftmals nicht einzig als Praxis der Individualreflexion und der Arbeit am Selbst, sondern als kommunikativer sowie auch politischer Akt in außerfamilialer und klassenbezogener Gemeinschaft.

üben. Da nach Verlassen der Schule, so die Begründung, das Schreiben, anders als das Lesen, oft nicht »fortentwickelt« werde, sei es wichtig, sich gerade diese Fähigkeit beizubehalten. Denn: »Lesen und Schreiben« seien »die wichtigsten Künste des gebildeten Menschen«. Peus rekurrierte auf spezifisch bürgerlich ausgebildete Bildungsideale, die er jedoch gleichzeitig um die Lebensrealitäten von Arbeiter*innen erweiterte. Er zeigte Verständnis dafür, dass Schreibgerät teuer sei, dennoch sei es notwendig, »seine Gedanken geordnet aufs Papier zu bringen«, damit »das Geschriebene auf Geist und Gemüt des anderen einen wirksamen Eindruck« machen könne. Neben der Möglichkeit, sich über Schreiben anderen Personen mitzuteilen, verhindere das Schreiben von Tagebüchern »geistige Unbeholfenheit«, ein menschlicher Missstand, der sich »im Kampf ums Dasein« als ein großer Nachteil erweisen würde. Tagebuchschreiben wirke produktiv im Umgang mit Behörden oder der Wahrnehmung von Personenrechten. Zwar könne gerade der »organisierte Arbeiter« immer mit Hilfe von anderen rechnen, aber es wäre doch besser sich selbst zu helfen.[25] Während die Ordnung der Gedanken und die Kunst des Schreibens wie auch die individuelle Selbständigkeit bildungsbürgerlichen Ideen zuzuordnen sind,[26] kann die Aufrufung ›des Anderen‹ in dieser beispielhaften Quelle auch als eine milieuspezifische Ergänzung interpretiert werden. Denn an dem Hinweis auf die kommunikative Dimension des Tagebuchschreibens wird eine bedeutsame Praxis des Tagebuchschreibens unter Arbeiter*innen kenntlich: Es diente oftmals nicht einzig als Praxis der Individualreflexion und der Arbeit am Selbst, sondern als kommunikativer sowie auch politischer Akt in außerfamilialer und klassenbezogener Gemeinschaft. Dazu einige Hinweise: Es lassen sich zwar, wie dargestellt, auch Einzeltagebuchquellen aus dem Arbeiter*innenmilieu auffinden, jedoch auch Schriften, die als Gemeinschaftsprojekt entstanden. Zu verweisen wäre z.B. auf das Tagebuch von Grete Rühling (Wedemeyer), einer Ausbildungsschülerin aus Magdeburg, die 1931 – unter Verweis auf die Mitwirkung anderer Schüler*innen, die u. a. Fotos und Gedichte beisteuerten – eine Ausbildungsfahrt an die Ostsee zu einem Fischkursus dokumentierte.[27]

Fundierte Begründungszusammenhänge stehen noch aus, allerdings gibt es vereinzelte Überlegungen. So berichtet der Literaturwissenschaftler Philippe Lejeune, dass der Soziologe Bernard Lahire für die 1990 Jahre in Interviews unter französischen Personen mit »geringe[m] sozialen Kapital« nachgewiesen hat, dass Tagebuchschreiben als Individualpraxis eher verpönt war und als »scheinheilig« angesehen wurde.[28] Lejeune vermutet ein habituelles Unwohlsein bei Arbeiter*innen, sich einer Praxis des Schreibens zu widmen, die auf Individualisierung bzw. auf Absonderung von der Gruppe zielt, ob nun räumlich, medial oder inhaltlich. Die Haltung dazu könne sein: »Wenn man anderen etwas zu sagen hat, dann sagt man es ihnen einfach! In einer stillen Ecke Dinge aufzuschreiben, die niemand lesen wird, kann da seltsam erscheinen.«[29] Diese Positionierung wurde durch andere Schreibmotivationen und -situationen aufgebrochen. Denn die Tagebücher von jugendlichen Arbeiter*innen, auch die, die in Gemeinschaft entstanden, sind des Öfteren dem Genre der Reise- und Ausbildungstagebücher zuzuordnen.

[25] Ebd.

[26] Siehe Carola Groppe: Im deutschen Kaiserreich: Eine Bildungsgeschichte des Bürgertums 1871 – 1918, Köln u. a. 2018, S. 238.

[27] AdK/KB Sig. 7055.

[28] Siehe: Lejeune, Datierte Spuren, S. 39.

[29] Ebd.

*Aber auch Prozesse der Politisierung sind erkennbar: Proletarische Diarist*innen stellten das Schreiben häufig in den Kontext politischer Entwicklungen und Auseinandersetzungen.*

Li Gerhalter geht zudem davon aus, dass proletarische Diarist*innen sehr häufig aus »Anlass einer Arbeitsmigration« Aufzeichnungen verfassten – oft im Kontext der »vormoderne[n] Tradition der Dokumentation von Gesellenwanderungen«.[30] Markus Bosch (1855–1915), der 1874 auf der Wanderschaft als Müllergeselle im Alter von 19 Jahren mit seinen Tagebuchaufzeichnungen begann, ist hier ein Beispiel.[31]

Hinzuweisen wäre auch darauf, dass an der Wende zum 20. Jahrhundert das Schreiben von Tagebüchern im Rahmen bestimmter Ausbildungsgänge zur Pflicht wurde.[32] Erhalten ist z. B. das Tagebuch von Franz Wallner (geb. 1892), der als 18-jähriger Lehrling im Münchener AEG-Werk ein Ausbildungstagebuch zu führen hatte.[33] Hier konzentrierten sich die Inhalte nicht auf individuelle private, sondern auf berufliche Entwicklungen. Aber auch Prozesse der Politisierung sind erkennbar: Proletarische Diarist*innen stellten das Schreiben häufig in den Kontext politischer Entwicklungen und Auseinandersetzungen. Davon berichtete etwa Friedrich Wilhelm Eildermann (1897–1988), Politiker (KPD/SED), Journalist und Hochschullehrer. Seine Freunde und er hätten 1912 damit begonnen, Tagebuch zu schreiben, und dies als dezidiert politische Praxis. Eildermann führte das auf die Umbrüche in seiner Heimatstadt Bremen zurück, die ein »politisches Milieu«[34] ausgebildet hätten, das zum Schreiben anregte. Das Tagebuch des 18-jährigen Max Meier (geb. 1917) aus dem Jahr 1935 ist ebenfalls in diesen Kontext einzuordnen. Meier fühlte sich als »Zeit- und Leidensgenosse einer umwälzenden Epoche« und begann daher, über »Auseinandersetzungen mit der Familie, der Mittelschule und den Weltereignissen stenografische Notizen zu machen«.[35] Dass politische Entwicklungen und die Zeitgeschehnisse im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts das Tagebuchschreiben, abseits tradierter bürgerlicher und weiblich konnotierter Praxen, beförderten, zeigen auch die vielen Tagebücher männlicher Jugendlicher aller sozialen Schichten, die über Kriegserlebnisse berichten.[36] Diese Funde korrespondieren mit den Erkenntnissen der Tagebuchforschung, die beide Weltkriege als Ereignisse einordnet, die zu einer »immense[n] Popularisierung des privaten Schreibens«[37] führten.

Diese ersten skizzierten Forschungseindrücke und Charakteristika über Tagebücher aus der Arbeiter*innenjugend zeigen die Vielfalt des Tagebuchschreibens und machen die Notwendigkeit weiterer wissenschaftlicher Auseinandersetzung deutlich – insbesondere zur Frage nach dem sozialen und geschlechtlichen Profil der Diaristik, das sich im Kontext der Arbeiter*innenjugend ganz eigen ausgestaltete.

---

[30] Gerhalter, Tagebücher als Quellen, S. 324. Siehe hierzu auch: Sigrid Wadauer: Die Tour der Gesellen. Mobilität und Biografie im Handwerk vom 18. bis zum 20 Jahrhundert, Frankfurt am Main 2005.

[31] Deutsches Tagebucharchiv Emmendingen (DTA), Reg. 1223.

[32] Vgl. Steuwer/Graf, Selbstkonstitution, S. 19.

[33] Ebd.

[34] Wilhelm Eildermann: Jugend im ersten Weltkrieg. Tagebücher, Briefe, Erinnerungen, Berlin 1972, S. 5.

[35] Max Meier: Tagebuch 1935. Zukunftsängste eines Achtzehnjährigen, Maur 1983, Vorwort.

[36] Z. B. AdK/KB Sig. 6974 (Paul Schroer, 18 Jahre alt); AdK/KB, Sig. 0517 (anonym, 18 Jahre alt).

[37] Hämmerle, Populare Selbstzeugnisse, S. 142.

»Ohne Geld geht's einmal nicht.«

Große Ideen und »der schnöde Mammon« in der bündischen Verlagslandschaft zwischen 1918 und 1933

Franziska Meier

Die bürgerliche Jugendbewegung[1] und die Jugendmusikbewegung[2] des frühen 20. Jahrhunderts manifestierten sich in einer gelebten Subkultur, die in ihren Publikationen festgehalten und weitergetragen wurde. So entfalteten sie nicht nur zeitgenössisch, sondern auch in ihrer Folge eine große Wirkung auf die deutsche Gesellschaft im 20. Jahrhundert. Jugendbewegte Verlage wurden als Distributoren zum Dreh- und Angelpunkt der Fixierung, Kanonisierung und Tradierung der jugendbewegten Subkultur. Der Literatur kam dabei eine besondere Bedeutung zu,[3] da sie als das einzige Handelsgut gelten konnte, das allerseits anerkannt und bereits seit Jahrhunderten kulturellen Wert besaß.

Durch gesetzliche Regelungen wie die Preisbindung war Literatur ein Handelsgut, dessen Geldwert nicht jederzeit durch Angebot und Nachfrage bestimmt und dem ein inhärenter Wert für die Gesellschaft zugesprochen wurde.[4] Zeitungen und Zeitschriften im Besonderen gaben durch ihre Periodizität und Zielgruppenausrichtung einen Einblick in die gelebte Kultur, da die schriftlichen Aushandlungen über die Praktiken der Bündischen – das Lagern, Wandern und Singen – darin einen großen Anteil ausmachten.

In meiner 2021 an der Universität Heidelberg erfolgreich verteidigten Dissertation »Ein ›bündischer Kulturmarkt‹ entsteht. Die deutsche Jugendbewegung und Jugendmusikbewegung als Katalysator für den Aufbau von Kulturmarktunternehmen 1918–1933« gehe ich

Symbolbild des interdisziplinären Promotionskollegs »Kunst, Kultur und Märkte. Geschichte der europäischen Kulturwirtschaft vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart« des Zentrums für Europäische Geschichts- und Kulturwissenschaften (ZEGK) an der Universität Heidelberg

https://www.uni-heidelberg.de/fakultaeten/philosophie/zegk/Promotionskolleg.html

---

[1] Zur bündischen Jugend siehe bspw. Rüdiger Ahrens: Bündische Jugend. Eine neue Geschichte 1918–1933, Göttingen 2015.

[2] Zur Jugendmusikbewegung siehe bspw. Dorothea Kolland: Die Jugendmusikbewegung. »Gemeinschaftsmusik« – Theorie und Praxis, Frankfurt am Main 1979.

[3] Siehe zur Bedeutung von Literatur für die Jugendbewegung im Speziellen: Malte Lorenzen: Zwischen Wandern und Lesen. Eine rezeptionshistorische Untersuchung des Literaturkonzepts der bürgerlichen deutschen Jugendbewegung 1896–1923, Göttingen 2016.

[4] Siehe Georg Jäger: Keine Kulturtheorie ohne Geldtheorie. Grundlegung einer Theorie des Buchverlags, in: Monika Estermann/Ernst Fischer/Reinhard Wittmann (Hg.): Buchkulturen. Beiträge zur Geschichte der Literaturvermittlung: Festschrift für Reinhard Wittmann, Wiesbaden 2005, S. 59–78, hier: S. 69–71.

dem Zusammenhang von Kultur und Markt anhand von jugend(musik)bewegten Verlagen nach und frage, wie ein Marktgeschehen aus einer (Sub-)Kultur entstand und wie die (Sub-)Kultur das Marktgeschehen beeinflusste.

Die bürgerliche Jugendbewegung hatte wie auch die Arbeiter*innenjugendbewegung derselben Zeit große Ideen. Ludwig Voggenreiter (1898–1947), der 1919 zusammen mit dem ebenfalls aus der bayerischen Pfadfinderbewegung stammenden Franz Ludwig Habbel (1894–1964) den Verlag *Der Weiße Ritter* gegründet hatte, drückte es 1925 wie folgt aus: »Der ›Weiße Ritter‹ und die ›Spur‹, die ›Bücher der Waldverwandtschaft‹ und die anderen lebendigen Gaben – sie alle sind erste Vorboten eines groß angelegten Gebäudes für das junge Leben. Noch legen wir ihm erst die Fundamente, in jeder Hinsicht! Wer baut mit?«[5]

Was dieses »groß angelegte Gebäude« sein sollte, zeigt sich in den vielen Positionspapieren, Periodika und anderen Publikationen, die einen Hinweis auf die gelebte bündische Kultur geben. Zunächst habe ich ›Kultur‹ in Anlehnung an die Erweiterung der Systemtheorie Niklas Luhmanns durch Dirk Baecker als ein durch Vergleiche mit sich selbst, mit Zukunft und Vergangenheit und mit der Umgebung und in Kommunikation entstehendes Gedächtnis eines sich selbsterhaltenden Systems definiert.[6] Um die Wirkung von ›Kultur‹ auf das Individuum zu reintegrieren und seine Handlungsmöglichkeiten in der historischen Gegenwart nicht aus dem Blick zu verlieren, bezog ich unter Zuhilfenahme von Pierre Bourdieus Überlegungen zur sozialen Rolle die Akteurinnen und Akteure, vor allem die Verleger, ein – und damit den Wert, der durch ihr symbolisches Kapital entstand.[7] Untersucht werden konnte so die von Hans Nutzinger und Stephan Panther definierte ›Kultur‹ als in menschlichem Verhalten verkörpert und in Artefakten vergegenständlicht.[8] ›Markt‹ dagegen definierte ich in Anlehnung an die Neue Institutionenökonomik weniger rationell als in der klassischen Ökonomie und somit offener. Meine Annahme war, dass der ›Markt‹ und das Marktgeschehen durch umgebende formelle und informelle Institutionen beeinflusst werden.[9] Diese Institutionen betrachtete ich auf drei Ebenen innerhalb des Untersuchungszeitraums: den gesellschaftlichen Alltagspraktiken, den finanziellen und den rechtlichen Voraussetzungen.

Zeitungen und Zeitschriften im Besonderen gaben durch ihre Periodizität und Zielgruppenausrichtung einen Einblick in die gelebte Kultur, da die schriftlichen Aushandlungen über die Praktiken der Bündischen – das Lagern, Wandern und Singen – darin einen großen Anteil ausmachten.

Aus diesen theoretischen Vorannahmen erstellte ich ein Schema des ›bündischen Kulturmarktes‹, das in idealisierter Weise die bündische Subkultur, die das Marktgeschehen auslöste, ins Zentrum stellte und Nachfrage, Angebote und andere Teilmärkte sowie umgebende Systeme und formelle und informelle Institutionen um diese herum anordnete. Vor diesem Hintergrund konnten die historischen Zusammenhänge, die zur Entstehung verschiedener ›Kulturmarktunternehmen‹ aus der deutschen Jugend(musik)bewegung heraus beitrugen, betrachtet werden.

---

[5] Ludwig Voggenreiter: Geschichte – Politik – Werke, in: Der Naumburger Bund 1920–1925. Sonderheft zum Weißen Ritter 5 (1924/25), Potsdam [Pfingsten] 1925, S. 17–22, hier: S. 22.

[6] Siehe Niklas Luhmann: Kultur als historischer Begriff, in: Ders. (Hg.): Gesellschaftsstruktur und Semantik. Studien zur Wissenssoziologie der modernen Gesellschaft, Frankfurt am Main 1995, S. 31–54 sowie Dirk Baecker: Wozu Kultur?, Berlin 2012.

[7] Siehe Pierre Bourdieu: Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, in: Reinhard Kreckel (Hg.): Soziale Ungleichheiten, Göttingen 1983, S. 183–198.

[8] Siehe Hans G. Nutzinger/Stephan Panther: Homo oeconomicus vs. homo culturalis: Kultur als Herausforderung der Ökonomik, in: Gerold Blümle (Hg.): Perspektiven einer kulturellen Ökonomik, Münster 2004, S. 287–309.

[9] Siehe Mathias Erlei/Martin Leschke/Dirk Sauerland: Neue Institutionenökonomik, 2. Auflage, Stuttgart 2007 sowie Clemens Wischermann u. a. (Hg.): Studienbuch institutionelle Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte, Stuttgart 2015.

Cover der Zeitschrift *Der Weiße Ritter*. Eine Führerzeitung, herausgegeben von einem Kreise im Bunde der Wandervögel und Pfadfinder

Wegen der herausragend guten Quellenlage erfuhr der Verlag *Der Weiße Ritter* (später *Ludwig Voggenreiter Verlag*) besondere Aufmerksamkeit. Anhand der Untersuchung der bei ihm verlegten Zeitschriften und Bücher, der erhaltenen Verlagsverträge und Korrespondenzen konnte gezeigt werden, dass die Zuhilfenahme des Marktes – die Etablierung einer Zeitschrift und eines Verlages – für die Akteure zunächst ein Vehikel darstellte, ihre Ideen, ihre Alltagspraktiken und damit das, was ihre Subkultur ausmachte, festzuhalten und zu verbreiten. Auch bis in die frühen 1930er Jahre hinein blieb dieser Bezug zur Subkultur erhalten – kulturell beispielsweise in der Ausgestaltung des Verlagsprogramms, aber auch finanziell, etwa durch das Erbitten von Spenden und Treue der Abonnentinnen und Abonnenten während wirtschaftlicher Schwierigkeiten. Unter den aus den Ergebnissen zum Verlag *Der Weiße Ritter* abgeleiteten Thesen »Aus der ›bündischen Subkultur‹ entsprungen«, »Anpassung des Verlagsprofils an die ›bündische Subkultur‹« und »Verkauf des kulturellen Produkts an die ›bündische Subkultur‹« wurde der in sich geschlossene Teilmarkt anhand der Verlage *Julius Zwissler* (später *Georg Kallmeyer*), *Das junge Volk* (später *Günther Wolff*) und *Bärenreiter* vertiefend und ergänzend untersucht und die spezifischen kulturellen Werte der Produkte bestätigt. Mit dem Vergleich der Ergebnisse aus der Untersuchung des Verlages *Der Weiße Ritter* mit zeitgleich entstandenen Verlagsunternehmen wurde belegt, dass der Verlag *Der Weiße Ritter* kein Einzelfall war und die Subkultur der Bündischen tatsächlich ein außerordentliches Bedürfnis nach kulturellen Produkten entwickelte.

Darüber hinaus wurde in der Dissertation der Verbreitung der bündischen Kulturgüter in Schule und Gesellschaft nachgegangen, wodurch sich die Verschränkung von ›bündischer Subkultur‹, Verlagsgründungen, pädagogischer Erneuerung und der damit verbundenen Bildungspolitik offenlegte.

Insgesamt lassen sich fünf zentrale Ergebnisse formulieren, welche die Verbindung der einzelnen Aspekte ›Kulturmarkt‹, bündische Jugend, Verlagsgeschichte und Bildungspolitik aufzeigen.

Erstens entstand der ›bündische Kulturmarkt‹ durch die Subkultur, die ›bündische Kultur‹, die als Gedächtnis der bündischen Gruppen ihre Werte, Rituale und Handlungen fixierte und leitete.

Zweitens richteten sich die ›Kulturmarktunternehmen‹ an der jeweiligen Subkultur aus. Sie konzeptionierten ihre Produkte so, dass sie die spezifische Nachfrage ihrer Nische bedienten – entweder einen sehr kleinen Kreis eines einzelnen Jugendbundes oder aber eine durch übergreifende jugendbewegte Themen verbundene überbündische Leserinnen- und Leserschaft. Die Waren wurden gegen Werte getauscht – monetäre, ideelle und symbolische, also Geld, Zugehörigkeitsgefühle zu einer Gruppenidentität und Ähnliches.

Drittens ist bei der Betrachtung der Bewältigungsstrategien finanzieller Herausforderungen der untersuchten ›Kulturmarktunternehmen‹ besonders auffällig, dass sie durch den Untersuchungszeitraum hinweg Loyalität ihrer aus der Subkultur stammenden Abonnentinnen und Abonnenten einforderten, um Spenden aus der Jugendbewegung baten oder private Darlehen aus der

Fritz Jöde während eines Singtreffens der Berliner Jugend im Volkspark Jungfernheide in Berlin, 1929
Archiv der deutschen Jugendbewegung, Bestand F1 Julius Groß, Serie 379/96

»Singsang im Burgverließ«, Gautag des Wandervogels Nordthuringgau auf dem Arnstein, Juli 1919
Archiv der deutschen Jugendbewegung, Bestand F1 Julius Groß, Serie 52/11

Subkultur zur Gründung oder auch Erhaltung von bestimmten Zeitschriften oder der Verlage selbst einwarben. Trotz aller Herausforderungen hatte sich der ›bündische Kulturmarkt‹ ab Mitte der 1920er Jahre fest in der Verlagslandschaft etabliert. Alle untersuchten Verlage konnten ihre Umsätze steigern und die Auflagenzahlen ihrer Zeitschriften und weiteren Publikationen erhöhen – ob der *Voggenreiter Verlag* mit Praxishandbüchern zum Lagerbau und Jugendromanen oder der Bärenreiterverlag mit laienmusikalischen und musikwissenschaftlichen Werken.[10]

Viertens entfaltete der ›bündische Kulturmarkt‹ gesellschaftliche Wirkung. Mit dem Ende der 1920er Jahre hatten die untersuchten Verlage feste Zielgruppen, deren Ausweitung durch die Erweiterung des Verlagsprogramms, aber auch durch organisatorische Veränderungen der bündischen Jugend wie dem Zusammenschluss in der Deutschen Freischar erreicht worden war. Die ›bündische Kultur‹ war durch ihre Praktiken des Singens, Wanderns und Lagerns subkutan in die Gesellschaft eingedrungen. Die Jugendmusikbewegung als darauf aufbauendes beziehungsweise damit verwobenes Phänomen erreichte durch ihren pädagogischen Ansatz noch weitere Kreise und konnte sich im Kultusministerium, in den Schulen und der Lehrerinnen- und Lehreraus- und -weiterbildung durchsetzen.

Fünftens lässt sich der ›Kulturmarkt‹ als Forschungskonzept auch auf andere Untersuchungsgegenstände anwenden. Im Fall des »bündischen Kulturmarkts« wurden Voraussetzungen, Entstehung, Ausformungen und Etablierung untersucht. Die grundlegende Konzeption ist für andere Untersuchungsgegenstände an der Schnittstelle zwischen Kultur und Markt offen und somit übertragungsfähig. So können für verschiedene Subkulturen ihre jeweiligen Alltagspraktiken, die daraus entstehende Nachfrage beziehungsweise die Abnehmerinnen und Abnehmer ausgemacht werden. In einer solchen Analyse treten auch die Werte (monetäre, ideelle, symbolische und weitere), über die innerhalb des jeweiligen Kulturmarkts und mit anderen Märkten kommuniziert wird, zutage, genauso wie die offen formulierten formellen und informellen Institutionen, die das jeweilige Marktgeschehen rahmen und beeinflussen. Andere Subkulturen, so kann zumindest für das 20. Jahrhundert mit der Entwicklung und zunehmenden Verbindung von Konsum und Freizeit angenommen werden, bildeten ebenfalls ihre eigenen Praktiken aus, die zu einer Nachfrage führten, durch deren Produkte beispielsweise Gruppenidentität gestiftet und die Grundideen und Werte dieser Subkultur verbreitet wurden.

Die Publikation der Untersuchungsergebnisse wird voraussichtlich im Frühjahr 2022 im *Franz Steiner Verlag* in der Reihe Perspektiven der Wirtschaftsgeschichte erfolgen. ■

[10] Im Untersuchungszeitraum gab es viele Klein- und Kleinstverlage, die im Umfeld der Jugendbewegung entstanden. Teilweise erfüllten sie jedoch lediglich die Aufgabe, Publikationen für einen einzigen Jugendbund zu publizieren, wie etwa der Jungdeutsche Verlag Artur Mahrauns oder der Verlag des Deutschen Pfadfinderbundes, der ab 1920 die bundeseigene Zeitschrift herausgab.

Klassenkämpfe

Schüler*innen, Schule und Politik in den ›langen 1960er Jahren‹

Sandra Funck

»Ich war neunzehn, als ich unter der Androhung, von der Schule verwiesen zu werden, zum ersten Mal an einer Demonstration teilnahm. Das war an einem Samstag, dem 11. Mai 1968. Es ging damals um den sogenannten Sternmarsch nach Bonn, mit dem in letzter Minute die Verabschiedung der Notstandsgesetze verhindert werden sollte.«[1]

Diese Schilderung stammt vom Politikwissenschaftler Wolfgang Kraushaar, Verfasser zahlreicher Chroniken der sogenannten 68er-Bewegung. Kraushaar wurde im Jahr 1948 geboren. Er wuchs im nordhessischen Niederurff auf und machte sein Abitur 1968 in Fritzlar. Seine ersten Berührungspunkte mit politischem Protest erlebte er, seinem eigenen Bericht zufolge, als Schüler in der nordhessischen Provinz. Dass er mit seinen Erzählungen aber vor allem mit der Studentenbewegung in Verbindung gebracht wird und sich selbst hauptsächlich dazu geäußert hat, ist symptomatisch für die historische Erforschung der Schüler*innenproteste.

Die 68er-Bewegung ist zu Recht als Jugendrevolte bezeichnet worden. Bei einem genaueren Blick auf die jugendliche Trägergruppe[2] fällt allerdings auf, dass diese insbesondere in den europäischen Ländern äußerst vielschichtig war: Nicht nur Student*innen, sondern auch Lehrlinge und Schüler*innen beteiligten sich an den Protesten.[3] In der Bundesrepublik gründeten sich ab Februar 1967 zahlreiche sozialistische und unabhängige Schüler*innen gruppen, die sich noch im gleichen Jahr im Dachverband Aktionszentrum für Unabhängige Sozialistische Schüler (AUSS) zusammenschlossen. Dass Schüler*innen ernstzunehmende Akteur*innen von Protesten und sozialen Bewegungen sein können, dürfte seit den Fridays-for-Future-Protesten niemand mehr bestreiten. Dennoch sind die Schüler*innenproteste der 1960er Jahre weitgehend in Vergessenheit geraten. Dies ist auf die Deutungskämpfe um ›1968‹ zurückzuführen, als deren Ergebnis sich das Narrativ einer kleinen männlichen, studentischen Zeitzeugenelite durchsetzte.[4] Demnach sei ab 1968 die Revolte von den Universitäten auf die Oberschulen übergeschwappt.[5] Oft heißt es auch, der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) habe versucht, die Revolte auf die Schulen zu übertragen bzw. dort Nachwuchs zu rekrutieren. Diese Erzählmuster sind nicht grundlegend falsch – tatsächlich wurde SDS-intern Ende des Jahres 1966 diskutiert, ob und wie man eine sozialistische Schüler*innenorganisation realisieren könne.[6] In vielen Städten bestanden zudem enge finanzielle und organisatorische Verbindungen zwischen den unabhängigen und sozialistischen Schüler*innengruppen und den jeweiligen SDS-Ortsgruppen.

Da die Schülerbewegung in der Forschung bisher – wenn überhaupt – nur als Begleiterscheinung der Studentenbewegung dargestellt wurde, verfolgt meine Dissertation mit dem Titel »Klassenkämpfe – Schüler*innen, Schule und Politik in den ›langen 1960er Jahren‹« das Ziel, die Schule als Ort und Thema des Protests ernst zu nehmen. Es wird untersucht, wie sich die Schüler*innen in den ›langen 1960er Jahren‹ politisierten und schließlich mobilisierten, inwieweit sie sich zu einer eigenständigen Trägergruppe der 68er-Proteste herausformten, welche Ziele sie verfolgten und wie sie mit den anderen Trägergruppen der 68er-Bewegung interagierten.

---

[1] Wolfgang Kraushaar: Achtundsechzig. Eine Bilanz, Berlin 2008, S. 46.

[2] Der Begriff »Trägergruppe« geht auf den Politikwissenschaftler Joachim Raschke zurück. Joachim Raschke: Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriss, Frankfurt am Main 1988, S. 125.

[3] Vgl. David Templin: »Lehrzeit – keine Leerzeit!« Die Lehrlingsbewegung in Hamburg 1968–1972, München 2011; sowie Knud Andresen: Gebremste Radikalisierung. Die IG Metall und ihre Jugend 1968 bis in die 1980er Jahre, Göttingen 2016.

[4] Siehe Silja Behre: Bewegte Erinnerung: Deutungskämpfe um ›1968‹ in deutsch-französischer Perspektive, Tübingen 2016.

[5] Siehe Axel Schildt: Nachwuchs für die Rebellion. Die Schülerbewegung der späten 60er Jahre, in: Jürgen Reulecke (Hg.): Generationalität und Lebensgeschichte im 20. Jahrhundert, München 2003, S. 229 – 251.

[6] Siehe Tilman Fichter/Siegward Lönnendonker: Kleine Geschichte des SDS: der Sozialistische Deutsche Studentenbund von Helmut Schmidt bis Rudi Dutschke, Bonn 2008, S. 176 f.

Es gibt Schüler,
die machen jetzt nicht mehr mit!

Eine demokratische Schule
in einer demokratischen Gesellschaft

Einführung demokratischer Kontrollorgane an der Schule

Verwirklichung des Rechtes
auf politische Organisierung der Schüler an der Schule selbst

AKTIONSZENTRUM UNABHÄNGIGER
UND SOZIALISTISCHER SCHÜLER (AUSS)

Kongreß unabhängiger und sozialistischer Schüler

Flugblatt des Aktionszentrums Unabhängiger und Sozialistischer Schüler mit Aufruf zum ersten Schülerkongress in Frankfurt a. M. (1967)
Foto: Datenbankprojekt »Materialien zur Analyse von Opposition« (MAO), siehe: https://www.mao-projekt.de/BRD/VDS/AUSS.shtml, auch in: Freie Universität Berlin, Universitätsarchiv, APO-Archiv, 1040

Zwar handelten die Schüler*innen hauptsächlich im lokalen und regionalen Raum, blickten aber auch gelegentlich über nationale Grenzen hinaus. Diese Blicke über den Tellerrand gilt es einzubeziehen, denn sie decken auf, in welche jeweils spezifisch nationalen Kontexte und Deutungen ›1968‹ eingebettet war.[7] Als ebenfalls verhältnismäßig junge Demokratie und postfaschistischer Staat mit stark ausgeprägten 68er-Protesten bietet Italien zahlreiche ertragreiche Bezugspunkte, sodass im Rahmen der Studie immer wieder Seitenblicke auf das italienische Protestgeschehen erfolgen.

Methodisch kombiniert die Arbeit kulturgeschichtliche Fragestellungen mit Ansätzen aus der sozialen Bewegungsforschung.[8] Dies ermöglicht die Analyse der inneren Strukturen der Bewegung, ihrer Organisationen sowie der Präsentation ihrer Forderungen nach außen. Berücksichtigt wird das politische, gesellschaftliche und soziale Umfeld der Schülerbewegung, um jene Faktoren zu bestimmen, die ihre Entstehung und Entwicklung begünstigten oder hemmten. Bedeutsam ist auch der Deutungshorizont *(Framing)*, in den die Akteur*innen ihr Handeln sinnstiftend einordneten und nach außen legitimierten.[9] Mobilisierend wirkte beispielsweise eine gemeinsame »kognitive Orientierung«[10], die die Trägergruppen vor allem aus den Ideen und Theoremen der Neuen Linken schöpften. Sich als links verstehende Schüler*innen versuchten sich durch die Erarbeitung eines Protestprogrammes dezidiert in die »gemeinsame[n] Praktiken wie Rituale, Symbole, Zeichen, Sprache und Kleidungsmoden« und Lebensstile der globalen Protestbewegung einzuschreiben.[11] Eine der methodischen Herausforderungen besteht darin, diejenigen Schüler*innen zu berücksichtigen, die nicht in Gruppen organisiert waren und sich nicht mit deren oftmals als radikal wahrgenommenen Forderungen identifizieren konnten.

Die kulturgeschichtliche Perspektive zielt auf eine Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von Politik und Schule im Sinne einer Kulturgeschichte des Politischen.[12] Denn fortwährend verhandelten Erwachsene und Jugendliche, was überhaupt als politisch im Raum Schule galt und, in einem nächsten Schritt, welche Formen politischen Handelns für zulässig befunden wurden. Ab Mitte der 1960er Jahre brachten Schüler*innen neue politische Organisations- und Handlungsformen in die Schule. Infolgedessen setzten sich Lehrer*innen, Schulleitungen und Kultusministerien vor allem mit zwei Fragen auseinander: Inwiefern durften Jugendliche in ihrer Rolle als Schüler*innen innerhalb wie außerhalb der Schule politisch tätig sein? Inwieweit durfte Schule politisch oder unpolitisch sein?

Die Quellenauswahl orientiert sich an den unterschiedlichen Perspektiven, die die Studie einnimmt: Einbezogen werden graue Literatur und bewegungsinterne Dokumente, also Flugblätter, programmatische Schriften und Berichte von Zusammenkünften der Schüler*innengruppen, Briefe und Broschüren. Gelegentlich gaben Akteur*innen Sammlungen mit zentralen Texten verschiedener Gruppen heraus.[13] Einen

besonderen Stellenwert haben Schülerzeitungen: Von Schüler*innen für Schüler*innen produziert, bieten Schülerzeitungen spezifische Informationen über die schulische Subkultur, in der sie entstanden sind.[14]

Die bewegungsexternen Dokumente umfassen die Perspektive der Student*innen, der Schulen, der Eltern sowie massenmedialer Erzeugnisse auf die Schüler*innenproteste. Studentische Publikationen berichteten z. B. über gemeinsame Aktionen und Kampagnen. Die Dokumente der Schulen umfassen Protokolle von Konferenzen, Mitteilungs- und Klassenbücher oder Schulchroniken, Jahrbücher etc. Herangezogen werden ebenfalls Akten der Kultusministerien in Hessen, Niedersachsen, Bremen und Schleswig-Holstein. Die Forderungen der Schüler*innen fanden Ausdruck in neuen Erlassen zur Schülermitverantwortung (SMV), zur Schüler*innenpresse und in Richtlinien zum Sexualkundeunterricht, die nahezu alle Bundesländer im Zeitraum von 1966 bis 1970 verabschiedeten. Anhand dieser Bestände lässt sich rekonstruieren, wie die Schüler*innengruppen im Sinne einer sozialen Bewegung auf die Genese dieser Erlasse und Richtlinien Einfluss zu nehmen versuchten. Am neuen Erlass für die Schülermitverantwortung in Niedersachsen, der am 19. September 1968 in Kraft trat, zeigt sich beispielsweise, dass vor allem diejenigen Schüler*innengruppen besonders erfolgreich ihre Interessen einzubringen vermochten, die die Antragspraktiken und die politische Sprache der Kultusministerien beherrschten. Dazu zählten dezidiert nicht die unabhängigen und sozialistischen Schüler*innengruppen. Ihnen ist jedoch zuzuschreiben, dass sie den Druck auf die Behörden zu erhöhen vermochten und somit den Prozess beschleunigten. Ebenfalls wird die Berichterstattung der regionalen und überregionalen Presse über die Schüler*innenproteste ausgewertet.

Die Studie bewegt sich an der Schnittstelle von drei Forschungsfeldern: So erzählt sie nicht nur eine anders akzentuierte Geschichte der 68er-Proteste, sondern auch eine Geschichte der Schule in den ›langen 1960er Jahren‹ und knüpft an das Feld der Jugendforschung an. Die Historikerin Sonja Levsen hat mit ihrer vergleichenden historischen Studie über das Verhältnis von Demokratie und Autorität in Erziehungsdiskursen hier bereits wichtige Erkenntnisse geliefert. Denn sie zeigt, dass eine hohe Sensibilität für vermeintliche ›autoritäre Traditionen‹ durch den Nationalsozialismus in deutschen Erziehungsdebatten zu besonders hohen Ansprüchen an politische Bildung im Bereich Schule, aber auch an die Jugend selbst geführt hätte.[15]

---

[7] Zur Geschichte und zu Ansätzen der sozialen Bewegungsforschung siehe: Kai-Uwe Hellmann: Paradigmen der Bewegungsforschung. Forschungs- und Erklärungsansätze – ein Überblick, in: ders./Ruud Koopmans (Hg.): Paradigmen der Bewegungsforschung. Entstehung und Entwicklungen von Neuen Sozialen Bewegungen und Rechtsextremismus, Darmstadt 1998, S. 9–30.

[8] Zu dem Konzept Framing, dem Political-Opportunities-Ansatz sowie dem Structural-Strains-Ansatz siehe: ebd.

[9] Zum Potenzial des Vergleichs siehe: Sonja Levsen/Cornelius Torp: Die Bundesrepublik und der Vergleich, in: dies. (Hg.): Wo liegt die Bundesrepublik. Vergleichende Perspektiven auf die westdeutsche Geschichte, Göttingen 2016, S. 9–30. Zum Potenzial des Vergleichs zwischen der Bundesrepublik und Italien in Bezug auf die Entwicklung der Nachkriegsdemokratien ebenfalls in diesem Sammelband: Claudia Christiane Gatzka: »Demokratisierung« in Italien und der Bundesrepublik, in: ebd., S. 145–165.

[10] Die Historikerin Ingrid Gilcher-Holtey betont diesen Aspekt für ihre Forschung über die westeuropäischen Studentenbewegungen, siehe: Ingrid Gilcher-Holtey: Die 68er Bewegung. Deutschland, Westeuropa, USA, München 2008.

[11] Siehe Hellmann, Paradigmen der Bewegungsforschung, S. 19.

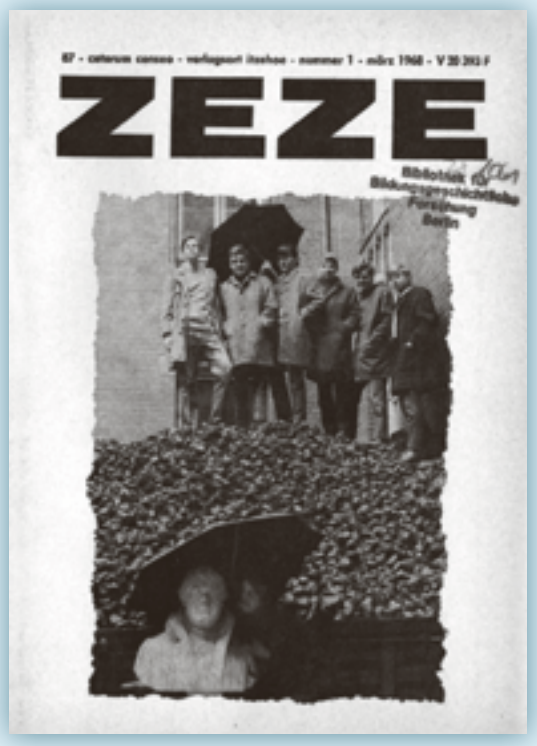
[12] Ute Frevert/Heinz-Gerhard Haupt (Hg.): Neue Politikgeschichte: Perspektiven einer historischen Politikforschung, Frankfurt am Main u.a. 2005; Thomas Mergel: Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik, in: Geschichte und Gesellschaft 28 (2002) H. 4, S. 574–606.

[13] Hans-Jürgen Haug/Hubert Maessen: Was wollen die Schüler? Politik im Klassenzimmer, Frankfurt am Main 1969.

[14] Marcel Kabaum: Zwischen Partizipation und Zensur. Jugendeigene Presse und Meinungsfreiheit in der Schule während der 1950er und 1960er Jahre. Mit einer Darstellung der derzeitigen schulrechtlichen Situation, in: Zeitschrift für Pädagogik 63 (2017) H. 6, S. 783–802; ders.: Jugendkulturen und Mitgestaltung in westdeutschen Schulen der 1950er und 1960er Jahre: Schülerzeitungen als historische Quellen der Schul- und Jugendforschung, Humboldt Universität, Frankfurt am Main 2018; Sabine Reh/Joachim Scholz: Schulkulturen: Schülerzeitungen und das Selbstbild zweier Westberliner Gymnasien in den 1950er und 1960er Jahren, in: Jahrbuch für historische Bildungsforschung 16 (2010), S. 93–118.

[15] Siehe Sonja Levsen: Autorität und Demokratie. Eine Kulturgeschichte des Erziehungswandels in Westdeutschland und Frankreich, 1945–1975, Göttingen 2019.

Titelblatt der überregionalen, dem AUSS nahestehenden Zeitschrift »mobil« (1967)
Foto: Datenbankprojekt »Materialien zur Analyse von Opposition« (MAO), siehe: https://www.mao-projekt.de/BRD/VDS/AUSS.shtml, auch in: Freie Universität Berlin, Universitätsarchiv, APO-Archiv, 1040



Titelblatt der Schülerzeitung »ZEZE« aus Itzehoe mit Foto von der Redaktion (1968)
Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung, Zs 1061

Ziel meiner Studie ist es, noch stärker die Perspektive der Schüler*innen selbst zu integrieren und ihre Geschichte(n) zu erzählen. Dies spiegelt sich in vier Fallstudien wider, in denen sich die Erzählung verdichtet:

1. der Itzehoer Schülerzeitung *ZEZE*, die sich exemplarisch an den Themen der Schüler*innenproteste abarbeitete;

2. dem Unabhängigen und Sozialistischen Schülerbund in Göttingen mit seinen Netzwerken zur Göttinger Universität und über Göttingen hinaus;

3. der Jungen Presse Hessen, einer Jugendpresseorganisation, zu der die prominentesten Schülerzeitungen der Bundesrepublik in den 1960er Jahren zählten;

4. dem Arbeitskreis Bremer Schülerringe als übergreifendem Gremium der Bremer Schüler*innenvertretungen.

Mit diesem Vorgehen soll meine Studie nicht nur das Narrativ von ›1968‹ weiter differenzieren, sondern auch einen Beitrag zum Verhältnis von Schule und Politik leisten. Hier werden Fragen verhandelt, die noch heute in der Auseinandersetzung mit den Fridays-for-Future-Protesten eine Rolle spielen. So beschäftigt Erzieher*innen, Politiker*innen und die Medien auch gegenwärtig die Frage, welche Rahmenbedingungen die Schule diesen jugendlichen Akteur*innen für die Realisierung ihres Protestes bieten sollte. ■

Inwiefern durften Jugendliche in ihrer Rolle als Schüler*innen innerhalb wie außerhalb der Schule politisch tätig sein? Inwieweit durfte Schule politisch oder unpolitisch sein?

Titelbild der Graphic Novel: Anna Siemsen – ein politisches Leben
Zeichnung: Hanna Döring

Anna Siemsen – ein politisches Leben als Graphic Novel

Ein Werkstattbericht

Irmela Diedrichs

Seit einigen Monaten arbeiten Hanna Döring und ich an einer Graphic Novel über Anna Siemsen (1882–1951). Zu Lebzeiten politisch äußerst aktiv und einflussreich, ist sie heute nahezu unbekannt. Dies soll sich mit der Graphic Novel »Anna Siemsen – ein politisches Leben« ändern: Wir wollen die fast vergessene Persönlichkeit Anna Siemsen in ein kollektives Gedächtnis zurückholen, indem wir ihr Werk vorstellen und zeigen, wie sie auf die Gesellschaft und die Gesellschaft auf sie reagiert hat. Hanna Döring, Kunstpädagogin, übernimmt die Zeichnungen und die stilistische Atmosphärenbildung, während ich als Historikerin für die historischen Recherchen und das Storytelling zuständig bin.

Die bei Hamm in Westfalen geborene Anna Marie Emma Henni Siemsen war eine insbesondere in den Bereichen Internationalismus, Arbeiter*innenjugend und Gleichberechtigung äußerst engagierte und polarisierende sozialistische Politikerin und Pädagogin.

*»[…] Da kam ein Anruf von Dresden, sie müsse dort unbedingt am Abend in einer Protestveranstaltung gegen den amerikanischen Justizmord an den beiden Anarchisten Sacco und Vanzetti sprechen […]. Ihrem Einwand, es sei ihr unmöglich zu kommen, da sie kaum sprechen könne vor Husten, wurde entgegengehalten, die Plakate seien schon geklebt und die Versammlung würde überfüllt sein. Anna war überzeugt, daß sie zusammenklappen würde. Aber da fiel ihr ein, daß Rosa Luxemburg in ähnlicher Situation auch erklärt hatte, sie könne unmöglich reden, sie stehe direkt vorm Zusammenbrechen, worauf ihr Karl Liebknecht [...] sagte: ›Ja, du wirst zusammenbrechen – **nach** deinem Vortrag.‹ So nahm sie an, fuhr unter entsetzlichen Gehuste nach Dresden [...].«*[1]

[1] August Siemsen: Anna Siemsen. Leben und Werk, Frankfurt am Main 1951, S.115.

Die Familie Siemsen (ohne den bereits verstorbenen Vater):
oben (von links nach rechts): die Geschwister Karl, Paula, Hans und August;
unten (von links nach rechts): Annas Mutter und Anna
Zeichnung: Hanna Döring

Die Graphic Novel als Format der Geschichtsvermittlung

Geschichtscomics bzw. historische Graphic Novels sind Vermittlungsformen aus dem Kontext der Public History.[2] Diese haben zum Ziel, in vielfältiger Weise geschichtswissenschaftliche Erkenntnisse und historische Begebenheiten auch an nichtakademische Gruppen zu vermitteln. Ein bekanntes Beispiel ist die Graphic Novel »Maus – Die Geschichte eines Überlebenden« von Art Spiegelman, in der Leben, Leid und Not des Vaters des Autors während der Shoah in kreativer und zugleich berührender Weise vermittelt werden.

Die Protagonistin in »Anna Siemsen – ein politisches Leben« erhält entlang eines fiktionalen Storytellings, das auf historischen Quellen basiert, ein Gesicht und wird so zu einer handelnden, aktiven Figur. Wir legen Anna Siemsen ihre eigenen Worte in den Mund, die wir aus ihrer Vielzahl politischer Publikationen entnommen haben. Dabei sollen auch Anna Siemsens subjektive Perspektiven nicht verloren gehen, also ihre Wahrnehmungen, Gefühle, Beziehungen und ihr Handeln. Einblicke in ihr Privatleben hinterließ Anna Siemsen jedoch nur wenige, was eine Rekonstruktion erschwert bzw. verunmöglicht. Selbst nahestehende Verwandte wussten kaum, wie es ihr ging. Die erzählerischen Freiheiten, die wir im Verfassen einer Graphic Novel haben, nutzen wir hier als Lösung: Wir setzen Anna Siemsen in Situationen, die durch Quellen belegt sind und ergänzen dies durch plausible, aber fiktionale Elemente.

Zugleich betten wir Anna Siemsens Leben in größere Kontexte ein, indem etwa die Orte, an denen sie lebte oder sich aufhielt, skizziert, die Zugehörigkeit zu bestimmten Gruppen und Zusammenhängen beleuchtet und ein kritischer Blick auf die gesellschaftlichen Verhältnisse während ihrer Wirkungszeit geworfen werden. Dabei konstruieren wir ein wirklichkeitsreferentielles Bild über das Leben einer bürgerlichen Frau, die politisch aktiv für den Sozialismus eintrat.

Während der Weimarer Republik war sie erst Mitglied in der USPD, dann mehrere Jahre in der SPD aktiv, für die sie zwischenzeitlich als Abgeordnete im Reichstag saß. Nach ihrem Bruch mit der sozialdemokratischen Partei trat sie der SAP bei. Den Rückhalt für ihre politische Arbeit fand Anna Siemsen in ihrer Familie, vor allem bei ihrer Mutter Anna und den vier Geschwistern – gleichwohl sie in verschiedenen Städten lebten. Ihr jüngerer Bruder August, selbst Pädagoge, Politiker und Publizist, begleitete sie bei vielen Stationen ihres Lebens.

[2] Zum Überblick über den Bereich Public History: Irmgard Zündorf: Zeitgeschichte und Public History, Version: 2.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 06.09.2016, siehe: http://docupedia.de/zg/Zuendorf_public_history_v2_de_2016 [letzter Zugriff am 12.10.2021].

Ein Ziel der Graphic Novel ist es, bei den Leser*innen ein Bewusstsein für die Kämpfe einer Sozialistin in der Weimarer Republik und die Debatten und Konflikte der Zeit entstehen zu lassen.

Ein Ziel der Graphic Novel ist es, bei den Leser*innen ein Bewusstsein für die Kämpfe einer Sozialistin in der Weimarer Republik und die Debatten und Konflikte der Zeit entstehen zu lassen. Es geht um eine historische, zeitliche Sinnbildung und um Vermittlung von Geschichtlichkeit und Geschichtsbildern.[3] Historische Comics bzw. Graphic Novels stehen in einem Spannungsverhältnis von Faktizität und Fiktionalität. Die Leser*innen tragen selbst die Verantwortung, zwischen (wissenschafts)historischen Narrativen und literarischen Fiktionen zu unterscheiden. Die Imagination der Leser*innen wird zwar durch die Comicpanels angeregt, die Verwandlung der stehenden, eindimensionalen Bilder zu einer bewegten Geschichte ist aber ebenso ihre eigene Aufgabe. Dieser Denkvorgang regt dazu an, sich über Bilder und Erzählungen Vorstellungen historischer Realitäten zu machen.[4] Ich verstehe es als Aufgabe des Storytellings, möglichst quellennah zu schreiben und wesentliche, bedeutende Aussagen mit Quellenangaben zu kennzeichnen sowie die Geschichte in Forschungserkenntnisse einzubetten. Gleichzeitig können Leerstellen mit fiktiven Gedanken und Verbindungen gefüllt und fiktive Handlungsstränge entworfen werden. An einer Graphic Novel kann kein wissenschaftlicher Maßstab angelegt werden, dafür jedoch ein bildender und unterhaltender.[5]

[3] Vgl. Christine Gundermann: Jenseits von Asterix. Comics im Geschichtsunterricht, in: Methoden Historischen Lernens, 2. Aufl., Schwalbach 2017, S. 83.

[4] Vgl. ebd., S. 78, S. 82f.

[5] Vgl. ebd., S. 83.

[6] Anna Siemsen: Die Kunst des Erzählens. Eine Auswahl, Bielefeld/Leipzig 1921.

»Anna Siemsen – ein politisches Leben«: Zwischenstand

Wir befinden uns noch immer mitten im Schreib- und Kreationsprozess der Graphic Novel. Bisher gibt es vier (fast) fertige Kapitel – und auch diese werden bis zu einem zukünftigen Abschluss des Projektes sicherlich noch mehrmals überarbeitet werden. Ein roter Faden durch die Kapitel ist Anna Siemsens innere Berufung zur sozialistischen Pädagogin und Politikerin. Im Folgenden möchte ich einen ersten Einblick in Inhalt und Gestaltung der bisherigen Kapitel geben.

Das erste Kapitel *Hinter den Schaltern – das Studium der Bürokratie* zeigt Anna Siemsens Ankunft in Berlin, ihre bürokratische Tätigkeit als Oberschulrätin für Fach- und Berufsschulen Großberlins, ihren sich formenden Widerwillen zur Bürokratie, aber auch ihren Wunsch, Lehrer*innen zu sozialistischen Lehrkräften zu schulen. Schwächeanfälle begleiten die Protagonistin in dieser Zeit, sodass sie auf die Unterstützung ihrer Familie angewiesen ist.

Im zweiten Kapitel *Die Kunst des Erzählens* ist dieser Wunsch in Erfüllung gegangen: Anna Siemsen arbeitet als Lehrerin für Arbeiterinnen in der Heimvolksschule Tinz, einer parteilosen Einrichtung der sozialistischen Arbeiter*innenbewegung zur kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Bildung ihrer Mitstreiter*innen. In einem Kurs besprechen Anna Siemsen und ihre Schülerinnen verschiedene literarische Werke und diskutieren, was das Erzählen ausmacht, welche Stärke aus dem geschriebenen Wort – gerade auch für Arbeiter*innen – erwachsen kann. Alle theoretischen Aussagen, die Anna Siemsen in diesem Kapitel trifft, stammen aus ihrem gleichnamigen Buch »Die Kunst des Erzählens«.[6] Das Handeln der Protagonistin steht im direkten Zusammenhang mit den Bildungsidealen der organisierten Arbeiter*innenbewegung, die durch die rahmende Infrastruktur, die Heimvolksschule Tinz, dargestellt wird.

Anna Siemsen als Lehrerin in der Heimvolksschule Tinz
Zeichnung: Hanna Döring

Die Freundinnen Anna und Bertha singend bei einer Wanderung in der Schweiz Zeichnung: Hanna Döring

Im Gegensatz zu den ersten beiden Kapiteln stellt das dritte Kapitel *Über den Gipfeln ist Ruh* die private Seite von Anna Siemsen in den Vordergrund. Dies begründet sich in dem erzählerischen Bedürfnis, zwischen den vielen theoretischen Kapiteln etwas Ruhe einkehren zu lassen und zugleich eine politische Freundinnenschaft vorzustellen. Aus August Siemsens Berichten wissen wir, dass Anna Siemsen sich nur selten Ruhemomente in Form von Spaziergängen oder Wanderungen erlaubte. Eine dieser Wanderungen fand in der Schweiz mit ihrer guten Freundin Bertha[7] statt. Anna Siemsen war eine große Goethe-Anhängerin, was das titelgebende Zitat erklärt. Doch auch Kulturgut der Arbeiter*innen(jugend)bewegung findet hier seinen Platz durch das 1914 von Hermann Claudius gedichtete und oft gesungene Lied *Wann wir schreiten Seit' an Seit'*.

Ein roter Faden durch die Kapitel ist Anna Siemsens innere Berufung zur sozialistischen Pädagogin und Politikerin.

Die politischen Vorgänge während der Weimarer Republik stehen im vierten Kapitel, *Die Sache mit dem Panzerkreuzer A*, im Fokus. Hier werden nicht nur Anna Siemsens Perspektive, sondern auch unterschiedliche Wahrnehmungen und Debatten aus den Jahren

[7] Leider sind Lebensdaten und Nachname der Freundin unbekannt.

Eine Arbeiterfamilie diskutiert die Bedeutung des beschlossenen Panzerkreuzers. Zeichnung: Hanna Döring

Von einem Schauplatz zum nächsten
Zeichnung: Hanna Döring

1927/28 zur Thematik rund um den Slogan der SPD und KPD *»Kinderspeisung statt Panzerkreuzer«* dargestellt. Das Kapitel zeigt Anna und August Siemsens kritischen Blick auf die eigene Partei, die SPD, für die Anna Siemsen zu diesem Zeitpunkt noch im Reichstag sitzt. Gleichzeitig werden drei weitere Personen vorgestellt, die für den linken, oppositionellen Flügel der SPD, die Kinderfreundebewegung und die Sozialistische Arbeiterjugend stehen: die Familie Löwenstein. Es entsteht eine hitzige Diskussion darüber, wie sie sich weiter zur SPD verhalten sollen.

Von Vortrag zu Vortrag, von Parteiveranstaltungen zu Lehreinsätzen reiste Anna Siemsen durch Deutschland, aber auch innerhalb Europas, immer neugierig auf andere Länder und Menschen, immer verbunden mit dem Versuch, als Pazifistin und Sozialistin internationale Einigkeit herzustellen. Ihre Zugfahrten führen von Kapitel zu Kapitel und dienen als erzählerisches Mittel. So häufig, wie sie reiste, so häufig verändern sich auch die Schauplätze in der Graphic Novel. Die Reise wird das verbindende Element.

Fehlende und noch geplante Kapitel sollen Anna Siemsens Geschlechterverständnis, völkische Anfeindungen gegen ihre Person, politische Veranstaltungen mit der Arbeiter*innenjugendbewegung und Lebensverhältnisse von Arbeiter*innen behandeln.

Die Graphic Novel entsteht als eine Collage, zusammengesetzt aus verschiedenen Erlebnissen Anna Siemsens. Ein spannendes, brüchiges und vielfältiges Bild kann so über die Protagonistin entstehen, ohne sie in einen linearen und verfälschten Erzählstrang zu pressen. ■

Rezensionen

Autorität und Demokratie: Neue Ergebnisse über schulische Erziehung, Demokratisierung und Protest

Sandra Funck

Sonja Levsen
AUTORITÄT UND DEMOKRATIE
Eine Kulturgeschichte des Erziehungswandels in Westdeutschland und Frankreich, 1945–1975.

Wallstein Verlag, Göttingen 2019
711 Seiten, Preis: 49,00 €
ISBN 978-3-8353-3563-9

Bis heute hält sich in Forschung und Öffentlichkeit die Erzählung, dass die Erziehungskultur in der Bundesrepublik bis in die späten 1960er Jahre aufgrund der Nachwirkungen des Nationalsozialismus durch autoritäre Einstellungen und Denkweisen geprägt gewesen sei. Diese Annahme zu historisieren, ist der Anspruch der Habilitationsschrift der Historikerin Sonja Levsen. Sie fragt nach den Wandlungen im Verhältnis von Erziehung und Demokratie im Zeitraum von 1945 bis 1975 mithilfe einer kulturgeschichtlichen und diskursanalytischen Herangehensweise. Für ihre Analyse wählt sie drei Felder schulischer Erziehung: politische Bildung mit Fokus auf Partizipationsstrukturen für junge Menschen, Sexualität und Bestrafungskulturen.

Die Studie folgt einem chronologisch-thematischen Aufbau und ist neben Einleitung und Fazit in zwei Teile unterteilt. Der erste Teil umfasst fünf Kapitel. Kapitel eins bis drei rekonstruieren, wie in den 1940er Jahren in der Gesellschaft das Bild einer autoritären und undemokratischen Schulkultur als Folge des Nationalsozialismus entstand. Wandlungen in den 1950er Jahren bekräftigen dann hohe Anforderungen an die innerschulische politische Bildung. Sie sollte unter anderem Schüler*innen sich ihrer Partizipationsmöglichkeiten gewahr werden lassen und ihre Diskussionskompetenz stärken: Kritikfähigkeit und Ungehorsam wurden zu Idealen erhoben. Das vierte Kapitel widmet sich schulischen Strafpraktiken. Indem Kommunikation zum »Ideal der Erziehung« (S. 349) avancierte, verloren Vorstellungen von Gehorsam und Unterordnung an Berechtigung. Überraschenderweise galten Strafen oder gar Gewalt im schulischen Kontext bis in die 1960er Jahre jedoch nicht als ›undemokratisch‹. Das fünfte Kapitel (weitergeführt im siebten Kapitel) untersucht Debatten der Sexualerziehung. Getragen von dem Konsens, Jugendlichen Wissen über Sexualität zugänglich zu machen, vervielfältigte sich nach 1945 das Sprechen über Sexualität. Diskursiv stand sexuelle Aufklärung zuerst allerdings nicht im Kontext demokratischer Mündigkeit (S. 437). Diese Verknüpfung erfolgte erst ab Mitte der 1960er Jahre und ist auf die westdeutsche *Neue Linke* zurückzuführen.

Im zweiten Teil wird von Levsen der Zäsurcharakter von ›1968‹ am Beispiel der Schülerbewegung vermessen. Dadurch leistet sie einen innovativen Beitrag zu einem bislang kaum erforschten Thema. Parallel zur Studentenbewegung mobilisierten sich im Zeitraum von 1967 bis 1969 in zahlreichen europäischen Ländern Schüler*innen vor allem an den höheren Bildungsinstitutionen, so auch in der Bundesrepublik und in Frankreich. Wenngleich die Schüler*innenproteste ein

europäisches Phänomen darstellten, wie der Blick auf Frankreich zeigt, unterschieden sich die Bewegungen in ihrer Radikalität, ihren Motiven und ihren Zielen. Während sich französische Schüler*innen für ein Recht auf politische Information in der Schule einsetzten und sich energischem Widerstand von Schulleitungen und Behörden ausgesetzt sahen, verfügten westdeutsche Schüler*innen über größere Handlungsspielräume. Ihre Forderungen gingen deutlich weiter: Weitgehend von Schule und Politik geduldet, pochten sie auf die Ausweitung ihrer Partizipationsmöglichkeiten in Form eines politischen Mandates innerhalb wie außerhalb der Schule. Der Vergleich macht hier erneut sichtbar, dass die hohen Anforderungen an die westdeutsche Jugendbildung bereits Früchte getragen hatten. Für die Einordnung der 68er-Proteste zeigt sich: Die Schüler*innen waren nicht die ersten in den 1960er Jahren, die mit ihren Forderungen eine neue, konfliktorientierte Vorstellung von Demokratie formulierten. Impulsgeber*innen der Debatte waren Intellektuelle, Bildungsreformer*innen sowie akademische Pädagog*innen (S. 196).

Trotz zahlreicher, anschlussfähiger Ergebnisse sollten kritische Aspekte nicht außer Acht gelassen werden: So schreibt Levsen, dass »die Auswertung der archivalischen Quellen die Erkenntnisse der publizierten Quellen eher begrenzt differenziert« (S. 37) hätten. Dieser Einwand überrascht, zumal die Autorin selbst einige Bestände verschiedener Provenienz ausgewertet hat, unter anderem die Überlieferung des Hessischen Kultusministerium im Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (S. 640). Insbesondere jene Behördenakten hätten die Untersuchung bereichern können, da sie Aushandlungsprozesse um neue Erlasse zur Schülerpartizipation, Schülerpresse und Sexualaufklärung sowie um die Oberstufenreform dokumentieren. Im langen Untersuchungszeitraum, den Levsen ansetzt, wird hier besonders deutlich, wie sich die Sprecherrolle der Schüler*innen veränderte. Levsen widmet sich jenen Erlassen nur sporadisch, obwohl gerade im Aushandlungsprozess sichtbar wird, wie Jugendliche im Sinne einer sozialen Bewegung agierten.

Gerade die besondere Aufmerksamkeit, die die Alliierten und schließlich deutsche Pädagog*innen und Bildungsexpert*innen auf die Entwicklung der deutschen Erziehungskultur legten, führte zu einer besonderen Sensibilität gegenüber ›autoritären Traditionen‹ in der Erziehung.

Die Studie überzeugt aus drei Gründen: Erstens rückt ein Raum in den Vordergrund, der in der zeithistorischen und kulturgeschichtlichen Jugendforschung bislang wenig Berücksichtigung gefunden hat, jedoch zentral für jugendlichen Alltag war und auch noch heute ist: die Schule.[1] Zweitens macht der Vergleich mit Frankreich die nationenspezifischen Eigenschaften beider Länder transparent. Es zeigt sich: Gerade die besondere Aufmerksamkeit, die die Alliierten und schließlich deutsche Pädagog*innen und Bildungsexpert*innen auf die Entwicklung der deutschen Erziehungskultur legten, führte zu einer besonderen Sensibilität gegenüber ›autoritären Traditionen‹ in der Erziehung. Drittens überzeugt die Auswahl der Quellen. Die Autorin wertet vor allem Quellen der »mittlere[n] Ebene« (S. 33) aus, d. h. vor allem Zeitschriften unterschiedlicher Provenienz. Dadurch gelingt es ihr, die Perspektive verschiedener Erziehungsverbände, aber auch der Jugendlichen selbst zusammenzuführen. Besonders gehaltvoll wird die Untersuchung durch punktuelle Tiefenbohrungen in lokale Kontexte.

[1] Sonja Levsen: Jugend in der europäischen Zeitgeschichte – nationale Historiographien und transnationale Perspektiven, in: Neue Politische Literatur: Berichte über das internationale Schrifttum 55 (2010), S. 421–446, hier S. 430.

Rezensionen

Insgesamt dekonstruiert Levsen überzeugend das eingangs geschilderte Narrativ ›autoritärer Überhänge‹ in der westdeutschen Erziehungspraxis und ordnet es als Teil eines spezifisch westdeutschen Demokratieverständnisses ein. Erst der lange Untersuchungszeitraum ermöglicht diese Historisierung von Demokratievorstellungen und somit auch jenes Autoritarismusnarrativs. Eine hohe Sensibilität für vermeintliche ›autoritäre Traditionen‹ führte in deutschen Erziehungsdebatten zu besonders hohen Ansprüchen an politische Bildung im Bereich Schule, aber auch an die Jugend selbst. Im Bereich Erziehung zeige sich, so Levsen, dass die Nachgeschichte des Nationalsozialismus sich nicht durch weiterführende, im negativen Sinne zu verstehende »nationalsozialistische Prägungen« bemerkbar machte, sondern »im Sinne einer Entwicklung, für die eine spezifische Interpretation des Nationalsozialismus die Grundlage bot« (S. 632). Der enge Zusammenhang von Erziehung und politischer Kultur kann demnach, so bestätigt es der Vergleich, als eine spezifisch westdeutsche Entwicklung beschrieben werden. ■

Insgesamt dekonstruiert Levsen überzeugend das eingangs geschilderte Narrativ ›autoritärer Überhänge‹ in der westdeutschen Erziehungspraxis und ordnet es als Teil eines spezifisch westdeutschen Demokratieverständnisses ein.

Ein Leben im Vertrauen auf das Gute im Menschen

Thilo Scholle

Lilly Maier
AUF WIEDERSEHEN, KINDER!
Ernst Papanek. Revolutionär, Reformpädagoge und Retter jüdischer Kinder

Molden Verlag, Wien/Graz 2021
304 Seiten, Preis: 28,00 €
ISBN 978-3-222150487

Ernst Papanek gehört zu den vielen heute vergessenen Protagonistinnen und Protagonisten der Arbeiter*-innenbewegung der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Dabei ist sein Leben und Handeln nicht nur von ideellem und historischem Interesse, sondern wirkt über das (Weiter-)Leben der von ihm betreuten Kinder und Jugendlichen noch bis in die heutige Zeit nach.

Am 20. August 1900 in eine nicht-religiöse jüdische Familie in Wien hineingeboren, wurde Papanek bereits in jungen Jahren Jugendfunktionär der sozial-

demokratischen Arbeiterbewegung, betätigte sich als Reformpädagoge und Leiter von Kinder- und Jugendeinrichtungen in Österreich, Frankreich und den USA und nahm zum Ende seines Berufslebens eine Professur als Bildungswissenschaftler wahr. In ihrem Buch »Auf Wiedersehen, Kinder!« bietet die Autorin und Historikerin Lilly Maier nun ein enorm eingängiges Portrait seines Lebens und Wirkens.

Eröffnet wird der Band mit der Beschreibung einer von den Bewohnerinnen und Bewohnern eines Kinderheims für verfolgte jüdische Kinder organisierten Geburtstagsfeier für ihren Heimleiter Ernst Papanek in einem Vorort von Paris im Jahr 1939, bei der die Kinder Ernst Papanek auf einem Stuhl durch den Garten tragen. Mit dieser Episode verdeutlicht Maier gleich zu Beginn die Substanz von Papaneks Erziehungsstil, der sein gesamtes Berufsleben hindurch von Ehrlichkeit und Direktheit, Zuneigung und Respekt für die ihm anvertrauten Kinder und Jugendlichen geprägt gewesen sei: »Verängstigt und allein fanden sie in den Heimen Papaneks ein Zuhause« (S. 11).[1]

In seiner Pädagogik habe Papanek die individuelle Schülerin/den individuellen Schüler in den Mittelpunkt gestellt und einen bewusst antiautoritären Erziehungsstil gepredigt. »Er verbannte Hausaufgaben, Noten und jede Art von körperlichen Strafen und ließ sich von seinen Schülern duzen«. (Ebd.) Außerdem wurde in allen von ihm geleiteten Einrichtungen eine umfassende Schülermitverwaltung organisiert. »Als seine wichtigste Aufgabe sah Papanek es an, die Kinder wieder glücklich zu machen. Dabei bemerkte er, dass man vielen von ihnen nach ihren Erlebnissen in Hitler-Deutschland erst einmal wieder beibringen musste zu spielen. Papanek wollte die Kinder davon überzeugen, dass nicht sie die Schuld daran trugen, wie die Nazis sie behandelt hatten« (Ebd.). Angetrieben worden sei Papanek sein Leben lang von drei Maximen: seiner sozialistischen Überzeugung, seinem unerschütterlichen Optimismus und seinem Engagement für Kinder.

Angetrieben worden sei Papanek sein Leben lang von drei Maximen: seiner sozialistischen Überzeugung, seinem unerschütterlichen Optimismus und seinem Engagement für Kinder.

Diesem Einstieg folgen 22 Kapitel, in denen sich Maier mit dem Leben Papaneks in chronologischer Form auseinandersetzt. Die Arbeit stützt sich u. a. auf die überlieferten Selbstzeugnisse Papaneks sowie auf längere Interviews der Autorin mit Angehörigen Papaneks sowie mit ehemaligen Schülerinnen und Schülern. Zudem ist die Autorin an alle Orte in Europa und den USA gereist, die für Papaneks Lebensweg relevant waren, und hat dort zu Spuren von Papaneks Aufenthalten recherchiert. Die Autorin betreibt zudem unter www.ernst-papanek.at eine interessante Homepage zu Leben und Wirken Papaneks mit weiterem biographischem Material.

Seit 1916 engagierte sich Papanek in der Arbeiterjugend. Den Ersten Weltkrieg lehnte er ab und verweigerte im Herbst 1918 den Kriegsdienst. Einer wohl nicht ganz belegten Erzählung zufolge weigerte er sich, sich für geistig unzurechnungsfähig erklären zu lassen, um eine Gerichtsverhandlung und mögliche strafrechtliche Verurteilung zu vermeiden. Zu einem Strafverfahren sei es durch den Untergang der Habsburger Monarchie allerdings nicht mehr gekommen. Papanek begann bereits unmittelbar nach Kriegsende als eine Art ehrenamtlicher »Streetworker«, der rund 400 Gymnasiasten und Studenten darin organisierte, armen Kindern im Alltag zu helfen und mit ihnen zu spielen. Zudem begann er, als Teamer an Ferienlagern in den Projekten der bekannten Bildungsreformerin Eugenie Schwarzwald teilzunehmen. Im Jahr 1919 erfolgte auch der Parteibeitritt zur Sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

[1] Siehe zu den pädagogischen Überzeugungen Papaneks beispielsweise auch: Inge Hansen-Schaberg/Hanna Papanek/Gabriele Rühl-Nawabi (Hg.): Ernst Papanek. Pädagogische und therapeutische Arbeit. Kinder mit Verfolgungs-, Flucht- und Exilerfahrungen während der NS-Zeit, Wien 2015.

Rezensionen

Papanek hielt Vorträge und betreute Freizeiten bei Kinderfreunden und Roten Falken. Sein begonnenes Medizinstudium gab er auf und schloss stattdessen am Pädagogischen Institut der Stadt Wien im Jahr 1927 eine Lehrerausbildung ab. Bereits im Jahr 1925 hatte er Lene Goldstein geheiratet, deren wohlhabende Eltern eine Reha-Klinik in Wien betrieben, in der sie später als Ärztin arbeitete. 1926 wurde der Sohn Gustav, 1931 der Sohn Georg geboren.

Bei den letzten freien Wahlen vor der Machtübernahme des Austrofaschismus im Jahr 1932 wurde Papanek in den Wiener Gemeinderat (Landtag) gewählt, wo er aber nur sporadisch als Redner in Erscheinung trat. Die beiden überlieferten Reden hielt er zum Thema »Jugend in Not«. An Ostern 1933 wurde Papanek zum Bundesobmann der Sozialistischen Jugend gewählt. Nach den Februarkämpfen 1934 musste er fliehen. Die folgenden Jahre bis zum »Anschluss« Österreichs an das Deutsche Reich verbrachte er an verschiedenen Exilorten, zunächst in der Tschechoslowakei. Hier leitete er u. a. die Jugendarbeit des Auslandsbüros der österreichischen Sozialdemokraten (ALÖS). 1935 wurde er zum Wahlkampf in die internationalisierte Stadt Danzig geschickt. Dabei geriet er in die Hände von Nazi-Schergen und wurde über mehrere Wochen verhört und gefoltert. Ein vermutlich mit der Danziger Anti-NS-Opposition sympathisierender Wachmann ermöglichte ihm letztlich die Flucht.

Seine Frau Lene war mit den beiden Söhnen in Wien geblieben, wo sie weiterhin in der Klinik ihrer Eltern arbeitete und damit das Familieneinkommen trug. Zwar traf sich die gesamte Familie an Weihnachten und im Sommer zu ausgedehnten Urlauben am Meer oder in den Bergen außerhalb Österreichs, die Belastungen des Exils konnte dies aber nur wenig mildern. Die beiden Söhne Papaneks nahmen die Situation durchaus unterschiedlich wahr. Maier schreibt, dass für den älteren Gustav sein Vater auf Grund seines politischen Widerstandes ein Held gewesen sei, was die Trennung einigermaßen erträglich gemacht habe, während der jüngere Georg seinen Vater einfach sehr vermisste.

Für die Sozialistische Jugend-Internationale reiste Papanek 1937 mehrfach nach Spanien und koordinierte u. a. Hilfslieferungen für die Republik. Bitter enttäuscht wurde Papaneks Hoffnung, im Zuge des politischen Abwehrkampfes der Schuschnig-Regierung gegen den Anschluss an Deutschland 1938 nach Österreich zurückkehren zu können. Da nach der NS-Diktion sowohl Ernst wie auch Lene als »jüdisch« galten, begann die öffentliche Ausgrenzung schnell. Vor allem für die Kinder stellte es eine Verschärfung ihrer bereits gemachten Ausgrenzungserfahrungen dar, plötzlich nicht mehr aufgrund ihrer politischen Identität sowie als Angehörige eines aktiv gegen den Austrofaschismus Widerstand leistenden Sozialisten, sondern – obwohl überhaupt nicht religiös – als »Juden« verfolgt zu werden.

In der Folge wechselte Papanek im Exil nach Frankreich, wo er wieder mit Lene und den Söhnen zusammentraf. Bald kam Papanek dort in Kontakt mit der jüdischen Hilfsorganisation »Œuvre de secours aux enfants« (OSE), die mit dem Betrieb eines Tagesheims für Flüchtlingskinder begonnen hatte. Im Herbst 1938 übernahm Papanek den Aufbau mehrerer Kinderheime im Umland von Paris für aus dem deutschen Herrschaftsbereich in Sicherheit gebrachte Kinder. In seiner späteren Autobiographie hat Papanek seine Aufgabe dabei wie folgt beschrieben: »Ich hatte darauf zu sehen, dass diese Kinder, die auf so vielfache Weise der Brutalität ausgesetzt gewesen waren, nicht nur überlebten, sondern als ganze Menschen überlebten«. Ein wichtiges pädagogisches Mittel war ihm dabei die Unterbringung der Kinder in einem Heim und zusammen mit Schicksalsgenossen.

Auch in den vier Heimen führte Papanek wieder die Mitverwaltung der Kinder und Jugendlichen ein. Zudem gestalte er den Unterricht im Sinne von projektorientiertem Lernen, begleitend zum inhaltlichen Unterricht gab es Handwerksunterricht. Anstelle von Noten erhielt jedes Kind einen Fortschrittsbericht. Interessant sind die überlieferten Erinnerungen vieler Schülerinnen und Schüler dieser Einrichtungen, die zwar mit großer emotionaler Verbundenheit an diese Zeit zurückdenken, aber zugleich der Überzeugung sind, sie hätten

Im Herbst 1938 übernahm Papanek den Aufbau mehrerer Kinderheime im Umland von Paris für aus dem deutschen Herrschaftsbereich in Sicherheit gebrachte Kinder. »Ich hatte darauf zu sehen, dass diese Kinder, die auf so vielfache Weise der Brutalität ausgesetzt gewesen waren, nicht nur überlebten, sondern als ganze Menschen überlebten«

dort nichts gelernt. Hier spielt vermutlich die Prägung durch konventionelle Vorstellungen von Schule und Bildung vor und nach der relativ kurzen Zeit in den Heimen eine wichtige Rolle.

Nach dem Angriff der Wehrmacht auf Frankreich musste die OSE schnellstmöglich nach einem neuen Ort für die Heime suchen. Unmittelbar nach Kriegsausbruch hatte Papanek mehrere Monate in französischer Internierung zubringen müssen. Es gelang dabei dennoch in mehreren Etappen, die Kinder und Jugendlichen – teils auf sehr abenteuerlichen Wegen – nach Montintin im damals noch nicht besetzten Teil Frankreichs zu bringen. Papanek selbst konnte nicht lange am neuen Standort bleiben. Von einem örtlichen sozialistischen Bürgermeister vor einer drohenden Verhaftung gewarnt, floh er mit seiner Familie über Spanien und Portugal in die USA. Diese Flucht ist später teils kontrovers diskutiert worden, zumal sich ein konkreter Fahndungsaufruf der NS-Dienste nicht finden lässt. Für einige der Schüler*innen stellte Papaneks Flucht im Nachhinein so etwas wie einen Verrat an ihnen dar. Blickt man auf das Verfolgungsschicksal anderer prominenter deutscher und österreichischer Sozialist*innen in Frankreich, so war die Bedrohungslage für Papanek aber zweifellos real. Maier schildert den Abschied aus Montintin als sehr traurig und emotional, hier sei dann auch der titelgebende Satz »Auf Wiedersehen, Kinder!« gefallen.

In den USA begann Papanek sofort fieberhaft, sich für die Ausreise der Kinder aus Frankreich einzusetzen. Von etwa 1600 Kindern konnten allerdings nur 253 nach Amerika geholt werden. Bei der Frage der Betreuung der Kinder in den USA musste Papanek eine schwere persönliche Niederlage einstecken: Seine Hoffnung, auch hier wieder Heime für die Kinder gründen zu können, erfüllte sich nicht. Lotte Marcuse, eine Projektleiterin der an der Rettung maßgeblich beteiligten »German Jewish Children's Aid«, vertrat die exakt gegenteilige Auffassung: Die Kinder sollten in Pflegefamilien untergebracht und voneinander isoliert werden. Ihre Eltern und die Zeit vor der Ankunft in den USA sollten sie möglichst vergessen. Papanek hatte demgegenüber in seinen Heimen u.a. Wert darauf gelegt, dass die Kinder wöchentlich an ihre Eltern schrieben. So konnte Papanek zwar einige Kinder für kurze Zeit bei ihrer Ankunft in New York begrüßen, regelmäßigen Kontakt aufnehmen konnte er zu ihnen mangels Adressen aber nicht. Interessant ist, dass es den Kindern letztlich selbst gelang, ihre Isolation zu durchbrechen, sich mit ihren Familien in Kontakt zu setzen und auch Papanek regelmäßig in New York zu besuchen. Bis heute existiert ein Zusammenschluss der Kinder der OSE und ihrer Nachkommen.

Wohl auch motiviert durch seinen Misserfolg bei der Durchsetzung seiner pädagogischen Vorstellungen nahm Papanek in New York erneut ein Studium auf und schloss als Sozialarbeiter ab. Im Jahr 1946 kehrte Papanek erstmals nach Europa zurück, blieb Wien allerdings fern. 1948 übernahm er die Leitung der von der Schließung bedrohten »Brooklyn Training School

Rezensionen

and Home for Young Girls«, in der vor allem von ihren Familien aufgrund von vorehelichen Beziehungen verstoßene junge Frauen unterkamen. Papanek suchte die Einrichtung so gut es ging nach seinen Prinzipien zu ordnen – letztlich gelang es ihm aber nicht, die Schließung zu verhindern. 1949 übernahm er die Leitung der New Yorker »Wiltwyck School for Boys«, die von der ehemaligen First Lady Eleanor Roosevelt unterstützt wurde. Dieses Heim für schwer erziehbare Jugendliche baute er komplett um und verbot als eine der ersten Amtshandlungen den Erziehern, die Jugendlichen zu schlagen. Wie in den vorherigen Stationen wurde auch hier die Mitverwaltung durch die Jugendlichen eingeführt und durchgehalten. U. a. der spätere schwarze Bürgerrechtler Claude Brown, der sich in sehr wertschätzenden Worten an Papanek erinnerte, sowie der Boxweltmeister Floyd Patterson gehörten zu den Bewohnern dieses Heims.

Eine Rückkehr nach Wien, die Papanek – wie viele andere Exilierte – wohl zunächst den ehemaligen österreichischen Genossen angeboten hatte, kam nicht zustande. Die Gründe sind etwas unklar: Neben dem weiterhin in Österreich vorhandenen Antisemitismus kann dabei auch eine Rolle gespielt haben, dass Papanek sich mittlerweile mit seiner um mehrere Enkelkinder vergrößerten Familie in den USA eingelebt hatte. Erst 1951 kehrte er das erste Mal wieder nach Wien zurück, nahm dann aber dauerhaft intensiven Kontakt mit alten Weggefährten wie etwa Bruno Kreisky auf. Maier berichtet, dass viele führende Genossen der Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ) in den folgenden Jahren bei Besuchen in New York immer auch bei Papanek Station machten. Er selbst wurde Mitglied der Sozialistischen Partei in den USA und nahm für diese u. a. an Treffen der Sozialistischen Internationale teil. Nach einer Promotion über die österreichischen Schulreformen unter Otto Glöckel wurde Papanek spät noch Professor an der New School for Social Research in New York. Schon schwer erkrankt brach er mit seiner Frau 1973 zu einer letzten Europareise auf. Er starb am 5. August 1973 in Wien.

Insgesamt ist Maiers biographische Studie reich an anschaulichen Einblicken in das Leben von Ernst Papanek. Angereichert ist das Buch mit etlichen interessanten Fotos und Reproduktionen von Dokumenten zum Lebensweg Papaneks. An einigen Stellen berichtet die Autorin zwar recht blumig von ihren Erlebnissen während der Recherchereisen, dies bleibt aber letztlich doch recht dezent und gut lesbar. Getragen ist der Band von Empathie und von großem Respekt für die Lebensleistung Papaneks. Lilly Maier setzt ihm damit tatsächlich so etwas wie ein persönliches Denkmal. Darüber hinaus lässt sich das Buch auch als Würdigung eines politisch-weltanschaulichen Menschenbildes lesen, das konsequent »den ganzen Menschen« sehen und respektieren möchte und das dabei von der Idee der gesetzlichen Gleichheit und der gleichen Würde aller Menschen getragen ist. ■

Unmittelbar nach Kriegsausbruch hatte Papanek mehrere Monate in französischer Internierung zubringen müssen. Es gelang dabei dennoch in mehreren Etappen, die Kinder und Jugendlichen – teils auf sehr abenteuerlichen Wegen – nach Montintin im damals noch nicht besetzten Teil Frankreichs zu bringen

Eine Gesellschaft der Kinder

Irmela Diedrichs

Kultur & Spielraum e. V. (Hg.)
DIE SPIELSTADT
Perspektiven auf ein pädagogisches Phänomen

kopaed Verlag, München 2020
240 Seiten, Preis: 18,80 €
ISBN 978-3-86736-576-5

Die Spielstadt als pädagogisches Phänomen? So zumindest beschreibt der Münchener Verein »Kultur & Spielraum e.V.« als Herausgeber des Sammelbandes dieses Projekt, in dem jährlich schon seit über vierzig Jahren tausende Kinder Münchens für mehrere Wochen walten, schalten und gestalten. Und in der Tat: Die politischen, kulturellen und ästhetischen Dynamiken, die sich vor Ort ausbildeten und noch immer weiterentwickeln, können durchaus als Phänomen verstanden werden. Die Spielstadt Mini-München stellt eine eigensinnige Gesellschaft von Kindern dar, die eine eigene Logik verfolgt. Chaos und Struktur, mitgebrachte Erfahrungen und Neuerlebtes, Freiräume und Grenzen – in einem gewaltigen Zusammenspiel entsteht die Spielstadt Mini-München. Zahlreiche Kinder (und einige erwachsene Mitarbeiter*innen) halten sie seit 1979 am Leben. Sie gestalten hier ihren eigenen Alltag durch und mit Politik, Wirtschaft, Lehre und Kunst. Durch die vielen Berichte aus unterschiedlichsten Perspektiven gelingt es dem Sammelband, das Bild einer pulsierenden, lebendigen Spielstadt zu zeichnen. Die zahlreichen Abbildungen unterstützen den Anspruch, Inhalte nicht nur über theoretische Texte zu vermitteln, sondern über Fotografien neue Perspektiven zu eröffnen (S. 23). Es entsteht eine für Auge und Verstand anschauliche Mischung aus Bildern, Erfahrungsberichten und Analysen.

Zu Beginn des Buches stellen die Herausgeber*innen die Spielregeln Mini-Münchens vor. Diese, obwohl in der Praxis allzeit durch Kinder veränderbar, geben dem*der Leser*in eine konkrete Vorstellung von den Strukturen der Spielstadt, die in den folgenden 14 Beiträgen aus vielen Blickwinkeln dekonstruiert, rekonstruiert und analysiert wird. Autor*innen sind hier beispielsweise Ulrich Deinet, Katharina von Hagenow, Oskar Negt und die AG Spielclub.

Einige der abgedruckten Texte sind neu, viele wurden wiederverwertet. Die inhaltliche Auseinandersetzung mit der Spielstadt ist vielfältig: Im ersten Teil des Buches finden sich eine Einführung in das Projekt Spielstadt (Gerd Grüneisl, Joscha Thiele) und Binnensichten von Besucher*innen der Spielstadt Mini-München. Viele dieser Rückblicke und Erinnerungen aus dem ersten Teil sind spannend zu lesen. Sie geben individuelle, sich zum Teil in den verschiedenen Beiträgen auch wiederholende Eindrücke wieder: Erstaunen über die Freiwilligkeit und Ernsthaftigkeit des Kinderspiels, Beschreibungen

Rezensionen

der Räume und Institutionen, welche die Kinder gestalten, und Überlegungen zu den ästhetischen Bildern, die durch Mini-München entstehen (Karl-Josef Pazzini, Horst Rumpf, Hans Scheuerl, Gert Selle). Zwischen den zahlreichen Erinnerungen an die Spielstädte der 1980er und 1990er Jahre findet sich zudem ein Bericht (Gisela Wegener-Spöhring), der Analysekategorien aufstellt und Mini-München in einen größeren wissenschaftlichen Kontext setzt.

Der zweite Teil des Bandes beinhaltet vermehrt wissenschaftliche, künstlerische und politische Perspektiven auf die Spielstadt. Die theaterwissenschaftlichen Analysen über die Ästhetik des Spiels zeigen ebenso wie die erziehungswissenschaftlichen Vergleiche verschiedener Lernmodelle und Überlegungen über die Partizipationsmöglichkeiten der Kinder-Subjekte in öffentlichen, demokratischen Räumen sowie ihre historischen Herleitungen, wie komplex Projekte wie die Spielstadt sein können (siehe die Beiträge von Wolfgang Sting, Oskar Negt, Max Fuchs, Ulrich Deinet, Bazon Brock, Jürgen Oelkers, Joscha Thiele, Mirja Reuter, AG Spielclub).

Aufgrund ihrer politischen Aktualität sind die Beiträge von Max Fuchs und der AG Spielclub hervorzuheben. Max Fuchs' aktualisierte Version seines Vortrags von 2006 geht auf die Frage ein, wie Räume gestaltet sein müssen, in denen Kinder als Subjekte handeln können – und bezieht dabei aktuelle gesellschaftspolitische Entwicklungen wie Fremdenfeindlichkeit und die Klimakrise ein. Fuchs betont die Position von Kindern und Jugendlichen in den vergangenen und heutigen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Ein solcher Raum für Kinder ist auch die Spielstraße in Berlin, organisiert und im Sammelband beschrieben durch die AG Spielclub. Mit einer ebenso langen Geschichte wie die Spielstadt eignete sich der »Spielclub Oranienstraße 25« die Straße an, organisierte eine Ausstellung über den historischen Spielclub und versah das ganze Event mit einer Gentrifizierungskritik.

Besonders facettenreich ist Joscha Thieles Beitrag. Er wählt einen geschichtlichen Zugang und vergleicht die Spielstadt mit verschiedenen historischen Institutionen. Dabei sieht er Parallelen zu den sozialistischen Kinderrepubliken der Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde, in denen sich in der Weimarer Republik ebenfalls tausende Kinder, unter Anleitung von Erwachsenen, für mehrere Wochen an einem Ort versammelten und den Zeltlageralltag gemeinsam organisierten. Thiele findet mehrere Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Kinderorten Kinderrepublik und Spielstadt. Treffende, detaillierte Analysen, beispielsweise über die öffentlich-politischen Wirkungen, paaren sich jedoch mit einem unvollständigen Vergleich: In der Untersuchung der Selbstverwaltung der Kinderorte bleiben die verschiedenen politischen Hintergründe unberücksichtigt. Die Kinderfreunde, die als Teil der Arbeiter*innenbewegung ihr Demokratiekonzept mit Idealen wie Solidarität verknüpften und eine sozialistische Erziehung für Arbeiterkinder entwickelten, hatten ein an der sozialistischen Zukunft orientiertes Demokratieverständnis, das weit über das Erlernen eines demokratisch-parlamentarischen Systems hinausreichte. Eben dieses sozialistische Gedankengut trägt die Spielstadt Mini-München nicht: Sie zielt auf die mündige Selbstverwirklichung der teilnehmenden Kinder, egal welche sozialen Hintergründe sie mitbringen. Ein Vergleich der Selbstverwaltung muss aber eben diese unterschiedlichen sozialen und politischen Motivationen mitdenken. Sehr einleuchtend wiederum erscheint Thieles Vergleich der Spielstadt mit der Situationistischen Internationalen: Die Verbindung von Ästhetik und Gesellschaftskritik in Spektakelform ist deutlich in der Beschreibung Mini-Münchens zu erkennen. Fesselnd ist zudem Thieles kurze Beschreibung der konkreten Utopie Spielstadt, eingebettet in eine materialistische Kindheitskritik und eine Analyse des Verhältnisses von Arbeit und Spiel.

Während der Lektüre fallen besonders zwei Themen auf, die zwar in der Einleitung tangiert werden, aber einer weiteren Analyse entbehren. Zum einen die Frage: Weichen die Geschlechterverhältnisse zwischen den Kindern in der Spielstadt von dem ab, was außerhalb des Spiels vorherrscht, oder werden diese in Mini-München reproduziert? Zum anderen fehlt eine Unter-

suchung des gesellschaftlich relevanten Themas der Ökonomie der Spielstadt. In der Einführung des Bandes beschreiben Grüneisl und Thiele, dass sie sich seit Beginn des Projektes dafür rechtfertigen müssen, mit Geld, Banken und Konsum zu arbeiten und so mit den Kindern »Kapitalismus« einüben würden (S. 20.). Ob es sich bei der Ökonomie der Spielstadt aber tatsächlich um einen Ort der Lohnarbeit handelt, an dem Mehrwert akkumuliert, oder ob es sich um eine andere Wirtschaftsweise handelt, bleibt eine Leerstelle. Eine Untersuchung der Geschlechter- und Produktionsverhältnisse könnte aber eine Antwort auf die in der Einleitung gestellte Frage nach dem utopischen Charakter der Spielstadt geben.

Insgesamt geben die Beiträge einen Überblick zur Spielstadt in den vergangenen vier Jahrzehnten. Es entstehen durch diese Bündelung alter und neuer Beiträge in einem Band jedoch auch Probleme in der Einheitlichkeit: Nicht immer wird gegendert, da die alten Texte (bewusst) nicht angepasst wurden. Auch gibt es keine einheitliche, konsequente Zitation, was jedoch nicht nur auf die älteren Texten zutrifft, sondern auch in einigen neueren Beiträgen zu bemängeln ist.

Wer die Adressat*innen des Buches sind, wird überdies nicht ganz klar: So ist das formulierte (und positiv hervorzuhebende) Ziel, die eigene Praxis zu reflektieren und sich durch kritische Impulse von außen weiterzuentwickeln. Angesprochen sind damit v. a. eigene Mitarbeiter*innen und Sympathisant*innen der Spielstadt. Die Autor*innenschaft (bestehend u. a. aus ehemaligen und aktuellen Protagonist*innen der Spielstadt) hat einen wissenschaftlich-pädagogischen und künstlerischen Hintergrund: Viele der Autor*innen sind bzw. waren Inhaber oder Mitarbeitende an Lehrstühlen oder aber haben politisch-kulturelle Interessen, die den Sammelband einer nicht nur akademischen Gruppe öffnen. Es verwundert allerdings, dass die Herausgeber*innen keinen Beitrag eines Kindes in das Buch aufgenommen haben, würde dieser doch sehr gut zur Spielstadt als öffentlichem Raum der Kinder passen und die Reflexion aus einer weiteren Perspektive hinzufügen. Der freie Aufbau des Buches hätte das zweifelsfrei hergegeben. Insbesondere die Anwendung und Übertragung von Oskar Negts Beitrag in diesem Buch über das Konzept der Kinder-Öffentlichkeit zeigt: Auch dieser Sammelband könnte ein von Erwachsenen gestalteter Raum für Kinder sein, in dem alle (Kinder und Erwachsene) sich »neue Erfahrungsfelder« hätten erschließen können (S. 137, S. 143).

Ein Blick auf das Autor*innenverzeichnis zeigt zudem: Weniger als ein Drittel der Autor*innen sind Frauen (das Geschlecht ist abgeleitet von der Selbstbeschreibung). Es irritiert, dass der Kultur & Spielraum e. V., der sowohl die Spielstadt Mini-München organisiert als auch den Sammelband herausgibt, als gesellschaftspolitischer Akteur das Geschlechterverhältnis der Autor*innenschaft nicht problematisiert hat.

Trotz aller Kritik: Im Ganzen ist der Sammelband »Die Spielstadt. Perspektiven auf ein pädagogisches Phänomen« ein unkonventionelles und gleichwohl faszinierendes Buch. Die unterschiedlichen Zugriffe auf das Phänomen Spielstadt, versehen mit Außen- und Binnenperspektiven, geben einen spannenden und differenzierten Einblick in den offenen Betrieb Mini-Münchens und in die verschiedensten kreativen Möglichkeiten, in denen Kinder sich verwirklichen. ■

Spielstadt

Die Spielstadt Mini-München ist das größte Ferienprogramm der Stadt München. Hier haben Kinder und Jugendliche zwischen 7 und 15 Jahren die Möglichkeit, sich spielerisch ihr Mini-München als eigenen Sozialraum anzueignen mit allem, was zu einer richtigen Stadt gehört. Das Ziel ist die Stärkung politischer Bildung und Partizipation. Begleitet wird das Projekt durch Pädagog*innen, Künstler*innen, Handwerker*innen und Forscher*innen. Mini-München entstand 1979 und gilt als Vorbild für viele weitere Spielstädte international. Siehe auch: https://www.mini-muenchen.info/.

Rezensionen

Zwischen Kooperation und Eigenständigkeit

Wolfgang Uellenberg-van Dawen

Stefan Müller
DIE OSTKONTAKTE DER WEST-DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTEN
Entspannungspolitik zwischen Zivilgesellschaft und internationaler Politik 1969 bis 1989

Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Bonn 2020
429 Seiten, Preis: 32,00 €
ISBN 978-3-8012-4271-8

Angesichts der aktuellen ökologischen, ökonomischen und politischen Herausforderungen wie dem Klimawandel, der zerstörerischen globalen sozialen Ungleichheit und der permanenten Gefahr von Kriegen wirkt ein Blick in die Zeit des Kalten Kriegs geradezu nostalgisch. Die Welt stand auch damals am Abgrund eines nuklearen Schlagabtausches, aber im Bewusstsein der Zeitgenoss*innen gab es doch eine gewisse Stabilität und Berechenbarkeit internationaler Beziehungen. Dies traf auch auf die Beziehungen der beiden deutschen Staaten zu. Eine Grundlage dieser Stabilität wurde durch die seit 1969 von der Bundesrepublik im Rahmen der NATO verfolgte Politik der Entspannung gelegt. Eine wichtige Rolle übernahmen in diesem Zusammenhang die zivilgesellschaftlichen Organisationen der Bundesrepublik, wie beispielsweise Jugendverbände. Unsere drei Archivgespräche zu den innerdeutschen Kontakten der Arbeiterjugendverbände in den Jahren 2014 bis 2018 haben diese Rolle ausführlich dokumentiert. Sie waren ein Kooperationsprojekt mit der Friedrich-Ebert-Stiftung. Stefan Müller, Historiker und Referent im Archiv der sozialen Demokratie, hat sie wesentlich mitgestaltet.

2020 hat er seine ausnehmend quellengesättigte Habilitation über die Ostkontakte der westdeutschen Gewerkschaften von 1969 bis 1989 veröffentlicht. Müller rekonstruiert darin die Entwicklung der innerdeutschen bzw. internationalen Gewerkschaftspolitik von der Akzeptanz der Nachkriegsrealitäten, d. h. der Entstehung zweier Staaten, bis hin zu den deutschlandpolitischen, auf eine enge Zusammenarbeit ausgerichteten Beziehungen der 1980er Jahre.

In der unmittelbaren Nachkriegszeit versuchten die in den Westzonen gegründeten Gewerkschaften mit ihrem ostdeutschen Pendant, dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB), auf mehreren Interzonenkonferenzen die Einheit zu bewahren. Mit der Gründung der beiden deutschen Staaten 1949 wurde dieser Prozess abgebrochen und beide Gewerkschaftsbünde ordneten sich der Logik des Kalten Krieges unter. Mit dem Mauerbau 1961 war die Teilung zementiert und in den Gewerkschaften, ähnlich wie etwa in der SPD, wurden neue Wege zu einer Verständigung diskutiert, schon früh in der IG Druck und Papier oder auch bei der Wahl Heinz Klunckers zum Vorsitzenden der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) 1964. In

Da die Gewerkschaften als große gesellschaftliche Organisationen der Bundesrepublik in der Strategie der osteuropäischen Kommunist*innen eine wichtige Rolle spielten, erwarteten diese durch die Kontakte mit dem DGB eine positive Veränderung in der Haltung der westdeutschen Gesellschaft zum real existierenden Sozialismus.

der IG Metall wurde hingegen weiterhin auf strikte Abgrenzung Wert gelegt. Mit dem Regierungsantritt Willy Brandts und seiner neuen Ostpolitik begab sich auch der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), vor allem sein Vorsitzender Heinz Oskar Vetter, auf den Weg in die, wie Müller es formuliert, Weltpolitik. Allerdings folgte der DGB dem von Rückschlägen und Hindernissen gepflasterten Pfad der Verhandlungen der Bundesregierung mit den Regierungen in Moskau und Warschau. Die enge und vertrauensvolle Abstimmung mit der Bundesregierung führte so zwar zur Akzeptanz des DGB durch das bis dahin ihm fernstehende diplomatische Korps, verschaffte ihm auf der internationalen Bühne Anerkennung, beeinflusste aber auch seine Politik.

Da die Gewerkschaften als große gesellschaftliche Organisationen der Bundesrepublik in der Strategie der osteuropäischen Kommunist*innen eine wichtige Rolle spielten, erwarteten diese durch die Kontakte mit dem DGB eine positive Veränderung in der Haltung der westdeutschen Gesellschaft zum real existierenden Sozialismus. Der DGB hingegen verzichtete auf eine eigene gewerkschaftliche Strategie und blockierte über den von der Bundesregierung gesetzten Rahmen hinausgehende Annäherungs- oder gar Infiltrationsversuche der Kommunist*innen aus Osteuropa. Die Hoffnung des DGB, durch fachpolitische oder betriebsbezogene Begegnungen Reformprozesse in den osteuropäischen Gewerkschaften im Sinne einer Politik des Wandels durch Annäherung zu fördern, erwies sich ebenfalls als Illusion. Im Unterschied zu den intensiven und mit dem Ziel von Annäherung und Versöhnung aufgebauten osteuropäischen Gewerkschaftskontakten folgte der DGB bei seiner Aufnahme von Beziehungen zum FDGB eher seinem »Pflichtgefühl« (S. 386) und den übergreifenden deutschlandpolitischen Motiven der Bundesregierung.

Erst mit der Verhärtung des Ost-Westkonfliktes nach dem Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan 1979 und dem NATO-Doppelbeschluss, dem sogenannten »zweiten Kalten Krieg«, entwickelten sich geradezu freundschaftliche Beziehungen zwischen beiden deutschen Gewerkschaftsbünden. Dabei erhielt der DGB auch hier die Rückendeckung der Bundesregierung, der von Helmut Schmidt ebenso wie der von Helmut Kohl. Praktisch weitete sich der Austausch zwischen DGB und FDGB auf andere Ebenen als jener der Spitzendiplomatie aus: auf Jugendbegegnungen, regionale Begegnungen oder auch gemeinsame Gedenkveranstaltungen, wie beispielsweise mit der israelischen Histadrut und der polnischen Solidarność 1988. Im gleichen Jahr fand im DGB-Bildungszentrum Hattingen ein gemeinsames Seminar zur Rolle Rosa Luxemburgs mit west- und ostdeutschen Historiker*innen statt.

Die Frage, inwieweit die Entspannungspolitik zum Zerfall des Warschauer Pakts und des ostdeutschen Regimes beigetragen hat, spielt für die heutige historische Forschung eine wichtige Rolle. Auch Müller geht dieser Frage für die Gewerkschaften nach. Grundlage der Entspannungspolitik war die Akzeptanz der bestehenden Grenzen im Nachkriegseuropa und damit implizit auch der existierenden Herrschaftssysteme. Vor allem die kommunistische Seite achtete von Beginn an darauf, jegliche Form eines sich aus der Annäherung ergebenden Reformprozesses zu blockieren. Sie verfolgte die Politik der Entspannung und Abgrenzung – und daran konnten auch der sich intensivierende Delegationsaus-

Rezensionen

Grundlage der Entspannungspolitik war die Akzeptanz der bestehenden Grenzen im Nachkriegseuropa und damit implizit auch der existierenden Herrschaftssysteme.

tausch oder die vielen friedenspolitischen Erklärungen und Konferenzen nichts ändern. Dass eine Systemtransformation jedoch möglich war, zeigte das polnische Beispiel. Zwar entstand die Solidarność aus einer Streikbewegung, die bald das ganze Land ergriff und durch den Widerstand der Staatsgewalt von Beginn an politisch war, aber sie war auch eine Herausforderung für die Entspannungspolitik und spitzte die Frage nach der Systemüberwindung oder Systemstabilisierung zu. Für die Bundesregierung und die Sozialdemokratische Partei stand die Systemstabilisierung im Vordergrund. Man wollte jegliche Destabilisierung und eine weitere Verhärtung des Ost-West-Verhältnisses 1981 im entscheidenden Jahr des NATO-Doppelbeschlusses vermeiden. Müller stellt an dieser Stelle sehr ausführlich und für die Leser*innen spannend die Interventionen des DGB in den Entstehungsprozess der Solidarność dar. Vor allem Erwin Kristoffersen, dem Leiter der Internationalen Abteilung des DGB, kam das Verdienst zu, sich mit allen ihm möglichen Mitteln für die Unterstützung und Anerkennung der Solidarność eingesetzt zu haben. Diese Aktivitäten hatten Einreiseverbote nach Polen zur Folge und sie stießen bei der SPD und auch der außenpolitisch in ihrem Sinne tätigen Friedrich-Ebert-Stiftung auf Kritik.

Nach der Verhängung des Kriegsrechtes im Dezember 1981 beteiligten sich der DGB und viele Gewerkschaften an den Hilfsaktionen für Polen. Konsequenterweise unterstützte der DGB den Prozess der Anerkennung der Solidarność Ende der 1980er Jahre. Auch der Reformprozess Michael Gorbatschows in der Sowjetunion fand viel Sympathie beim DGB, gleichwohl der sowjetische Gewerkschaftsbund diesem skeptisch bis ablehnend gegenüberstand.

Inwieweit der DGB seine Möglichkeiten als nichtstaatlicher Akteur der Entspannungspolitik hätte nutzen können, zeigt Müller am Beispiel der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), deren Führung er dem politisch linken Flügel der Gewerkschaften zuordnet. Diese konnte mit ihrer Partnergewerkschaft Unterricht und Erziehung (GUE) in der DDR einen intensiven, vom Streben nach deutscher Einheit geprägten Dialog führen, der weit über das SPD-SED-Papier zum Streit der Ideologien hinausging. Dies war auch durch die systemkritischere Haltung der GEW zum westdeutschen Staat möglich.

Die Frage nach der Eigenständigkeit der vom DGB und seinen Gewerkschaften als nichtstaatliche Akteure betriebenen Ostkontakte ordnet die Studie von Müller in den Kontext der Diskussion über die Nichtregierungsorganisationen ein. In der Bewertung der Politik des DGB kommt er jedoch zu dem Schluss, dass sich der DGB eben nicht als unabhängiger, sondern parastaatlicher Akteur verhalten habe. Die Nähe zur Bundesregierung aber sei nicht nur eine Folge der Nähe zur SPD, sondern habe ihre Ursache im Kampf der Gewerkschaften um Anerkennung und Integration in die bürgerliche Gesellschaft. »Protest und Opposition waren dieser These nach notwendige und konstituierende Elemente von Gewerkschaften, nie aber das eigentliche Ziel gewerkschaftlicher Politik.« (S. 393) Es war das zentrale Motiv der Gewerkschaften, einen Beitrag zur westdeutschen Außenpolitik zu leisten und »Teil dieser Außenpolitik zu werden. Ihren eigentümlichen Charakter gewann diese Deutschland- und Ostpolitik dadurch, dass die Gewerkschaften nicht nach einer eigenständigen Rolle suchten.«

Die These, dass sich die Gewerkschaften im Agieren als parastaatliche Organisation um Integration in die Gesellschaft bemühen wollten, muss jedoch hin-

terfragt werden. Dass sie bei ihren Ostkontakten eine parastaatliche Rolle einnehmen mussten, wurde zweifellos durch die Rolle der kommunistischen Gewerkschaften verursacht, die sich allesamt als Transmissionsriemen ihrer Parteien verstanden und eng in die Außenpolitik ihrer Staaten eingebunden waren. Ohne enge Abstimmung mit der Bundesregierung hätte sicher die Gefahr bestanden, gegeneinander ausgespielt zu werden. Aber als Ringen um Anerkennung durch die bürgerliche Gesellschaft wurden die Ostkontakte nicht verstanden. Vielmehr begrüßten seit den 1960er Jahren und vor allem nach dem NATO-Doppelbeschluss große Teile der Gewerkschaften die Friedens- und Entspannungspolitik. Nach der Abwahl Helmut Schmidts beteiligte sich auch der ganze DGB und nicht nur die DGB-Jugend an der Friedensbewegung. Nichtsdestoweniger ergriffen große Teile der DGB-Jugend, aber auch der Erwachsenenorganisation, Partei für die von der SED verfolgten Künstler*innen, wie beim Konzert von Wolf Biermann 1976 in Köln, oder für aus der DDR ausgebürgerte Dissident*innen oder für die Solidarność.

Kritik an dem engen Verhältnis zum FDGB gerade in der letzten Phase vor der friedlichen Revolution gab es im DGB-Apparat oder auch im DGB-Bundesvorstand. Aber diese wurde nicht von der Suche nach mehr Anerkennung durch die Bundesregierung und die Gesellschaft insgesamt, sondern gerade nach einem unabhängigeren Agieren zugunsten oppositioneller Bewegungen in den sozialistischen Ländern und damit einer der Einheitsgewerkschaft mehr entsprechenden Staatsferne geleitet.

Jenseits dieser eher gewerkschaftshistorischen Anmerkungen eröffnet Müllers Studie die Möglichkeit kritischer und auch selbstkritischer Debatten um die Ostkontakte der westdeutschen Gewerkschaften. Deren Geschichte im wahrsten Sinne des Wortes auf der Basis der Quellen und der Standards der Forschung geschrieben und in einen größeren Gewerkschafts- wie gesellschaftspolitischen Zusammenhang eingeordnet zu haben, verdient Anerkennung und möglichst viele Leser*innen. ■

Kritik an dem engen Verhältnis zum FDGB gerade in der letzten Phase vor der friedlichen Revolution gab es im DGB-Apparat oder auch im DGB-Bundesvorstand. Aber diese wurde nicht von der Suche nach mehr Anerkennung durch die Bundesregierung und die Gesellschaft insgesamt, sondern gerade nach einem unabhängigeren Agieren zugunsten oppositioneller Bewegungen in den sozialistischen Ländern und damit einer der Einheitsgewerkschaft mehr entsprechenden Staatsferne geleitet.

AUS DER ARBEITER*INNENJUGENDBEWEGUNG

Mit dem Hakenkreuz gegen einen sozialistischen Politiker im Jahr 1920 oder: Wie Kurt Löwenstein als Oberschulrat von Groß-Berlin verhindert wurde

Norbert Kozicki

»Am 8. Mai ist in Paris kurz vor Vollendung seines 54. Lebensjahres unser Genosse Kurt Löwenstein gestorben. […] Kurt Löwenstein war seit seiner frühesten Jugend mit der deutschen sozialistischen Bewegung auf das engste verbunden. In der Zeit von 1920 bis 1933 war er fast ununterbrochen Mitglied der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion […]. Seine mehr als zehnjährige Tätigkeit als Schulrat in Berlin-Neukölln gehörte zu den positivsten Leistungen auf dem Gebiet der sozialistischen Schulpolitik. Die Karl-Marx-Schule in Neukölln, die ihm unterstand, ist weit über Deutschland hinaus bekannt geworden als eine richtungsweisende Anstalt moderner Pädagogik.«[1] Mit diesen Worten meldete die Wochenausgabe des »Neuen Vorwärts« am 21. Mai 1939 den Tod des »Vertreters sozialdemokratischen Kulturwillens« im französischen Exil.

Abgesehen von der kleinen Ungenauigkeit in dieser Kurzbeschreibung seines Lebenslauf – zwischen 1920 und 1922 war Kurt Löwenstein (1885 – 1939) Reichstagsabgeordneter der USPD und nicht der SPD –, wird auch seine Wahl im Jahre 1920 von der USPD/SPD-Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung Groß-Berlins als Oberstadtschulrat und damit zum Leiter des städtischen Bildungswesens nicht erwähnt.

Vierzehn Tage nach der historisch bedeutsamen Reichstagswahl vom 6. Juni 1920 fand am 20. Juni 1920 im neuen Groß-Berlin die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung statt. Das Ergebnis: USPD 38,4 Prozent und SPD 17,2 Prozent. Mit 126 Sitzen verfügten beide sozialdemokratischen Parteien im Vergleich zu allen anderen Parteien mit 98 Sitzen über eine komfortable parlamentarische Mehrheit. Nach den konstituierenden Verhandlungen im entsprechenden Verwaltungsausschuss kam es am 23. September 1920 zur Wahl der 20 Stadträte von Groß-Berlin.[2]

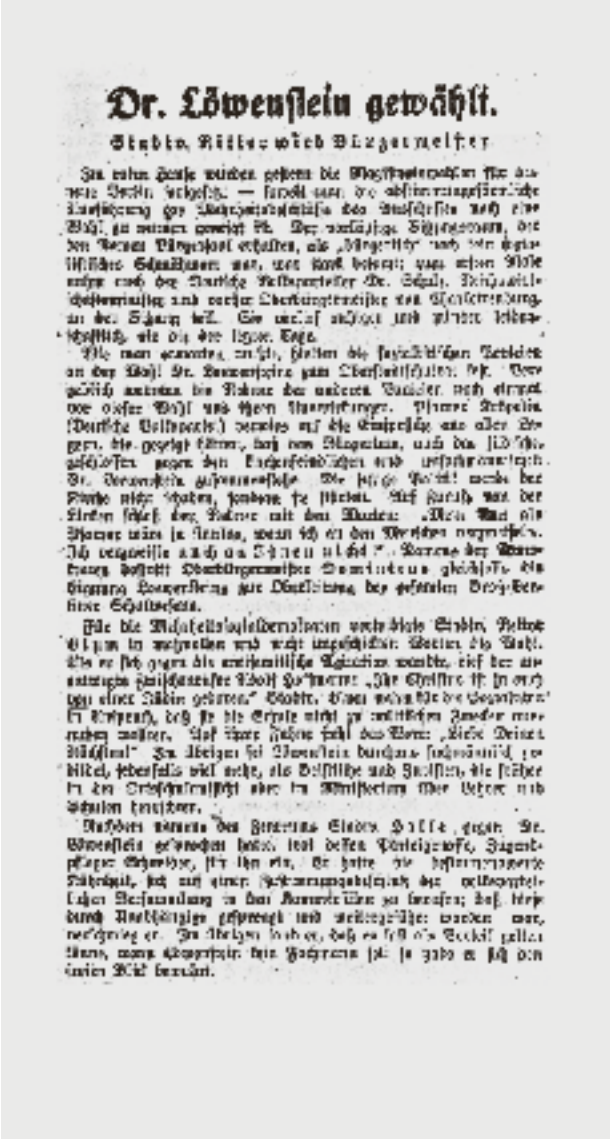
In den Schlagzeilen der Presse dominierte der Name Dr. Kurt Löwenstein, gewählt als Oberstadtschulrat. Doch Löwenstein sollte dieses Amt nie antreten. Die gesamte politische Reaktion der jungen Weimarer Republik mobilisierte gegen Kurt Löwenstein mit allen Mitteln: antisemitische Verleumdungen, heftigste Infragestellung seiner fachlichen Fähigkeiten, Initiierung von Schülerstreiks durch bürgerliche Elternvereinigungen und Demonstrationen mit Hakenkreuzfahnen. Schon zu dieser Zeit bedeutete das altgermanische Symbol der Swastika »Tod den Juden«.[3]

Die zweite Jahreshälfte des Jahres 1920 war geprägt vom politischen Kampf um die Zukunft der ersten deutschen Demokratie. Die junge Republik erlebte den konterrevolutionären Kapp-Lüttwitz-Putsch der präfaschistischen Militärs und Freikorps, die von der SPD-Spitze in jenen Tagen gegen eine angeblich bolschewistische Gefahr gefördert und hofiert wurden, namentlich eng verbunden mit dem damaligen Reichswehrminister Gustav Noske (1868 – 1946). Ein gewaltiger Generalstreik der Arbeiter, Angestellten und Beamten beendete nach fünf Tagen diesen reaktionären Spuk. Die politische Rechte erlitt eine traumatisierende Niederlage im März des Jahres 1920. Und dann kam die Wahl

[1] Neuer Vorwärts vom 21. Mai 1939.

[2] https://de.wikipedia.org/wiki/Wahl_zur_Stadtverordnetenversammlung_von_Berlin_1920 [letzter Zugriff am 21.10.2021].

[3] Siehe z. B. Klaus Gietinger/Norbert Kozicki: Freikorps und Faschismus. Lexikon der Wegbereiter und Exponenten des Vernichtungskrieges, Stuttgart 2021.



Dr. Löwenstein gewählt.

Stadtv. Ritter wird Bürgermeister

Artikel aus der Vossischen Zeitung vom 24. September 1920, Morgenausgabe

in der Hauptstadt Groß-Berlin mit der großartigen sozialistischen Mehrheit. Kurt Löwenstein, Jude, Sozialist in der USPD und Anhänger der weltlichen Schule, bildete eine gefundene Zielscheibe für die präfaschistischen und bürgerlich-klerikalen Organisationen und Parteien.

Nachdem Kurt Löwenstein von der Berliner USPD offiziell zum Oberstadtschulrat vorgeschlagen worden war, lud man ihn am 10. September 1920 in den Verwaltungsausschuss ein, um die vielen an ihn gerichteten Fragen zu beantworten. »Die Bürgerlichen wollten unseren Genossen in Verlegenheiten bringen, mussten schließlich doch zugeben, dass Genosse Löwenstein ein durchaus sehr ernst zu nehmender Kandidat sei, dem sie nur noch nachsagen, dass er noch nicht genügend Verwaltungspraxis hinter sich habe […]. Mit vierzehn gegen neun Stimmen wurde Genossen Löwenstein vom Ausschuss für den Posten als Oberschulrat vorgeschlagen.«[4]

Nach diesem Termin des »25er Ausschusses« führte die bürgerliche Presse tagtäglich einen systematischen Kampf gegen die Kandidatur von Löwenstein. Am 14. September 1920 berichtete das »Berliner Tageblatt« über ein Schreiben aus »Lehrerkreisen«. Eine Abordnung der Berliner Lehrerschaft besuchte den Stadtverordnetenvorsteher und Vorsitzenden der USPD von Berlin, Dr. Weyl, um über die Angelegenheit der Kandidatur von Löwenstein zu sprechen. Die Abordnung brachte zum Ausdruck, dass sie einen Verzicht von Löwenstein auf die Kandidatur erwarte, »weil das Berliner Schulwesen unter der sich daraus ergebenden Revolution in Lehrer- und Elternschaft empfindlich leiden würde. […] Bereits jetzt kann man allenthalben hören, dass dieser Gewaltakt mit einem Schüler- und Lehrerstreik beantwortet werden wird, dessen Folgen nicht abzusehen sind […]«.[5] Bemerkenswert das hier geäußerte Demokratieverständnis, von einem »Gewaltakt« zu sprechen, wenn ein demokratisch gewähltes Stadtparlament eine demokratische Entscheidung trifft. In derselben Ausgabe dieser Zeitung wurde der Landtagsabgeordnete der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) zitiert, dass »die sozialistische Mehrheit nur 60 Prozent stark sei«.[6] Weiterhin konstatierte die Redaktion die Einhaltung der parlamentarischen Formen, aber bezeichnete das Endergebnis als »proletarisches Diktat« in einem Artikel mit der Schlagzeile »Das sozialistische Diktat in Berlin«.[7]

---

[4] Freiheit vom 11. September 1920, Abendausgabe.

[5] Berliner Tageblatt vom 14. September 1920, Morgenausgabe.

[6] Ebd.

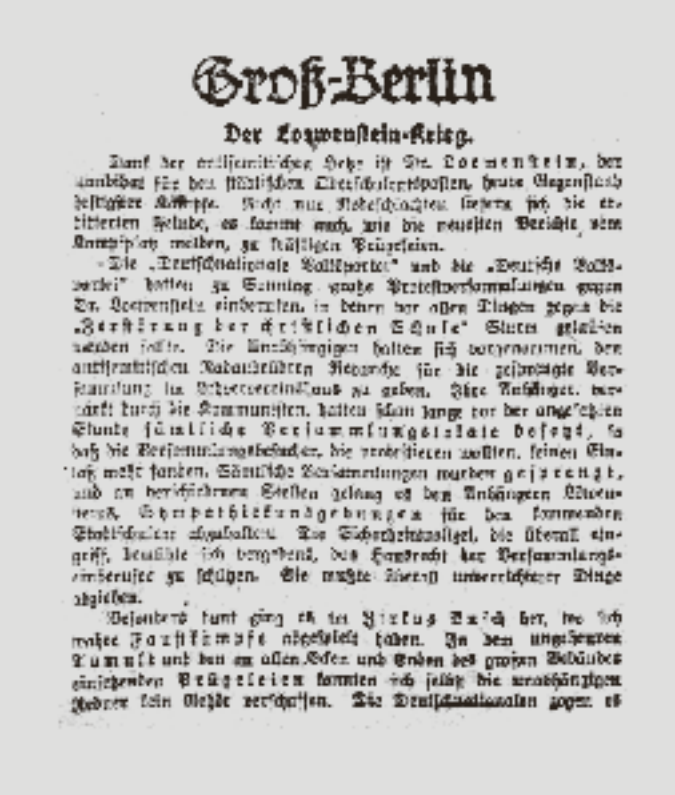
[7] Berliner Tageblatt vom 15. September 1920, Abendausgabe.

AUS DER ARBEITER*INNENJUGENDBEWEGUNG

Kinderkreuzzug.

Der Kampf um Löwenstein.

Artikel aus dem Berliner Tageblatt vom 28. September 1920



Groß-Berlin

Der Löwenstein-Krieg.

Artikel aus dem Vorwärts vom 20. September 1920

Einen Tag später kommentierte die Redaktion der USPD-Tageszeitung »Freiheit« die Berichterstattung des Tageblatts: »Soviel Heuchelei auf einmal sollte man gar nicht für möglich halten. Die ernste Angelegenheit, um die es sich hier handelt, wird ja doch nicht nur von unserer Partei, sondern vor allem doch auch von den bürgerlichen Parteien vom politischen Gesichtspunkt aus behandelt. Es handelt sich rund heraus gesagt, um den Kampf für die weltliche Schule, den wir führen und gegen den sich die bürgerlichen Kreise zur Wehr setzen, weil sie die alte vermuckerte und geschichtsverfälschende Schule behalten wollen. […] Wenn die bürgerlichen Kreise mit einem Lehrer- und Schülerstreik drohen, so werden wir durch Drohungen uns nicht irre machen lassen, das zu tun, was unsere Pflicht ist. Das Proletariat wird zu zeigen haben, dass es Machtpositionen unter allen Umständen zu halten weiß.«[8]

Auch der Verband sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen schaltete sich ein: »Die Behauptung, die Wahl Dr. Löwensteins als eines Juden zum Oberschulrat von Berlin sei ein Schlag ins Gesicht der deutschen Lehrerschaft weist die Ortsgruppe Berlin des Verbandes sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen mit aller Schärfe zurück. Die Worte ›als eines Juden‹ kennzeichnen nur den geistigen Tiefstand, die unsachliche Kampfesweise und die Unduldsamkeit gewisser Lehrerkreise.«[9]

Bevor Kurt Löwenstein am Abend des 16. September 1920 versuchte seinen Vortrag im Lehrervereinshaus der organisierten Berliner Lehrerschaft zu halten, musste er in der Presse lesen, dass der sogenannte Bezirksbürgerrat von Schöneberg-Friedenau einen Aktionsausschuss zur Vorbereitung einer Kundgebung gegen seine Wahl gebildet hatte. Die politische Rechte um die Deutschnationale Volkspartei (DNVP), die später in der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) aufging, mobilisierte an diesem Abend die Ewiggestrigen. Die Presse meldete am nächsten Tag, dass Kurt Löwenstein bei seinem Vortrag über »Grundfragen der Schulentwicklung der Stadtgemeinde Berlin«

[8] Freiheit vom 15. September 1920, Abendausgabe.

[9] Freiheit vom 16. September 1920, Abendausgabe.

niedergeschrien wurde. Die bürgerliche Presse wollte festgestellt haben, dass einige Gruppen, die nicht dem Berliner Lehrerverein angehörten, die Versammlung gesprengt hatten. Diese Information entsprach nicht den Tatsachen. Die »Radaumacher« gehörten dem Berliner Lehrerverein an. Das musste der Vorstand des Lehrervereins konstatieren.[10]

Unter der Schlagzeile »Der Kampf um Dr. Löwenstein – Lehrer als Versammlungssprenger« kommentierte der »Vorwärts«: »Die Sprengung der gestrigen Versammlung, in der der Kandidat für den Stadtschulratsposten Dr. Löwenstein vor der Lehrerschaft Berlins sein Programm entwickeln sollte, hat die bürgerliche Presse ein wenig in Verlegenheit gebracht. Die demokratischen Blätter verurteilten diese antisemitische Radaumacherei und betonen, dass es sich dabei nicht um Angehörige des Lehrerstandes handeln dürfte. Diese Verurteilung dieser Radauszenen durch die bürgerliche Presse ist eine Heuchelei, denn sie allein war es, die den Widerstand gegen Dr. Löwenstein entfachte und dem Kampf eine persönliche Note gab. Die reaktionäre Presse ist weit aufrichtiger, wenn sie mit allerhand hämischen Bemerkungen den Verlauf der gestrigen Versammlung begleitet und in Überschriften wie ›Löwenstein nach Hause gegangen‹ oder ›Die Flucht des Dr. Löwenstein!‹, ihre Freude über die Früchte der vereinten bürgerlichen Hetzkampagne zum Ausdruck bringen.«[11]

Kurt Löwenstein, Jude, Sozialist in der USPD und Anhänger der weltlichen Schule, bildete eine gefundene Zielscheibe für die präfaschistischen und bürgerlich-klerikalen Organisationen und Parteien.

Die Redaktion der »Freiheit« sprach in Bezug auf die Veranstaltung im Lehrervereinshaus von einem »Fest für den deutschnationalen antisemitischen Janhagel [alter Begriff für Pöbel, N. K.] unter der Lehrerschaft Groß-Berlins«. »Die Kampfesweise der Herren Volkserzieher war so über alles Maß unvornehm, so unglaublich beschränkt, dass sie von ihnen selbst nur gerechtfertigt werden konnte durch den Enderfolg, der sich für sie tatsächlich ergeben hat. Dieser Terrorismus einer kleinen Gruppe deutschnationaler antisemitischer Radauhelden unter den Lehrern wird den Genossen ein Ansporn sein, sich dieser Diktatur von rechts mit allen Mitteln zu widersetzen.«[12]

Am Sonntag, dem 19. September 1920, riefen die Deutschnationalen zum »Großkampftag« gegen die Wahl von Kurt Löwenstein in Berlin auf. Die DNVP, die Deutsche Volkspartei (DVP) und die Deutsche Zentrumspartei luden zu Versammlungen im Zirkus Busch, in den Prachtsälen des Westens, in den Kammersälen, im Kriegervereinshaus und in der Brauerei Königstadt ein. Die Veranstalter, »Mucker« und antisemitische Hakenkreuzler forderten die Bevölkerung auf, zu den Versammlungen zu erscheinen. »An der arbeitenden sozialistischen Bevölkerung Berlins lag es nun, den Antisemiten und Muckern zu zeigen, wo die Massen der Berliner Bevölkerung stehen. Und die Massen kamen, aber nicht wie erwartet, um Hurra zu brüllen, ›Deutschland, Deutschland über alles‹ zu gröhlen, um sich monarchistischen und antisemitischen Unsinn anzuhören, sondern um für [den] sozialistischen, freigeistigen Stadtschulrat zu demonstrieren. Die von den reaktionären Parteien einberufenen Versammlungen gestalteten sich sämtlich zu gewaltigen Kundgebungen für Genossen Dr. Löwenstein.«[13]

---

[10] Freiheit vom 16. September 1920, Abendausgabe.

[11] Vorwärts vom 17. September 1920, Abendausgabe.

[12] Freiheit vom 17. September 1920, Morgenausgabe.

[13] Freiheit vom 20. September 1920, Abendausgabe.

AUS DER ARBEITER*INNENJUGENDBEWEGUNG

Bereits um 9 Uhr morgens sammelten sich Hunderte von Arbeitern vor dem Versammlungslokal Zirkus Busch und warteten auf Einlass. Um 10.30 Uhr war der gewaltige Bau des Zirkus Busch bis auf den letzten Platz gefüllt, aber nicht von den Deutschnationalen. Als zu Beginn der Veranstaltung eine kleine Gruppe von Hakenkreuzlern mit schwarz-weiß-roten Fahnen, geschmückt mit monarchistischen Abzeichen, unter Absingen des Deutschlandliedes in die Manege marschierten, quittierten die Anwesenden den Einmarsch mit dem Absingen der Internationalen. Nach einigen Auseinandersetzungen nahm die Veranstaltung einen ganz anderen Verlauf. Mehrere Mitglieder der Berliner USPD erhoben das Wort. Sie wiesen auf die Ursachen der christlichen, antisemitischen und deutschnationalen Hetze gegen Kurt Löwenstein hin. Zum Schluss der Versammlung im Zirkus Busch verabschiedeten die Anwesenden folgende Resolution: »Die am 19.9. im Zirkus Busch versammelten Männer und Frauen erheben den schärfsten Protest gegen die Machinationen der Reaktion anlässlich der Wahl des Genossen Dr. Löwenstein zum Stadtschulrat von Groß-Berlin. Gegenüber dem Verlangen der antisemitischen Lehrer und sogenannten ›Unpolitischen‹, die nationale Schule zu erhalten, fordert die arbeitende Bevölkerung Groß-Berlins die Einführung der weltlichen Schule. Die Versammelten werden sich mit allen Mitteln für den Stadtschulrat Dr. Löwenstein einsetzen und unter Umständen den Kampf aufnehmen.« Die Solidaritätsveranstaltung der Berliner Arbeiterschaft endete mit dem Absingen des Sozialistenmarsches. An den anderen Veranstaltungsorten nahmen die Versammlungen einen vergleichbaren Verlauf mit Ausnahme der Kundgebung der Zentrumspartei.[14] In ihrer Berichterstattung sprach die Redaktion des »Vorwärts« sogar vom »Löwenstein-Krieg«.[15]

Einen Tag später beantragte der Stadtverordnete Kunze die Nutzung einer Schulaula für die Durchführung einer Versammlung. Das Hakenkreuz zierte sein Einladungsschreiben. Die Berliner Stadtverwaltung verweigerte die Erlaubnis, weil der Antragsteller für seine politischen Veranstaltungen Eintritt nahm. Dieser Vorgang dokumentiert, wie weit sich der Antisemitismus in den Anfangsjahren der Weimarer Republik bereits ausgebreitet hatte. Vor dem Ersten Weltkrieg hatte die antisemitische Bewegung in Deutschland keine große politische Bedeutung. Nach dem Krieg veränderte sich schlagartig die Situation. Der Antisemitismus entwickelte sich zu einer Massenbewegung schon vor Hitler. Auf die näheren Gründe kann an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden.[16]

Am Tag der Wahl des neuen Berliner Magistrats mit der Wahl von Kurt Löwenstein zum Oberschulrat am 23. September 1920 meldete die »Berliner Börsenzeitung«: »Schulstreik in Sicht«. Die Elternbeiräte der höheren Schulen kündigten eine Zusammenkunft zur Beratung über einen Schulstreik in Groß-Berlin an. Der Elternbeirat des Hohenzollern-Lyzeums in Wilmersdorf beschloss als erster den Streik. Die Parteiorganisationen des katholischen Zentrums erklärten, in keinem Fall ihre Kinder in eine religionslose Schule zu schicken. Weiterhin teilten sie mit, dass sie sich gegenwärtig mit weiteren Protestplänen beschäftigten, die über einen Schulstreik hinausgingen.[17]

Mit 109 Stimmen gegen 84 Stimmen des Gegenkandidaten wählte die Groß-Berliner Stadtverordnetenversammlung schließlich Kurt Löwenstein zum Oberschulrat. »Damit ist die heiß umkämpfte Berufung Löwensteins zum Oberschulrat Tatsache; sie dürfte auch in Zukunft der Anlass nicht geringer Kämpfe sein«, konstatierte das Leitmedium der Berliner Presselandschaft.[18] Für die Rechtmäßigkeit der Wahl des Magistrats und der Wahl von Kurt Löwenstein bedurfte

---

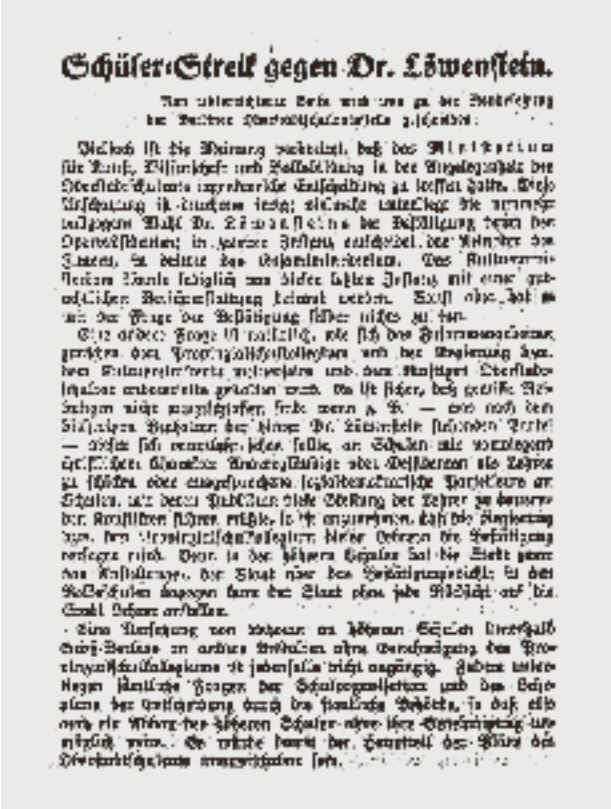
[14] Siehe zur Versammlung: Freiheit vom 20. September 1920, Abendausgabe.

[15] Vorwärts vom 20. September 1920, Morgenausgabe.

[16] Hierzu etwa: Uwe Puschner/Walter Schmitz/Justus H. Ulbricht: Handbuch zur »Völkischen Bewegung« 1871–1918, Berlin/Boston 2012; Konrad Heiden: Adolf Hitler. Das Zeitalter der Verantwortungslosigkeit. Ein Mann gegen Europa. Die Biografie, Berlin u. a. 2017.

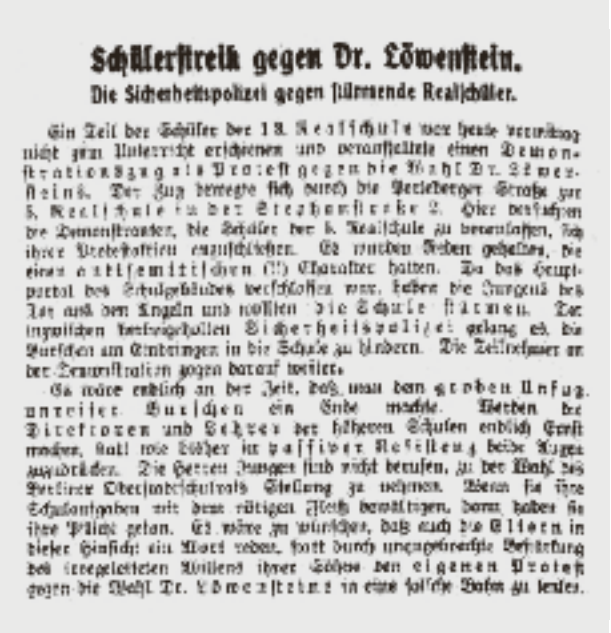
[17] So zu lesen in der Berliner Börsenzeitung vom 23. September 1920, Abendausgabe.

[18] Vossische Zeitung vom 24. September 1920, Morgenausgabe.



Schüler-Streik gegen Dr. Löwenstein.

Artikel aus der Vossischen Zeitung vom 25. September 1920



Schülerstreik gegen Dr. Löwenstein.

Die Sicherheitspolizei gegen stürmende Realschüler.

Artikel aus der Berliner Volkszeitung vom 25. September 1920

es der Bestätigung durch den zuständigen Oberpräsidenten. Die Bestätigung der Wahl von Kurt Löwenstein sollte allerdings nicht erfolgen. Am 25. September 1920 trat ein Teil der Schüler der 1. Realschule in den Streik und veranstaltete einen Demonstrationszug unter Führung der Lehrerschaft gegen die Wahl von Löwenstein. Der Demonstrationszug bewegte sich zur 5. Realschule, wo die protestierenden Realschüler die dortigen Schüler zum Mitmachen aufforderten. Es wurden Reden mit antisemitischem Charakter gehalten und das Hakenkreuz als Symbol der Bewegung mitgeführt. Das abgeschlossene Haupteingangstor der 5. Realschule wurde ausgehebelt und man versuchte die Schule zu stürmen, was die herbeigerufene Sicherheitspolizei verhinderte. Die Redaktion der »Berliner Volkszeitung« kommentierte: »Es wäre endlich an der Zeit, dass man dem groben Unfug unreifer Burschen ein Ende machte. Werden die Direktoren und Lehrer der höheren Schulen endlich Ernst machen, statt wie bisher in passiver Resistenz beide Augen zuzudrücken. Die Herren Jungen sind nicht berufen, zu der Wahl des Berliner Oberschulrats Stellung zu nehmen. Wenn sie ihre Schulaufgaben mit dem nötigen Fleiß bewältigen, dann haben sie ihre Pflicht getan. Es wäre zu wünschen, dass auch die Eltern in dieser Hinsicht ein Wort reden, statt durch unangebrachte Bestärkung des irregeleiteten Willens ihrer Söhne den eigenen Protest gegen die Wahl Dr. Löwensteins in eine falsche Bahn zu lenken.«[19]

Der Kampf der Reaktion gegen die Wahl des sozialistischen Oberschulrats wurde auf allen Ebenen geführt. Ein sogenannter »Interkonfessioneller Ausschuss«, bestehend aus Mitgliedern der bürgerlichen Parteien und verschiedener Konfessionen, richtete eine Eingabe an alle preußischen Ministerien, in der vor einem »Kulturkampf« mit Lehrerstreiks, Schülerstreiks, Verweigerung des Schulgeldes und der Verhetzung der Bevölkerung auf Preußen und das Reich gewarnt wurde. »Dr. Löwenstein ist in keiner Weise geeignet, die durch die Reichsverfassung (Art. 146 und 149) gewähr-

[19] Berliner Volkszeitung vom 25. September 1920, Abendausgabe.

AUS DER ARBEITER*INNENJUGENDBEWEGUNG

leisteten Kulturgüter, insbesondere den Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach der Schule aus eigenem Verständnis und Wohlwollen heraus zu wahren und zu fördern. Wir warnen auf das allerernsthafteste vor der durch eine Bestätigung Löwensteins sicher eintretenden Gefahr eines leidenschaftlich zum Ausbruch kommenden Kulturkampfes.«[20]

Am Ende des Monats September versuchten Elternbeiräte von katholischen Kirchengemeinden, gegen den demokratisch gewählten Oberschulrat Kurt Löwenstein zu mobilisieren. Eine Protestveranstaltung fand in der Aula der Luisenstädtischen Oberrealschule an der Dresdner Straße statt. Auch zu dieser Veranstaltung erschienen viele USPD-Mitglieder, »um im Kampf gegen die Reaktion jede Gelegenheit zur Agitation und Gegenprotest auszunutzen«.[21] Die Redaktion berichtete weiter: »Salbungsvoll begrüsste der Herr Pfarrer die Erschienenen. ›Dinge sind geschehen‹, sagte er wörtlich, ›Dinge, die wir als gläubige Katholiken nicht stillschweigend hinnehmen dürfen.‹ Dann zog er mit schweren Kalibern über Genossen Löwenstein her, desgleichen der Referent Dr. Lech. ›Er stamme aus den Kreisen, wo die Nackttänze gefrönt werden; wo halbwüchsige Mädchen und Burschen Orgien vorführen und man im Zuschauerraum daran Ergötzen findet.‹ Dutzende dieser perfiden Gemeinheiten schleuderte er in den Saal, ungeachtet der zahlreichen Zwischenrufe und der wachsenden Erregung […]. Doch diese Herrschaften begnügten sich nicht mit Resolutionen, sondern zur Tat wollen sie schreiten, wie der zweite Redner kundgab. In ganz Groß-Berlin sollen große Umzüge für die Aufrichtung der ›christlichen Kultur‹ in kürzester Zeit stattfinden […]. Eine Diskussion wurde unseren Genossen nicht gestattet und jeder Versuch, dieses Gebaren zu geißeln, durch wüsten Lärm illusorisch gemacht. Mit Ekel erfüllt über diese ›geistliche Kampfesweise‹, verließen 150 Anhänger unserer Partei die Aula; der singenden fanatischen Gesellschaft ein Hoch auf Genossen Löwenstein entgegenschleudernd.« Zum Schluss der Berichterstattung über den katholischen Protest mahnte die Redaktion die eigenen Parteimitglieder: »Helft, arbeitet, seid aktiv. Nehmt eure eigenen Kinder aus dem Religionsunterricht, damit eine charakterfeste, freie Generation heranwächst. Seid in Eurem Befreiungskampfe so einig und rücksichtslos wie unsere Gegner. Seid Euch als Sozialisten eurer großen, wichtigen Missionstätigkeit bewusst, seid Kämpfer. Taten müssen wir vollbringen, wollen wir die Lüge und den Hass daniederringen.« Die Mehrheit der Berliner offiziellen Elternbeiräte lehnte die Protestaktionen aus dem Bereich der katholischen Kirche ab.[22]

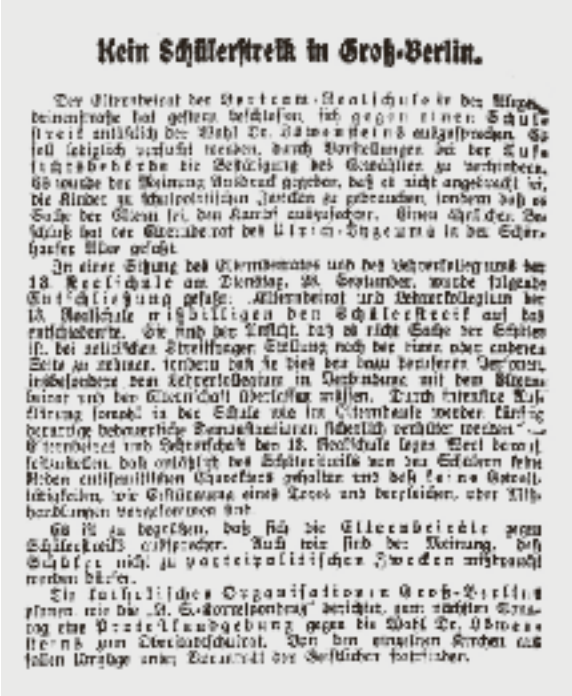
Einen Tag später, am 1. Oktober 1920, entwickelte sich der politische Skandal erster Ordnung, dass einem gewählten Magistrat, der aus demokratischen Wahlen hervorgegangen war, die staatliche Anerkennung versagt wurde. Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg, Adolf Maier von der Deutschen Demokratischen Partei (DDP), machte von seinem »staatlichen Oberaufsichtsrecht« Gebrauch, und bestätigte den neuen Magistrat der Stadt Groß-Berlin nicht. Stattdessen betraute er den Magistrat der alten Stadtgemeinde Berlin mit der kommissarischen Wahrnehmung der kommunalpolitischen Aufgaben.

Der Vorstand des Bezirksverbandes Groß-Berlin der SPD reagierte mit einem Aufruf auf der Titelseite des »Vorwärts« mit der Schlagzeile »Vergewaltigung Groß-Berlins«. Darunter zu lesen: »Arbeiter! Parteigenossen! […] Wenn die Stadtverordnetenfraktion der beiden Parteien, entsprechend ihrer klaren Mehrheit, daran gegangen ist auch den Magistrat mit Männern zu besetzen, die ein von gleichen Grundsätzen getragenes Zusammenarbeiten ermöglichen, so handelten sie damit lediglich im Sinne der demokratischen Grundsätze. Die bürgerliche Reaktion in der Preußischen Landesversammlung hat dieses Bestreben, Berlin nach dem Willen der großen Mehrheit seiner Bevölkerung zu verwalten, damit beantwortet, dass sie durch Änderung des Groß-Berliner Gesetzes den Einfluss der Arbeiterschaft einzuschränken versuchen. Dieses Vorgehen bedeutet eine

[20] Vossische Zeitung vom 26. September 1920, Morgenausgabe.

[21] Freiheit vom 30. September 1920, Morgenausgabe.

[22] Siehe: Berliner Volkszeitung vom 30. September 1920.



Kein Schülerstreik in Groß-Berlin.

Artikel aus der Berliner Volkszeitung vom 30. September 1920

freche Provokation nicht nur der Berliner, sondern der deutschen Arbeiterbewegung überhaupt und zeigt, dass auch die sogenannten demokratischen Parteien (DDP und Zentrum) die Demokratie nur so lange im Munde führen, als sie ihnen nützt.«[23] Es war der 30. Jahrestag des Falls des sogenannten Sozialistengesetzes von 1878.

Am 20. Oktober 1920 stand auf der Tagesordnung der Plenarsitzung des Preußischen Landtags die Wahl von Oberschulrat Dr. Kurt Löwenstein. Die reaktionären Abgeordneten bemängelten, dass Löwenstein das Schulwesen angeblich nur aus der Theorie kenne und keinerlei Erfahrung in der Leitung von Schulen habe. Diese Volksvertreter der DNVP verwahrten sich dagegen, dass ein »Dissident und früherer Jude« an der Spitze der Schulverwaltung von Groß-Berlin stehe, mit einem Schulsystem, in dem überwiegend Kinder unterrichtet werden, deren Eltern eine christliche Erziehung verlangen. Diese Anhänger von der DNVP erdreisteten sich sogar, die demokratische Wahl von Kurt Löwenstein als einen »politischen Gewaltakt« zu bezeichnen. Man schwadronierte von der »christlich religiös-sittlichen Lebensauffassung, die in der Jugend die notwendige seelische Struktur schaffe«. Löwenstein sei kein Christ und kein Fachmann, seine Theorien seien undurchführbar und gäben keine klaren Antworten auf pädagogische Fragen. Während der Debatte leuchtete einer der Inhalte des späteren deutschen Faschismus bereits auf, wenn man meinte, feststellen zu können, dass Löwenstein für die »Klassenkollegialität«, aber nicht für die »Volksgemeinschaft« arbeite. Mit der Wahl von Löwenstein, so lautete es von reaktionärer Seite, liefere man die Berliner Kinder einem Juden aus.[24]

Nach der Landtagsdebatte lag die Entscheidung des DDP-Oberpräsidenten schließlich auf dem Tisch: Kurt Löwensteins Wahl zum Oberschulrat wurde nicht bestätigt. Die Redaktion des »Vorwärts« kommentierte: »Die Nichtbestätigung Dr. Löwensteins sieht nach allem, was vorangegangen, als ein Triumph des reaktionären Bürgertums und des antisemitischen Terrors aus.«[25] Die Redaktion der »Freiheit« formulierte: »Das Verschweigen von Gründen ist das Eingeständnis, dass nicht sachliche Ursachen, sondern politische Motive zu der Versagung der Bestätigung von Löwenstein geführt haben. Der radikale Sozialdemokrat auf dem Posten eines Schulrates erscheint dem gesamten Bürgertum, das die Schule als Herrschaftsinstrument seiner Klasse voll zu würdigen weiß, als so bedrohlich, dass es alle politischen Minen springen ließ, um diese Gefahr zu beseitigen.«[26]

Im neuen Jahr 1921 wählte die Berliner Stadtverordnetenversammlung den Reformpädagogen Wilhelm Paulsen zum Oberschulrat der Hauptstadt, der die schulreformerischen Projekte im Bezirk Berlin-Neukölln, u.a. verbunden mit dem Namen »Karl-Marx-Schule«, unter dem mittlerweile gewählten neuen Schulrat von Berlin-Neukölln, Dr. Kurt Löwenstein, förderte. ■

---

[23] Vorwärts vom 1. Oktober 1920, Abendausgabe.

[24] Vossische Zeitung vom 21. Oktober 1920, Morgenausgabe.

[25] Vorwärts vom 21. Oktober 1920, Morgenausgabe.

[26] Freiheit vom 21. Oktober 1920, Morgenausgabe.

AUS DEM ARCHIV

Fridays for Future archivieren

Maria Daldrup / Susanne Rappe-Weber

Das Netzwerk Kinder- und Jugendarchive (NKJa) ist eine seit 2016 bestehende Kooperation des Archivs der Jugendkulturen in Berlin, des Datenarchivs Kindheit und Jugend im urbanen Wandel an der Universität Duisburg-Essen, des Archivs der deutschen Jugendbewegung auf Burg Ludwigstein und des Archivs der Arbeiterjugendbewegung. Diese vier Institutionen repräsentieren für ihre Bereiche die jeweils größten Bestände zur Geschichte der Jugendbewegungen und Jugendkulturen seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert im (vorwiegend) deutschsprachigen Raum.

In enger Kooperation haben das Archiv der Arbeiterjugendbewegung und das Archiv der deutschen Jugendbewegung im vergangenen Jahr ein gemeinsames Projekt initiiert, das sich intensiv mit der Frage einer zukünftigen Archivierung von Materialien der Fridays-for-Future-Bewegung auseinandersetzt. Wir fragten uns, auf welche Weise man eine so dynamische und fluide Kinder- und Jugendbewegung eigentlich dazu bringen kann, schon jetzt über eine Archivierung ihrer Materialien nachzudenken. Als Partnerin haben wir eine Kollegin dazugewonnen, Dr. Jennifer Meyer vom Landesarchiv Baden-Württemberg, die sich mit der Überlieferung sozialer Bewegungen aus der Perspektive staatlicher Archive befasst und insbesondere die Kompetenz und Reichweite gerade kleinerer Spezialarchive wie unserer betont. Die Beschäftigung mit der Archivierung von Fridays for Future tangiert zugleich zahlreiche aktuelle, aber auch klassische archivische Themen: Zuständigkeiten, Übernahmekriterien, Archivierung vs. Dokumentation, Datenschutz und Persönlichkeitsrechte, Problematiken der langfristigen Sicherung digitaler Daten etc.

Doch was bringen all diese Überlegungen, wenn die Protestbewegung, um die es geht, nichts davon mitbekommt? Um das zu ändern, haben wir zunächst Einzelpersonen und schließlich alle Fridays-for-Future-Gruppen von der Orts- bis zur Landesebene angeschrieben, um auszuloten, ob die Archivierung und Sicherung von Daten und Materialien bislang überhaupt eine Rolle spielte und ob es ein Interesse gibt, hierbei Beratung und Unterstützung von Expert*innen zu erhalten. Die positiven Rückmeldungen bestärkten uns in unserer Idee, schon heute die zukünftige Sicherung der Fridays-for-Future-Geschichte im Blick zu haben und aktiv auf die jungen Menschen zuzugehen.

Hierzu haben wir nunmehr ein Blog ins Leben gerufen, der unter folgendem Link zu finden ist: **archive2121.hypotheses.org**. Entstanden ist das Blog aus der Idee heraus, einen gemeinsamen Ort für unsere Fragen und Antworten zum Thema *Fridays for Future archivieren* zu etablieren. In einem monatlichen Newsletter und zugleich Blogbeitrag werden wir pointiert verschiedene archivische Fragen beantworten. Diese sind allgemein wie z. B.: »In welchen Traditionslinien steht Fridays for Future?« oder »Wer sammelt die Geschichte von sozialen Bewegungen? – Bewegungsarchive und Archive ›von unten‹?« oder konkret wie z. B.: »Unsere Kommunikation läuft fast immer digital. Wie können wir das sichern?« oder »Wir haben noch Hunderte Flyer von unserer letzten Demo. Sollten wir die alle aufbewahren?«

Unser Ziel ist es, unter jüngeren Menschen, die sich heute politisch für Nachhaltigkeit und Zukunftsthemen engagieren, ein Bewusstsein zu schaffen für die Bedeutung von Archiven und die Archivierung von Materialien. Auch wollen wir die Sichtbarkeit unserer Jugendbewegungs-Archive innerhalb von auch aktuellen sozialen Bewegungen steigern und zugleich unsere Kooperation im Netzwerk Kinder- und Jugendarchive stärken durch gemeinsame Projekte und Überlieferungsbildungen.

Wenn ihr Fragen zu unserem Projekt und/oder Interesse an dem Bezug des Newsletters habt, wendet euch gerne an das Archiv der deutschen Jugendbewegung (**susanne.rappe-weber@burgludwigstein.de**) oder das Archiv der Arbeiterjugendbewegung (**m.daldrup@arbeiterjugend.de**).■

Das Blog zu Fridays for Future archivieren findet ihr unter:

archive2121.hypotheses.org

AJB ARCHIV DER ARBEITERJUGENDBEWEGUNG

ARCHIV DER DEUTSCHEN JUGENDBEWEGUNG

AUS DEM ARCHIV

Die Stiftung zur Förderung des Archivs der Arbeiterjugendbewegung und der sozialistischen Kinder- und Jugendarbeit wird 20 Jahre alt

Wolfgang Uellenberg-van Dawen

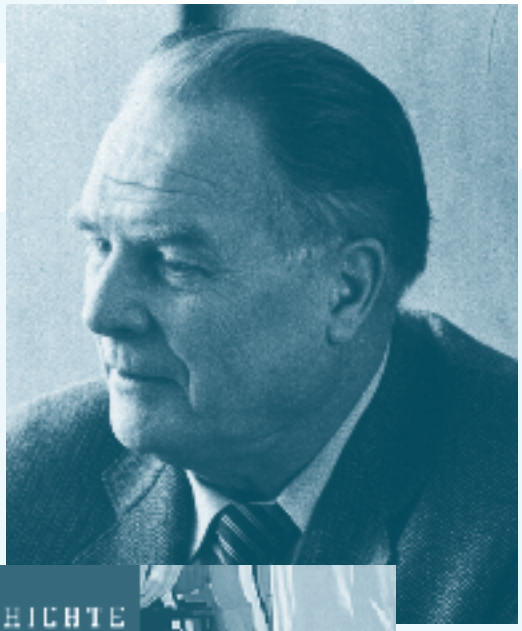
Am 8. März 2002 gründeten der Bundesvorstand der Sozialistischen Jugend Deutschlands (SJD) – Die Falken, der Förderkreis ›Dokumentation der Arbeiterjugendbewegung‹ und der Zeltlagerplatz e. V. die ›Stiftung zur Förderung des Archivs der Arbeiterjugendbewegung und der Sozialistischen Kinder- und Jugendarbeit‹.

Heinz Westphal hatte dem Archiv und den Falken die stolze Summe von 262.000 DM, heute 133.000 Euro, hinterlassen. Vieles verband ihn mit unserer Geschichte: Als Heinz Westphal 1924 in Berlin geboren wurde, war sein Vater Max Vorsitzender der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) und seit 1926 hauptamtliches Mitglied im Parteivorstand der SPD. 1933 von den Nazis abgesetzt und anschließend mehrfach inhaftiert, verstarb er 1942 an den Folgen der Haft. Ein Jahr später, 1943, wurde der junge Heinz Westphal zur Wehrmacht eingezogen und als Soldat im Zweiten Weltkrieg verwundet. 1946 wurde er Jugendsekretär der SPD Berlin und 1948 Vorsitzender der SJD – Die Falken in Berlin. Er engagierte sich in Ostberlin für einen unabhängigen sozialistischen Jugendverband und gegen die Gründung der Freien Deutschen Jugend (FDJ) als Einheitsorganisation. Im Bundesvorstand der Falken übernahm Heinz Westphal die Aufgabe eines Bundessekretärs mit dem Schwerpunkt Jugendpolitik. Auch engagierte er sich früh im Deutschen Bundesjugendring.[1] Als Bundesvorsitzender der Falken von 1953 bis 1957 geriet er jedoch in Konflikt mit Verbandsgliederungen, die gegenüber der SPD einen eher eigenständigen Weg einschlagen wollten. Er wurde nicht wieder gewählt und konzentrierte sich nunmehr auf die hauptamtliche Tätigkeit im Bundesjugendring. Er blieb der Jugendpolitik eng verbunden als SPD-Bundestagsabgeordneter (1965 – 1990) und Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit (1969 – 1974). 1982 war er kurzzeitig Bundesarbeitsminister und seit 1983 Vizepräsident des Deutschen Bundestages.

Zeitlebens den Falken verbunden, starb Heinz Westphal 1998 und verfügte, aus seinem Erbe dem Archiv, den Falken und dem Zeltlagerplatz e. V. Mittel für ihre Arbeit zukommen zu lassen. Diese gründeten mit diesen finanziellen Mitteln vor 20 Jahren die Stiftung und sind im Stiftungsrat vertreten: der Bundesvorstand und der Förderkreis mit je fünf Vertreter*innen, der Zeltlagerplatz mit drei. Den Stiftungsvorstand bilden eine der Bundesvorsitzenden der SJD – Die Falken, Stellvertreter*innen sind die Vorsitzenden des Zeltlagerplatzes e. V. und des Förderkreises. Der Zweck der Stiftung besteht in der Förderung der sozialistischen, demokratischen und emanzipatorischen Jugendarbeit, insbesondere der Kinder- und Jugendbildung der SJD – Die Falken, der Förderung der Erziehung und Bildung durch Sammlung, Sicherung, Dokumentation und Auswertung der Unterlagen der Arbeiterjugendbewegung durch das Archiv und der Förderung von Zeltlagerplätzen und ähnlichen Einrichtungen. Weil für Stiftungen gilt, das Stiftungsvermögen zu erhalten oder auch durch Zustiftungen zu vermehren, können nur Erträge aus den Anlagen des Stiftungsvermögens an den Kapitalmärkten für den Stiftungszweck verwandt werden. Da es seit der Weltwirtschafts- und Finanzkrise 2007/2008 auf den Kapitalmärkten nur noch geringe Zinserträge gibt, konnte der Zweck der Stiftung zwar erfüllt werden, aber in geringerem Maße als erwünscht. Dennoch hat

[1] Dazu: Wolfgang Uellenberg-van Dawen: Für die Demokratie – gegen den Faschismus. Antifaschistische Arbeit bei der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken nach 1945, in: Mitteilungen (2021) H. 1, S. 11 – 23.

die Stiftung eine wichtige Aufgabe: Die SJD – Die Falken ist ein unabhängiger Kinder- und Jugendverband und kann nicht, wie etwa die DGB-Jugend oder die Jungsozialisten, auf die Hilfe ihrer Erwachsenenorganisation vertrauen. Darum ist es umso wichtiger, dass diejenigen, die dem Verband verbunden sind und etwas für ihn tun wollen, Geld oder auch Vermögen stiften. Darum sollten wir, die Altfalken und Altfalkinnen, überlegen, ob wir nicht noch einen letzten größeren Beitrag der Stiftung zukommen lassen. Denn damit ermöglichen wir eine selbstbestimmte Verwendung durch die, die jetzt und in Zukunft eine emanzipatorische, demokratische und sozialistische Kinder- und Jugendarbeit verantworten.■



Heinz Westphal in späteren Jahren (1983).
AAJB, Fotosammlung, PP Westphal, Heinz 5

GESCHICHTE BILDUNG ERZIEHUNG

Erster Stiftungsflyer (Ausschnitt)

Bankdaten der Stiftung zur Förderung des Archivs der Arbeiterjugendbewegung und der Sozialistischen Kinder- und Jugendarbeit:

KONTO Stiftung zur Förderung des Archivs der Arbeiterjugendbewegung und der Sozialistischen Kinder- und Jugendarbeit

BANKNAME Bank für Sozialwirtschaft
IBAN DE 62 1002 0500 0003 1561 00
BIC BFSWDE33BER

Der Zweck der Stiftung besteht in der Förderung der sozialistischen, demokratischen und emanzipatorischen Jugendarbeit

AUS DEM ARCHIV

Wer weiß was?

Unbekannte Objekte im Archiv der Arbeiterjugendbewegung

Merle Waschkowitz

Kommt, reicht eure Hände,
im Kreis sie verschlingt,
daß niemals die Kette
der Freundschaft zerspringt.

Diese Liedzeile stammt von einer Postkarte der Kinderrepublik »Kieler Förde« von 1946, einem Zeltlager der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken. Kinderrepubliken waren schon in der Weimarer Republik ein fester Bestandteil der organisierten Arbeiter*innenjugend. Die Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde, die diese Kinderrepubliken seit 1927 ausrichtete, entstand 1923 im sozialdemokratischen Kontext. Eines ihrer Ziele: Die Ferien sollten genutzt werden, um Kindern und Jugendlichen aus dem Arbeiter*innenmilieu soziale, organisatorische und politische Fertigkeiten beizubringen. Eine Kinderrepublik setzte sich zusammen aus Nestfalken (6 bis 10 Jahre), Jungfalken (10 bis 12 Jahre) und Roten Falken (13 bis 16 Jahre). Die blauen Hemden waren ab 1926 ein markantes Erkennungszeichen der Falken. Aber nicht nur die Farbe Blau, auch die Farbe Rot hatte eine besondere Bedeutung als Zeichen des Sozialismus. Beide Farben fanden sich oft auf einem weiteren wichtigen Textil der Arbeiter*innenjugend: dem Wimpel. So zu sehen auf einem Foto aus der Kinderrepublik Namedy aus dem Jahr 1931. Die Kinder auf dem Foto marschieren dem Anschein nach im Kreis und einige von ihnen halten Wimpel an Wimpelstangen in den Händen. Jede Gruppe der Kinderrepublik bekam einen solchen Wimpel, der diese als Gruppe erkennbar machte.

Kürzlich fiel uns ein solcher Wimpel aus der Textilsammlung des Archivs der Arbeiterjugendbewegung in die Hände, dessen Provenienz uns nicht bekannt ist. Der Wimpel hat die Maße 30 cm x 66 cm x 66 cm und ist von beiden Seiten bestickt. Die beiden leinenartigen Stoffseiten sind teilweise beschädigt und an einigen Stellen geflickt. Die Seite, auf der »Jagdfalken« eingestickt wurde, ist aus rostrotem Stoff. Die andere, dunkelgrau-braune Seite ist mit einem Wimpel bestickt, der von zwei Händen mit angedeutetem blauem Hemd ›aufgestellt‹ wird. Die Stickerei ist teilweise im so genannten Schlingenstich erfolgt.

Zuvorderst stellt sich uns die Frage, wer die Jagdfalken überhaupt waren. Im Vergleich mit anderen Wimpeln wird vermutet, dass der Wimpel aus den 1920er Jahren stammt. Die doch eher militaristische Bezeichnung »Jagdfalken« für eine Falken-Gruppe scheint für die Zeit nach dem Nationalsozialismus nämlich eher unwahrscheinlich. Die ausgeprägten Abnutzungserscheinungen deuten darauf hin, dass der Wimpel häufig in Gebrauch war, zum Beispiel auf Fahrt, auf Demonstrationen oder eben in den Kinderrepubliken. Insgesamt bleiben viele Fragen offen, um dem Geheimnis des Wimpels auf die Spur zu kommen. Da die Jagdfalken bislang unbekannt sind und auch sonst keine Informationen zu dem Wimpel überliefert sind, ist unklar:

- **Wer waren die Jagdfalken?**
- **Von wem wurde der Wimpel genutzt? Stammt er z. B. von einer bestimmten Gruppe in einer Kinderrepublik?**
- **Wann entstand der Wimpel – und in welchem Zeitraum wurde er genutzt?**
- **Für welchen Zweck wurde er hergestellt?**
- **Wo wurde der Wimpel verwendet?**
- **Wie wurde der Stoff so massiv abgenutzt oder sind es reine Alterserscheinungen?**

Wer weiß was?

Kinderrepublik Namedy (1931)
AAJB, Fotosammlung, 02/1455

Postkarte der Kinderrepublik »Kieler Förde« (1946)
AAJB, Postkartensammlung, PK 719

Wir bedanken uns schon jetzt für alle Hinweise, die Aufschluss geben über Herkunft oder Nutzung des uns noch unbekannten Objekts im Archiv der Arbeiterjugendbewegung. Schreibt einfach eine E-Mail an: archiv@arbeiterjugend.de.

Merle Waschkowitz absolviert derzeit im Rahmen ihres Studiums der Public History (M. A.) sowie Deutsch und Geschichte (M. Ed.) an der Ruhr-Universität-Bochum ein Praktikum im Archiv der Arbeiterjugendbewegung. Neben der klassischen archivischen Tätigkeit engagiert sie sich insbesondere in der Vermittlungsarbeit und kuratiert gemeinsam mit dem Archivteam die Ausstellung für die Jahrestagung des Archivs der Arbeiterjugendbewegung im Januar 2022. Wir bieten regelmäßig studien- und ausbildungsbegleitende Praktika in unserem Archiv an. Bei Interesse meldet euch unter: **archiv@arbeiterjugend.de**

Veranstaltungen

»Alle reden vom Wetter. Wir auch?«

Klima, Umwelt, Ökologie und die Arbeiter*innenjugend. Jahrestagung des Archivs der Arbeiterjugendbewegung am 14./15. 1. 2022

Klima, Umwelt und Ökologie stehen aktuell ganz oben auf der politischen Agenda gerade von jungen Menschen, die sich für einen nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen und die Reduktion des CO_2-Austoßes engagieren. Welche Rolle aber spielten ökologische Fragen in der Arbeiter*innenjugend seit dem frühen 20. Jahrhundert? Wie zeigte sich der Umgang mit Klima, Umwelt, Ökologie in Theorie und Praxis? Und wie steht es um das Spannungsverhältnis von sozialen, ökonomischen und ökologischen Herausforderungen damals wie heute?

Die Archivtagung 2022 wirft einen kritisch-reflektierten Blick zurück auf den Umgang mit Klima- und Umweltschutz in der Arbeiter*innenjugendbewegung und verfolgt die sozialökologischen Diskussionen und Transformationen bis in die Gegenwart. Ob es nun um Naturverständnisse der frühen Arbeiter*innenjugend Anfang des 20. Jahrhunderts oder die Anti-Atomkraft-Bewegungen der 1980er Jahre geht – Umweltthemen wurden stets höchst kontrovers entlang wichtiger sozialer und wirtschaftlicher Fragen verhandelt.

In drei Fachvorträgen werden Klima, Umwelt, Ökologie in der Arbeiter*innenjugend in Vergangenheit und Gegenwart thematisiert und diskutiert. Drei Gesprächsforen bieten die Gelegenheit zum vertiefenden Austausch. Gerahmt wird das Programm durch eine virtuelle Ausstellung.

Die Jahrestagung des Archivs der Arbeiterjugendbewegung wird auch 2022 digital stattfinden.

**Wir bitten euch um eine Anmeldung zur digitalen Tagung bis zum 12. Januar 2021 unter: archiv@arbeiterjugend.de.
Hier erhaltet ihr dann alle weiteren Informationen und die digitalen Zugangsdaten.**

Siehe auch: www.arbeiterjugend.de

PROGRAMM

Jahrestagung des Archivs der Arbeiterjugendbewegung am 14./15. 1. 2022

FREITAG, 14. JANUAR 2022

18[00] Dr. Wolfgang Uellenberg-van Dawen (Köln)
Begrüßung und Vorstellung des Programms
Moderation: Bärbel van Dawen (Köln)

18[15] Dr. Dennis Eversberg (Jena)
Der sozialökologische Transformationskonflikt und die sozialistische Jugend in Deutschland 2022

19[15] Maria Daldrup/Sophie Reinlaßöder/Merle Waschkowitz (Oer-Erkenschwick)
Alle reden vom Wetter. Wir auch? Eine virtuelle Ausstellung

20[00] *Digitaler Ausklang*

SAMSTAG, 15. JANUAR 2022

9[00] Dr. Wolfgang Uellenberg-van Dawen (Köln)
Begrüßung

9[15] Dr. Stephen Milder (München)
Eine ökologische Revolution? Umweltpolitik, soziale Bewegungen und Demokratie in den 1970er und 1980er Jahren

10[45] Michael Müller (Düsseldorf)
Der Mensch am Steuer der Erde: Brauchen wir einen neuen Sozialismus?

13[30] Sophie Reinlaßöder (Oer-Erkenschwick)
Bücherauktion im AAJB

14[00] Dr. Wolfgang Uellenberg-van Dawen (Köln)
Einführung in die Gesprächsforen GF

14[30] **GF1 Die Natur als Erlebnis und pädagogisches Handlungsfeld der Arbeiter*innenjugendbewegung**
Moderation: Gudrun Probst-Eschke/Dr. Kay Schweigmann-Greve

14[30] **GF2 »Grenzen des Wachstums«: der Bericht des Club of Rome 1972 in der Retrospektive**
Moderation: Philipp Schweizer

14[30] **GF3 Der sozialökologische Konflikt: Umwelt, Kapitalinteressen und soziale Folgen**
Moderation: Dr. Wolfgang Uellenberg-van Dawen

17[00] **Abschlussdiskussion: Blicke zurück nach vorn: Was erwartet uns 2022?**

Mitgliederversammlung

21. Mitgliederversammlung des Förderkreises »Dokumentation der Arbeiterjugendbewegung« am 16. Januar 2022

Liebe Genossinnen und Genossen,

hiermit möchten wir euch herzlich zur 21. Mitgliederversammlung unseres Förderkreises »Dokumentation der Arbeiterjugendbewegung« am 16. Januar 2022 einladen. Die Mitgliederversammlung kann sowohl vor Ort in den Räumlichkeiten des Archivs der Arbeiterjugendbewegung in Oer-Erkenschwick als auch digital besucht werden.Die Versammlung beginnt um 10^{00} Uhr und endet um 12^{00} Uhr. Im Anschluss lädt der Förderkreis zu einem gemeinsamen Mittagessen im Salvador-Allende-Haus.

Nach Paragraf 5 der Satzung des Förderkreises wurde die ordnungsgemäße Einladung zur Mitgliederversammlung bereits im November postalisch an alle Förderkreismitglieder verschickt. Die Einladung in den Mitteilungen des Archivs der Arbeiterjugendbewegung soll nochmals an diesen Termin erinnern.

Anmeldungen werden erbeten per Mail über **archiv@arbeiterjugend.de**.

Freundschaft!

Dr. Wolfgang Uellenberg-van Dawen
Vorsitzender des Förderkreises »Dokumentation der Arbeiterjugendbewegung«

TAGESORDNUNG

Tagesordnung der 21. Mitgliederversammlung des Förderkreises »Dokumentation der Arbeiterjugendbewegung« am 16. Januar 2022 im Archiv der Arbeiterjugendbewegung, Oer-Erkenschwick, sowie digital, 10.00 bis 12.00 Uhr

1. Begrüßung
2. Berichte
   a) Die Arbeit des Vorstandes (Dr. Wolfgang Uellenberg-van Dawen)
   b) Die Arbeit im Archiv (Maria Daldrup, Sophie Reinlaßöder)
   c) Die Arbeit der »Stiftung zur Förderung des Archivs der Arbeiterjugendbewegung und der sozialistischen Kinder- und Jugendarbeit« (Stiftungsvorstand)
   d) Bericht aus dem Kuratorium (Prof. Klaus Schäfer)
   e) Diskussion der Berichte
3. Finanzbericht des Zeltlagerplatz e.V. (BKK)
4. Entlastung des Vorstandes
5. Festlegung der Anzahl der Beisitzer*innen zum Vorstand gemäß §7c
6. Wahlen gemäß der Satzung
   a) Wahl: Vorsitzende*r
   b) Wahl: Stellvertretende*r Vorsitzende*r
   c) Wahl: Beisitzer*innen
   d) Bestätigung der Leiterin des Archivs als Mitglied des Vorstands
7. Weitere Anträge
8. Verschiedenes

Maria Daldrup

Irmela Diedrichs

Sandra Funck

Norbert Kozicki

Franziska Meier

Susanne Rappe-Weber

Sophie Reinlaßöder

Thilo Scholle

Wolfgang Uellenberg-van Dawen

Merle Waschkowitz

Sylvia Wehren

Maria Daldrup M.A., geb. 1980, studierte Geschichte, Fachjournalistik, Soziologie und Germanistik an der Universität Gießen. Nach einem Volontariat im Verlag Westfälisches Dampfboot in Münster (2008–2009) arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin im DFG-Projekt »Bevölkerungsfragen« (Universität Oldenburg) sowie im DFG-Projekt »Erschließung und Digitalisierung des Fotografen-Nachlasses Julius Groß« im Archiv der deutschen Jugendbewegung (2014 – 2015). Hiernach war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Fachjournalistik Geschichte an der Universität Gießen (2017–2019). Überdies arbeitete sie als Hochschuldozentin sowie freiberufliche Historikerin in verschiedenen Projekten, u. a. beim Deutschen Jugendherbergswerk. Seit Juni 2019 ist sie Leiterin des Archivs der Arbeiterjugendbewegung.

Irmela Diedrichs, geb. 1992, studierte Geschichte an der Universität Leipzig und der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Sie arbeitet an einer Dissertation über die Selbstdarstellung der Kinderfreundebewegung in der Weimarer Republik. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die Geschichte der Arbeiter*innenjugendbewegung, Geschlechtergeschichte und Visual History. Ein weiteres wichtiges Anliegen ist es ihr, Geschichte auch außerhalb der Universität verständlich zu vermitteln.

Sandra Funck, geb. 1991, studierte Transkontinentale Europäische Geschichte in der Moderne und Klassische Philologie an der Georg-August-Universität Göttingen und der Università di Bologna. Seit 2018 arbeitet sie an ihrem Dissertationsprojekt über die Schülerproteste in den ›langen 1960er Jahren‹. Das Projekt wird von der Friedrich-Ebert-Stiftung im Programm »Erforschung der sozialen Demokratie und ihrer Bewegungen« finanziert. Von 2017 bis 2019 bearbeitete sie als freie Mitarbeiterin im Archiv der deutschen Jugendbewegung die Erschließung des Bestandes »Stiftung demokratische Jugend«. Seit 2019 ist sie wissenschaftliche Hilfskraft im Universitätsarchiv Göttingen.

Norbert Kozicki geb. 1953, Studium der Sozialwissenschaften an der Ruhr-Universität Bochum, Diplom mit einer Arbeit bei Professor Dr. Leo Kofler über die Geschichte der Novemberrevolution im Ruhrgebiet. Pädagogische Fachkraft im Bereich der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken, 1982–2014 Referent beim Falken Bildungs- und Freizeitwerk NRW, stellvertretender Landesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Haus der Offenen Tür NRW; Autor von Büchern zur Pädagogik, Fußball-, Stadt- und Regionalgeschichte; Organisator von Veranstaltungen, wie z. B. zu Arbeitersport und Jazzmusik im Ruhrgebiet; Preisträger des Forums Geschichtskultur an Ruhr und Emscher; Lehrbeauftragter an der Hochschule Düsseldorf; Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner, Mitwirkender im Herner Sozialforum.

Franziska Meier, geb. 1989, studierte Neuere und Neueste Geschichte und Philosophie in Erfurt und Heidelberg mit Schwerpunkt Zeitgeschichte, Geschichte populärer Musik und Alltagsgeschichte; 2016–2021 Doktorandin an der Professur für Public History am Historischen Seminar der Universität Heidelberg; 2017–2020 Stipendiatin im Promotionskolleg »Kunst, Kultur und Märkte. Geschichte der europäischen Kulturwirtschaft vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart« des Zentrums für Europäische Geschichts- und Kulturwissenschaften der Universität Heidelberg; Dissertationsprojekt: »Ein bündischer Kulturmarkt entsteht. Die deutsche Jugendbewegung und Jugendmusikbewegung als Katalysator für den Aufbau von Kulturmarktunternehmen 1918–1933«. Seit Sommer 2021 arbeitet sie als Projektleitung zur Konzeption und zum Aufbau eines Orientierungsprogramms in Theorie und Praxis für junge Menschen in Heidelberg in der Projektinitiative Collegium Academicum nach vorhergehender ehrenamtlicher Tätigkeit seit 2012.

Susanne Rappe-Weber, Dr., geb. 1966, Studium der Geschichte, Germanistik und Politikwissenschaften an der Universität Hannover (M. A., Dr. phil.), 1993–1997 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Historischen Institut der Universität Potsdam, nach Archivreferendariat seit 2002 Leiterin des Archivs der deutschen Jugendbewegung. Arbeitsschwerpunkte: Archiv- und Historische Bildungsarbeit, Historische Jugendforschung, hessische Regional- und Agrargeschichte.

Sophie Reinlaßöder, geb. 1988, Studium der Empirischen Kulturwissenschaft, Erziehungswissenschaft, Kulturpädagogik und Kulturmanagement an der Universität Tübingen und der Hochschule Niederrhein in Mönchengladbach. Zuletzt tätig als wissenschaftliche Volontärin im Bereich Vermittlung am Haus der Geschichte Baden-Württemberg in Stuttgart. Seit Februar 2018 arbeitet sie als Archivpädagogin im Archiv der Arbeiterjugendbewegung.

Thilo Scholle, geb. 1980, Jurist, arbeitet momentan als Referent im Bundesarbeitsministerium. Ehemaliges Mitglied im Bundesvorstand der Jusos, aktuell Redaktionsmitglied der Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft (spw). Jüngste Publikationen: Paul Levi. Rechtsanwalt – Reichstagsmitglied – Linkssozialist. Jüdische Miniaturen, Berlin 2017; Hugo Haase: Anwalt und Abgeordneter im Zentrum der Sozialdemokratie, Berlin 2019; außerdem Mitherausgeber folgender Werke: Uli Schöler/Thilo Scholle (Hg.): Weltkrieg. Spaltung. Revolution – Sozialdemokratie 1916–2022, Bonn 2018; Andreas Fisahn/Thilo Scholle/Ridvan Ciftci (Hg.): Marxismus als Sozialwissenschaft. Rechts- und Staatsverständnisse im Austromarxismus, Baden-Baden 2018.

Wolfgang Uellenberg-van Dawen, Dr., geb. 1950, Promotion im Fach Geschichte. Ehemaliger Leiter des Ressorts Politik und Planung in der ver.di-Bundesverwaltung, Vorsitzender des Förderkreises »Dokumentation der Arbeiterjugendbewegung«.

Merle Waschkowitz, geb. 1994, gelernte Einzelhandelskauffrau, abgeschlossenes Studium der Geschichte und Germanistik (B. A.). Derzeitiges Studium der Public History (M. A.) sowie Deutsch und Geschichte (M. Ed.) an der Ruhr-Universität Bochum. Seit 2020 als wissenschaftliche Hilfskraft am Lehrstuhl des Früh- und Hochmittelalters der Fakultät für Geschichtswissenschaft beschäftigt.

Sylvia Wehren, Dr., studierte in Hamburg Erziehungswissenschaft (Diplom) und wurde dort 2018 promoviert mit Forschungen zum historisch-systematischen Verhältnis von Erziehung und Körper, Titel der Doktorarbeit: Erziehung – Körper – Entkörperung. Forschungen zur pädagogischen Theorieentwicklung. Derzeit wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Erziehungswissenschaft an der Abteilung Allgemeine Erziehungswissenschaft der Universität Hildesheim. Aktuelle Forschungsschwerpunkte sind: Historische Jugend- und Tagebuchforschung in intersektionaler Perspektive, Emotionsforschung, Körperforschung und Analyse pädagogischer Körperkonzepte, (post-)digitale Kulturen sowie trans- und posthumanistische Theorie und Praxis.

AUTOR*INNEN

Mitteilu

AJB

ARCHIV DER
ARBEITERJUGENDBEWEGUNG

Mitteilungen 2/2021

Archiv der Arbeiterjugendbewegung · Oer-Erkenschwick

Die »Mitteilungen des Archivs der Arbeiterjugendbewegung« werden vom Förderkreis »Dokumentation der Arbeiterjugendbewegung« und dem Archiv der Arbeiterjugendbewegung herausgegeben.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktion Maria Daldrup, Wolfgang Uellenberg-van Dawen, Sophie Reinlaßöder

Gestaltung Gerd Beck

Umschlagabbildung: Frauenkurs an der Heimvolksschule Tinz, 1924
AAJB, Fotosammlung, 02/198

Archiv der Arbeiterjugendbewegung
Haardgrenzweg 77 | D-45739 Oer-Erkenschwick
Telefon: 023 68.5 59 93
archiv@arbeiterjugend.de | www.arbeiterjugend.de

Bankverbindung Zeltlagerplatz e.V./Förderkreis
Sparkasse Vest Recklinghausen
IBAN DE96 4265 0150 0000 7012 84 SWIFT/BIC WELA DED1 REK

ISSN 1866-3818

In einigen Fällen konnten die Inhaber*innen von Rechten an Fotografien nicht ermittelt werden. Etwaige Rechteinhaber*innen werden gebeten, Kontakt mit dem Archiv der Arbeiterjugendbewegung aufzunehmen.